blätter des iz3w



Mittelamerika

Wem nützt die Demokratisierung?

Nationalismus in Lateinamerika
Kurden im **Iran**
Perestroika in **Vietnam**

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU : Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Konrad Fisch, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Frank Krämer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

Redaktionsschluß für Nr. 185:
28.9.1992

Anzeigenschluß für Nr. 185:
(Druckfertige Vorlagen) 12.10.1992

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Titelbild:
Guerillera und Bauer in Morazán, El Salvador 1990. Auf der Wand hinter den beiden steht "Alle gegen Arena!"
Foto: Almut Wilms-Schröder

Inhaltsverzeichnis:

Aktionszeitung '500 Jahre Kolonialismus'

Zum Thema "500 Jahre Kolonialismus und 500 Jahre Widerstand" hat das Informationszentrum 3. Welt eine achtseitige Aktionszeitung erstellt. Jeweils eine Seite ist den Indigena und dem Schwarzen Widerstand in Lateinamerika, dem Mythos 'Fremde Gesellschaften', dem deutschen Kolonialismus, Kolonialwaren, Reparationen, der Verschuldung und der Evangelisation Lateinamerikas gewidmet. Die Zeitung soll eine kritische Auseinandersetzung mit den erwähnten Themen ermöglichen und bietet weiterführende Lese- und Adressenhinweise. Mindestabgabe zwanzig Exemplare, zum Stückpreis von 0,30 DM (+Porto). Der aufgedruckte Einzelpreis ist 0,50 DM.

Bestelladresse:
'blätter des iz3w'
Postfach 53 28
W- 7800 Freiburg
Tel.: 0761/74003

Schwerpunkt Nr.185
Landflucht und Verstädterung

In diesem Themenschwerpunkt geht es um die Zukunft der Riesenstädte in der Dritten Welt und die Ursachen der Landflucht, um Stadtentwicklungspolitik und die Frage, wie eine fortschrittliche Kommunalpolitik in den Dritte-Welt-Metropolen aussehen kann. Haben die Länder der Dritten Welt überhaupt noch einen politischen Spielraum, der es zuläßt, den Verstädterungsprozeß zu beeinflussen? Welche Perspektiven haben neue soziale Bewegungen in den Städten der Dritten Welt? Manuskripte und Anregungen bitte bis Ende September an:

'blätter des iz3w'
Postfach 53 28
7800 Freiburg



Was ist kapitalistischer Sozialismus?

Die Reform- und Umgestaltungspolitik (Doi Moi) der Sozialistischen Republik Viet Nam wurde in den 80er Jahren vorsichtig und nur mit punktuellen technischen Maßnahmen begonnen. Auch nach den Grundsatzbeschlüssen des VI. Parteitages der Kommunistischen Partei (KPV) 1986, die den Weg für eine weiterreichende Umgestaltung der wirtschaftlichen, finanziellen und administrativen Strukturen des Landes ebneten, dauerte es weitere drei Jahre, bis die Regierung 1989 radikale Schritte in Richtung auf eine, wie sie es selbst nennt, sozialistische Marktwirtschaft einleitete.

Auch heute bleibt vieles im vietnamesischen Reformprozeß widersprüchlich oder halbherzig. Gesetze und Anordnungen aus Hanoi werden teils durch die Obstruktion konservativer Kader behindert oder auf unteren Ebenen der Verwaltung des Landes einfach nicht durchgeführt. Dennoch hat sich das Land bereits nach kurzer Zeit grundlegend verändert. Nicht nur durch seine neue Offenheit ausländischen Besuchern gegenüber. Vor allem durch die grundlegend neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrzahl seiner Bewohner.

Gründe für Doi Moi

Das wiedervereinigte Viet Nam (SRV) hatte nach dem Sieg im zweiten Indochinakrieg 1975 große Hoffnungen gehegt, nach jahrzehntelangen Entbehrungen endlich Grundlagen für einen wirtschaftlichen Aufschwung und gleiche Lebensverhältnisse für alle schaffen zu können. Eine nicht unwichtige Rolle dabei spielten für das vom Krieg zerstörte Land die Zusagen westlicher Länder auf massive Finanz- und Wirtschaftshilfen. Da diese bis heute ausblieben, versuchte Viet Nam in der zweiten Hälfte der 70er und in den frühen 80er Jahren - extern allein auf die Zusammenarbeit mit den RGW-Staaten gestützt - Produktion und Verteilung wieder in Gang zu bringen.

Daß dies größtenteils in einem ökonomischen Desaster endete, bestreitet in Viet Nam heute niemand mehr. Die Regierung selbst gibt neben den vielfältigen negativen Auswirkungen des Krieges in beiden Landesteilen, Naturkatastrophen und der ausbleibenden westlichen Unterstützung fünf schwerwiegende interne Fehler und Irrtümer als Gründe für die Krise der Jahre 1976 - 1986 an:[1]

1. Fehleinschätzung der konkreten sozioökonomischen Vorbedingungen bei der sozialistischen Transformation und Voluntarismus bei der Festsetzung ökonomischer Ziele.
2. Vorrang für die Groß- und Schwerindustrie führte zu Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur und bescherte niedrige Erträge in vielen lebenswichtigen Produktionsbereichen.
3. Übereilte, unkoordinierte und ohne ausreichendes Managementwissen durchgeführte Kollektivierung. Gängelung der Privatwirtschaft.
4. Fehlentwicklung hin zum bürokratischen Zentralismus und zur Finanzierung aller Sektoren durch den Staat ohne die notwendigen Ressourcen.
5. Fehler bei fiskalischen und redistributiven Maßnahmen, die zu galoppierender Inflation und zu verwirrenden Mißverhältnissen der Produktionsfaktoren (Kapitalmenge, Arbeitslöhne) und der Preise führten.

Die genannten objektiven und subjektiven Ursachen führten dazu, daß sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ständig verschlechterte. So hatte Viet Nam 1987 nach eigenen Angaben mit 109 US$ das niedrigste BSP/Kopf in Asien und war damit unter den fünf ärmsten Ländern der Welt.

Neben der schlechten wirtschaftlichen Lage, die sich vor allem auch im drastischen Rückgang der Reisproduktion zeigte, übten weitere Faktoren Veränderungsdruck auf die vietnamesische Regierung aus.

Im Süden führte das unheilvolle Erbe des US-unterstützen Regimes von Nguyen Van Thieu und die oben genannten Fehler der KPV nach der Wiedervereinigung zu einem großen Verlust an Produktivkräften. Vor allem gut ausgebildete Fachkräfte und das wohlhabende (chinesisch-stämmige) Bürgertum verließen mitsamt ihrem Kapital das Land. Aber auch die, die blieben, ließen sich nur schwer in das neue System integrieren, sondern wichen in Nischen und Schattensektoren aus, in denen sie weiterhin privat wirtschaften konnten. Selbst die zumeist



"Kauft vietnamesisch"

mittleren Bauern des Mekong-Deltas, der Reisschüssel Viet Nams, gliederten sich nur zögernd oder überhaupt nicht in das zentral geplante System ein. Für nicht kooperativ oder kollektiv organisierte Produktivkräfte bestanden aber weder Markt- noch Preismechanismen, die diese positiv für die Entwicklung des Landes hätten nutzbar machen können.

Aber auch im Norden wirkte sich die internationale Isolierung, vor allem nach der Verhängung des US-amerikanischen Embargos 1979 (nach der Intervention in Kambodscha), in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Neben fehlendem Know-how, finanziellen Aufbauhilfen und Auslandsinvestitionen verursachte nach heutigen vietnamesischen Aussagen vor allem die Isolierung von aktuellen Entwicklungen und Informationen im Wissenschafts- und Bildungswesen eine geistige Stagnation.



Konsumgütermesse als Versuch gegen die Flut von Importen nach der Öffnung zum Weltmarkt

Der Zusammenbruch der sozialistischen Industrieländer, vor allem der Sowjetunion nach 1990 hatte für die nach außen einseitig zu den früheren Partnern im RGW hin ausgerichtete vietnamesische Wirtschaft überdies katastrophale Folgen. Die Veränderungen in den Austauschbeziehungen kamen für Viet Nam nicht über Nacht. So hatte die noch existierende SU bereits 1989 eine Umstellung des Handels von den innerhalb des RGW gebräuchlichen Austausch-Rubeln auf harte, konvertierbare Währungen und eine Mengenreduzierung der strategischen Energie- und Industriegüterlieferungen angekündigt. Auch die anderen RGW-Staaten kommerzialisierten den gegenseitigen Handel in den 80er Jahren stetig. Der fast gänzliche Zusammenbruch der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen aber traf die vietnamesische Volkswirtschaft zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Für eine so schockartige Umstellung auf Austauschbeziehungen mit dem Westen, wie sie nun vorgenommen wurde, war Viet Nam nur ungenügend vorbereitet.

Zum zentralen Krisenfaktor entwickelte sich im Gefolge der wirtschaftlichen Probleme die Unfähigkeit des Staates, die bis dahin voll staatlich finanzierten Sozialsysteme mit den für alle Bürger freien Leistungen weiterhin aus dem schrumpfenden Staatsbudget zu unterhalten. Das in seinem Aufbau vorbildliche Gesundheitswesen litt zunehmend unter akutem Mangel an Medikamenten und medizinischem Gerät, während die chronisch unterbezahlten Angestellten (4-7 US$/Monat) auf anderen Wegen versuchten, das Lebensnotwendige (ca. 20-40 US$/Monat für eine Familie) zu verdienen. Die Vorteile des freien und für alle gleichen Zugangs zu kostenfreien Leistungen wurden so durch eine rapide abnehmende Qualität der Behandlung und Prävention zunichte gemacht. Im Bildungswesen wurden trotz großer Erfolge bei der Alphabetisierung die Lehr- und Lernbedingungen in den weiterführenden Schulen und im Hochschulbereich immer schlechter.

Die ökonomische Krise fand auch Niederschlag in lokal begenzten sozialen Unruhen, die zwar von der Regierung schnell niedergeschlagen wurden, aber dennoch Veränderungsdruck ausübten. So kam es zum Beispiel 1990 in den Universitäten angesichts einer zusammengebrochenen Versorgung mit Grundbedarfsgütern zu Protesten der Studierenden. Legale Ausreise und illegale Flucht, Unzufriedenheit und Absentismus unter der Bevölkerung und ständig sinkende Produktion an Gütern und Dienstleistungen waren Probleme, die Viet Nam in dieser historischen Phase mit anderen sozialistischen Ländern teilte, die das Land aber aufgrund der vorangegangenen Kriegssituation und der internationalen Isolierung besonders trafen.

Doch nicht nur die negativen Bedingungen, auch die Chancen und das Potential für einen Ausweg aus der Krise unterschieden Viet Nam von vergleichbaren Ländern.

Doi Moi: Der Reformprozeß

In Viet Nam wuchs der Veränderungsdruck aus dem alltäglichen Verhalten der Bevölkerung und aus den historisch gewachsenen dezentralen Machtstrukturen. Nicht daß die Bevölkerung die Veränderung offen oder gar in politischer Auseinandersetzung erkämpft hätte. Dies könnte auch heute noch vermutlich in chinesischen Verhältnissen enden. Dennoch erstritt die Bevölkerung - teils aus schierer Notwendigkeit zu überleben, teils aus individualisierter subversiver Opposition gegen die Regierung heraus - substantielle Lockerungen der sozioökonomischen und ordnungspolitischen Vorgaben, indem sie durch Übersehen und Übergehen der zentralen Entscheidungsgewalt die Grenze des Erlaubten immer weiter in Richtung (vor allem) ökonomischer Freiheiten hinausschob. Grundlage dafür ist, neben dem Versagen der Regierung die Grundbedürfnisse aller durch zentrale Verteilung zu befriedigen, die in Viet Nam historisch gewachsene Autonomie dezentraler Einheiten. "Die Macht des Kaisers endet am Bambuszaun des Dorfes", dieses uralte Organisationsprinzip im langgestreckten und teilweise schlecht zugänglichen Viet Nam übertrug sich auch auf die neue revolutionäre Regierung. Belebt wurde dieser Mechanismus vor allem durch den schwierigen Wiedervereinigungsprozeß nach 1975. Die nicht geflohene Bevölkerung des Südens verweigerte sich teilweise den neuen polit-ökonomischen Prinzipien und nutzte ihre unverzichtbare Produktivkraft in Landwirtschaft, Handel und Produktion zur Nischenbildung. Nischen, die später für das ganze Land zu legitimierten Freiräumen und nach dem VI. Parteitag der KPV 1986 zum Mittelpunkt einer forcierten Marktpolitik der Regierung wurden.

Dekollektivierung

In den vier zentralen Bereichen Landwirtschaft, Handel, Dienstleistungen und Kleingewerbe wurde die staatliche oder kooperative Produktion und Verteilung für die Privatinitiative geöffnet. Während das Kleingewerbe und der Dienstleistungsbereich vor allem im Süden aber zu Teilen auch in der Demokratischen Republik Viet Nam (Nordvietnam) traditionell schwach kollektiviert war und in informellen Schattensektoren weiterexistierte, gehörten die Landwirtschaft und der Groß- und Kleinhandel zu den vom Staat mit Nachdruck gelenkten (Agrarsektor) oder in Besitz genommenen (Handel) Wirtschaftssektoren.

Der vom Reisanbau dominierte Agrarsektor, in dem auch heute noch ca. 80% der Arbeitskräfte gebunden sind, befindet sich nach der ersten Dekollektivierungsphase (1986 - 1991) heute in einem Übergangsstadium zwischen kooperativen Eigentumsformen und privater Familienwirtschaft. Zwar hat die Regierung das früher in Kollektivei-

gentum befindliche Land nur an die Familien verpachtet und nicht verkauft. Dennoch spricht ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Bauern, z.B. durch Vererbbarkeit der Pachtverträge, freie Preisgestaltung und Marktzugang sowie die Legalisierung der Beschäftigung von Arbeitskräften, für eine kontinuierliche Dynamik in dem begonnenen Prozeß. Erfolge bei der Produktionssteigerung traten schnell und in unerwartet hohem Maße ein. Viet Nam, das in den frühen 80er Jahren gezwungen war, große Mengen Reis zu importieren und dennoch an gravierendem Nahrungsmangel litt, wurde in nur wenigen Jahren zu einem der größten Reisexporteure der Welt. Die Jahres-Pro/-Kopf-Produktion stieg von 217 kg/Kopf im Jahre 1980 auf 293 kg/Kopf im Jahr 1989.

Zunächst gab der Staat im Dekollektivierungsprozeß die von ihm als strategisch angesehenen Sektoren, wie Transport, Energie, Kommunikation und den gesamten Bereich der Groß- und Schwerindustrie nicht aus der Hand. Aber auch dort finden vor allem durch den Zustrom ausländischen Kapitals in Joint Ventures strukturelle Veränderungen statt. Mitte 1992 verkündete die vietnamesische Regierung denn auch, daß bereits über 50% des BSP im privaten Bereich erwirtschaftet würden.

Öffnung zum Weltmarkt

Als zweitwichtigster Schritt im Umgestaltungsprozeß muß die Abkehr vom Prinzip der rein binnenorientierten Entwicklung gesehen werden. Es ist auch in Viet Nam selbst heute nicht mehr herauszufinden, welchen Anteil historisch eine selbstbestimmte Dissoziationspolitik hatte und welche Rolle das von den USA verhängte Wirtschaftsembargo spielte, das auch Kredite der US-dominierten internationalen Banken einschloß. In den letzten Jahren jedenfalls versucht jeder Verantwortliche in Viet Nam, die Öffnung für Investitionen und Projekte und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen kapitalistischen Nationen, einschließlich den USA, zu betonen[2]. Investitionsgesetze, die weithin als die liberalsten in ganz Südostasien gelten, und großzügige Regelungen für den Devisenverkehr bilden den institutionellen Rahmen. Für die umworbenen Zielgruppen, nämlich westliche Regierungen, Unternehmen und Kreditinstitute, sodann südostasiatische Partner aus den wirtschaftlich starken Nachbarstaaten und schließlich die kapitalkräftigen Auslandsvietnamesen, wurden günstige Rahmenbedingungen geschaffen. Kurzgefaßt sind dies: a) Klärung von Menschenrechtsfragen und kooperative Lösungen bei von westlichen Regierungen vorgebrachten politischen Vorbehalten und eine offene Informationspolitik; b) günstige Verwertungsbedingungen für ausländisches Kapital durch niedrige Lohnkosten und erleichterten Gewinnabzug und c) Sicherheit und Nichtverfolgungs-Garantie für rückkehrende Auslandsvietnamesen.



Ambulante Fahrradreparaturwerkstatt in Hanoi.

Öffnung zur Marktwirtschaft

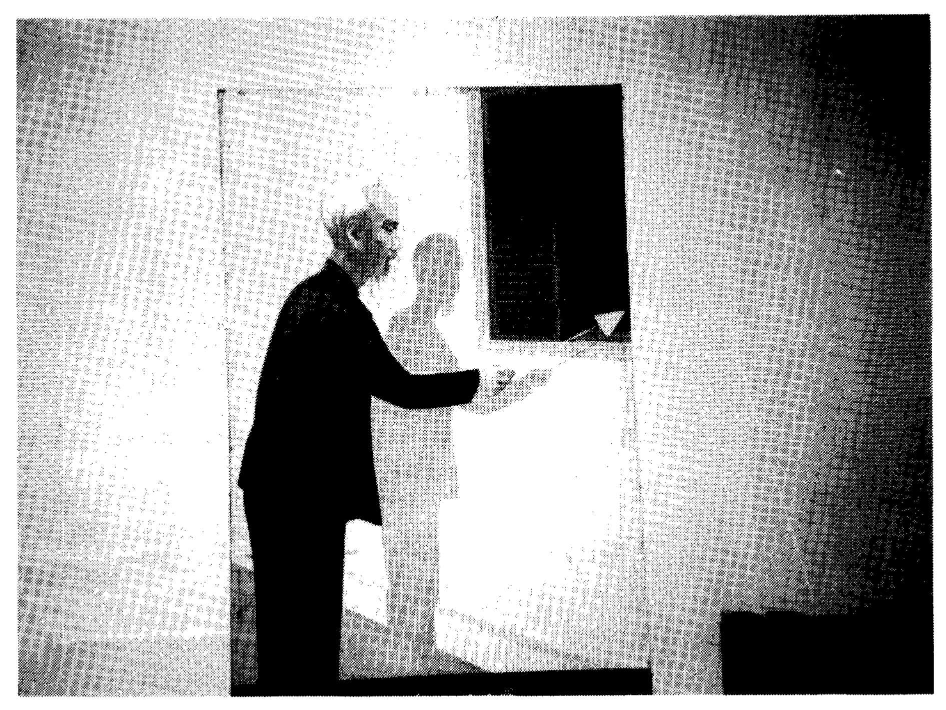
Unter diesem sozioökonomischen Imperativ wurden eine Reihe von Lockerungen oder gar Aufhebungen staatlicher Lenkung und Planung eingeführt. So können seit 1989 private Anbieter in nahezu allen Bereichen mit den staatlichen konkurrieren. Dies betrifft neben den oben genannten privatisierten Bereichen vor allem den Gesundheits- und Bildungssektor, aber auch alle anderen sozialen und ökonomischen Subsysteme. Gleichzeitig wurde neben der Angebots- auch die Nachfrageseite liberalisiert, das heißt die Bevölkerung kann zwischen verschiedenen Anbietern wählen. Aber auch in den staatlichen Sektoren lösten Marktmechanismen, vor allem Gebühren für Leistungen, die alten freien Zugangsregelungen ab.

Neben dem Faktor Kapital steht die menschliche Arbeitskraft im Mittelpunkt der Aufhebung von staatlicher Lenkung. Die übliche Zuteilung zu staatlich garantierten Arbeitsplätzen nach Beendigung der Ausbildung wich einer freien Arbeitsplatzwahl. Verstärkt durch die forcierte Rationalisierung und Strukturanpassung und die aus den RGW-Ländern und dem Nahen Osten zurückkehrenden Arbeitskräfte, heimkehrende ehemalige Flüchtlinge und die etwa eine Million nach dem Abzug aus Kambodscha demobilisierten Truppen, entstand sprunghaft ansteigende Arbeitslosigkeit und ein Abdrängen gut qualifizierter Arbeitskräfte in den informellen Bereich. Durch ein großes Einkommensgefälle zwischen staatlichen und den obendrein kaum besteuerten privat betriebenen Sektoren entsteht dabei ein zusätzlicher Privatisierungsdruck.

Strukturelle Anpassung und soziale Folgen

Die großen Defizite der sozialistischen Produktion und Versorgung führten zum Eingeständnis des Staates, Anpassungsmaßnahmen vornehmen zu müssen. 'Structural adjustment' ohne Weltbankauflagen - aber auch ohne Weltbankkredite -, so könnte man das Programm der vietnamesischen Regierung nach 1989 bezeichnen. Bekämpfung der Inflation durch Abwertung der eigenen Währung und Geldmengenkontrolle, Reduzierung der Ausgaben des Staates durch Privatisierung und einen drastischen Abbau der Subventionen für die chronisch verlustreichen Staatsbetriebe sowie Erhöhung der staatlichen Einnahmen durch Einführung von Kostenerstattungen in den sozialen Systemen sind die Hauptmaßnahmen dieses Programmes. Schwerpunkt - aber auch größtes Problem - stellen die Kürzungen der laufenden Staatsausgaben bei den Lohnkosten dar. Eine Reduzierung der übergroßen Zahl von Stellen im staatlichen Bereich (z.B. im Gesundheitswesen ca. eine Planstelle pro Krankenhausbett) soll nicht nur zu Einsparungen führen. Im Ergebnis soll auch den verbleibenden staatlichen Angestellten ein zur Deckung der Grundbedürfnisse ausreichender Lohn gezahlt werden, um somit, wenn auch in abgespeckter Form, wenigstens zentrale Bereiche der staatlichen Versorgung personell und materiell aufrechterhalten zu können.

Wie bei anderen strukturellen Anpassungsprogrammen auch, leidet die bisher auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtete vietnamesische Gesellschaft unter den Folgen



Vor zwei Jahren noch als Vorbild - heute verschwunden: Ho Chi Minh als präventiver Gesundheitsarbeiter bei der Moskitojagd. Wandbild in der Gesundheitsverwaltung von Da Nang.

für die ärmeren Teile der Bevölkerung. Sich rasch verteuernde soziale Dienste, vor allem im Gesundheitswesen, und ansteigende Preise bei zunehmender Arbeitslosigkeit lassen Menschen vor allem in entlegenen ländlichen Gebieten (ohne direkte Vermarktungsmöglichkeiten) und in sozialen Notlagen, die bisher von der Solidarität der Gemeinschaft wenigstens auf dem Subsistenzminimum versorgt wurden, in Richtung Verelendung abgleiten. Wer nicht am neuen Markt partizipieren oder im informellen Sektor überleben kann, hat trotz spürbarem wirtschaftlichem Aufschwung reale Einkommensverluste zu beklagen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Menschen des Nordens, die aufgrund anfänglicher Euphorie über die Marktöffnung Waren einkauften und nun mangels Nachfrage und Kaufkraft feststellen müssen, daß sie nicht vom Handel alleine überleben können.

Für den Staat hat sich ebenfalls kaum eine Verbesserung seiner Finanzsituation ergeben. Während in den privaten Sektoren Gewinne gemacht werden, ist das System der Besteuerung und anderer Abschöpfungsmöglichkeiten noch kaum entwickelt. So arbeiten heute viele staatlich angestellte Ärzte nach langer, kostenintensiver staatlicher Ausbildung während der Arbeitszeit für ihr privates Einkommen. Diese Sozialisierung von gesellschaftlichen Kosten bei gleichzeitiger Privatisierung des Nutzens wirkt wie ein zusätzliches großes Loch in den ohnehin nicht sehr prallen staatlichen Kassen.

Politischer Ausblick

Zu Unrecht ist die vietnamesische Form der Perestroika als rein wirtschaftlich ausgerichtete Reform beschrieben worden [3]. Zwar dominieren die oben beschriebenen sozioökonomischen Veränderungen die Dynamik. Auf sie scheinen sich denn auch sowohl ein Großteil der vietnamesischen Bevölkerung wie ausländische Wirtschaftskreise zu konzentrieren. Wer sich aber nicht nur für Preise und Investitionschancen interessiert und mit offenen Ohren und Augen durch Viet Nam geht, spürt viel von politischen Veränderungen, die sich außerhalb der Sphäre abspielen, die gewöhnlich im westlichen Ausland als (einziger) Gradmesser für Demokratisierung registriert wird, die Mehrparteiendemokratie.

"Vor zwei Jahren hätte ich Ihnen das noch nicht sagen dürfen" und "vor fünf Jahren hätten wir uns hier in der Öffentlichkeit noch nicht treffen können." Aussagen wie diesen begegnet man in Viet Nam heute häufig und keiner der GesprächspartnerInnen scheint diese Entwicklung zu bedauern. In dem in Europa - aber besonders in den USA - immer noch als zentralistisch, bürokratisch und isolationistisch verschrieenen Staat ist es heute kein Problem, mit offiziellen Repräsentanten wie mit Betroffenen in ein offenes Gespräch über alle drängenden Fragen zu gelangen. Die Neugierde, Offenheit, ja sogar Begeisterung, die vietnamesische Kader in Diskussionen mit westlichen Gästen zeigen, deutet an, daß trotz der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf der Seite der Gewinner des Zweiten Indochinakrieges genug Selbstvertrauen vorhanden ist, um die neu eröffneten Dialogmöglichkeiten möglichst gut zu nutzen.

Doch nicht nur Glasnost ist politischer Bestandteil von Doi Moi. Neben der Freiheit, über alle Defizite und Probleme, die den Staat heute heimsuchen, offen zu reden, wächst die Bereitschaft, sich für den Reformprozeß auch selbst zu engagieren. So werden unterhalb der Legislative und Exekutive bereits Posten in geheimer Wahl und nicht selten mit Nicht-Parteimitgliedern besetzt. Im Jahre 1990 geschah dies in den vietnamesischen Universitäten und Hochschulen. 40 der 100 von allen Hochschulmitgliedern gewählten Rektoren traten als Unabhängige an und bilden heute ein engagiertes und kritisches Korrektiv zur Bildungspolitik der zuständigen Ministerien.

Die vietnamesische Presse trägt seit 1986 mit wechselnden Spielräumen und bisweilen unter dem Druck der sich angegriffen fühlenden Partei- und Regierungsspitze zu einem offenen und kritischen Klima im Lande bei. Zudem verbreiten sich durch die unbeschränkte Rückkehrmöglichkeit von einst geflüchteten Vietnamesen und durch den zwar aufgrund der Preise noch geringen, aber nicht behinderten Zugang zu ausländischer Presse und Literatur Informationen in einem Maße im Lande, wie dies seit 1975 nicht mehr der Fall war.

Sicherlich können alle diese Zeichen und Veränderungen nicht genügen, um von wirklicher Demokratisierung im Sinne direkter Partizipation der Bevölkerung auf allen Ebenen und im Sinne einer effektiven Gewaltenteilung und Kontrolle der Partei zu sprechen. Im Lande selbst - und darauf sollte man bei seiner Beurteilung vor allem achten - gibt es allerdings gegensätzliche Meinungen über Tempo und Richtung der Veränderungen. Wenn man die reinen Besitzstandswahrer innerhalb der Nomenklatura und die alte Riege der Dogmatiker im Zentralkomitee einmal ausnimmt und die ernsthaft um das Wohlergehen und die Zukunft des Landes bemühten Stimmen - vor allem der jungen Kader - anhört, scheint das Lager derer, die eine forcierte Demokratisierung westlichen Musters zum frühestmöglichen Zeitpunkt anstreben und derer, die im Sinne einer schrittweisen, auf die Besonderheiten des Landes Rücksicht nehmenden Entwicklung für eine vietnamesische Lösung der politischen (Macht-)Frage eintreten, etwa gleich stark zu sein. Auch diejenigen am offenen Diskussionsprozeß zu beteiligen, die im diametralen Widerspruch zur KPV stehen, und sie nicht - wie bisher - mit der Macht des Staates einzuschüchtern, würde auch und gerade als Teil einer vietnamesischen Lösung Sinn machen.

Matthias Güldner

Anmerkungen:

1) Analyse verabschiedet auf dem 6. Parteitag der KPV im Dezember 1986, nach Foreign Languages Publishing House 1990: The Socialist Republic of Viet Nam, Ha Noi, S.80-81.

2) Psychologisch scheint dies den Siegern des Zweiten Indochinakrieges erheblich leichter zu fallen als den Verlierern.

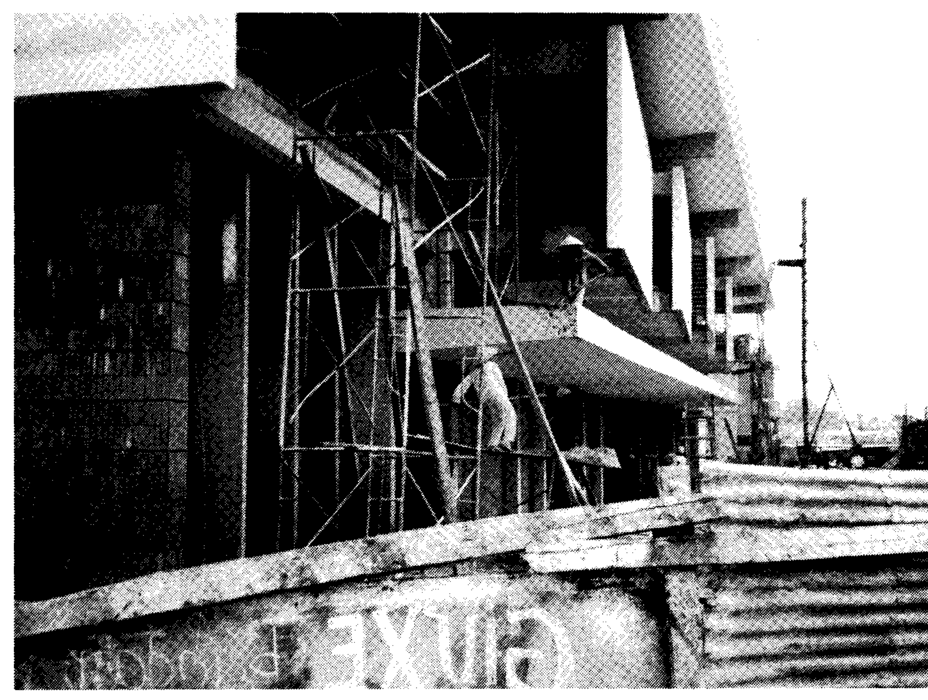
3) So z.B. in The Economist, May 16th 1992: 107 "Ashamed to say capitalist" und vor allem: Frankfurter Rundschau 6.6.1991: Onkel Ho's Erben lieben den Dollar

Der Hochofen auf dem Campus

Wie vietnamesische Hochschulen mit der chronischen Finanznot zurechtkommen

Dies hier war früher das wichtigste Gebäude unserer Hochschule. Frau Dr. Dao Chau Thu vom Auslandsamt der "Landwirtschaftlichen Hochschule Nr. 1" nördlich von Hanoi verweist auf einen schmalen, von Gestrüpp überwachsenen Eingang. In diesen Bunker flüchteten sich vor 1975 regelmäßig Professoren und Studenten, um sich vor den Flächenbombardements der Amerikaner in Sicherheit zu bringen. Stolz fügt sie hinzu: "Dennoch ist der Lehr- und Forschungsbetrieb nie eingestellt worden".

Nur mit Mühe kann sich der Besucher aus dem fernen Deutschland einen sinnvollen Unterricht vorstellen, der abwechselnd über und unter Tage stattfindet, nahezu ohne materielle Hilfe auskommen muß und noch dazu verdammt ist, ein kriegsgeschütteltes Land mit Agrarspezialisten für die Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelproduktion zu versorgen.



Haupteinnahmequelle des Wissenschaftsbetriebes ist die Produktion von Gütern und das Anbieten von Dienstleistungen, u.a. Hausbau

Deutsch als Sprache der Wissenschaft

Öfter als in nahezu allen nicht deutschsprachigen Ländern der Erde kann in Vietnam ein Gespräch über die Situation der Wissenschaft in der Muttersprache Goethes und Honeckers geführt werden. Über 5000 Akademiker sind in den letzten Jahrzehnten mit guten Fachkenntnissen in ihr Land zurückgekehrt. Ausgebildet vor allem in den Schwerpunktbereichen Natur- und Ingenieurwissenschaften bekleiden sie heute zentrale Ämter in Ministerien, bei der Wissenschaftsplanung und in den Fachbereichen der Hochschulen. Dabei haben sie den Anschluß an westliche Standards im Auge. So lautet auch das Rezept, das seit dem 6. Parteitag 1986 für alle Schlüsselbereiche der vietnamesischen Politik gilt.

Die Verantwortlichen setzen dabei voll auf die Unterstützung kapitalistischer Industrienationen, vor allem der wiedervereinigten Bundesrepublik, der sie breit vorhandene Deutschkenntnisse, ausbaufähige Wissenschaftsbeziehungen, ein Standbein im attraktiven pazifischen Wirtschaftsraum und günstige Investitionsbedingungen anbieten wollen.

Zunächst einmal jedoch ist Katerstimmung eingekehrt in die Stuben der vietnamesischen Bildungsplaner. Die etwa 600 zum Zeitpunkt der Wende an den Hochschulen der DDR studierenden oder forschenden Vietnamesen können, so ein Beschluß der Bundesregierung in Bonn, ihren wissenschaftlichen Auftrag noch beenden. Danach ist es aber erst einmal vorbei mit der Sonderstellung Vietnams. Der DAAD hat zwar wissen lassen, daß sich Vietnamesen bevorzugt für Stipendien bewerben können. Angesichts der großen Konkurrenz um die begehrten Plätze dürften hierbei aber kaum mehr als ein paar wenige Tickets für den Flug nach Deutschland an vietnamesische Universitäten verschickt werden. Ein Programmvolumen, wie es zu DDR-Zeiten existierte, ist für das kriegsgeprüfte Land nicht in Sicht.

Magere Aussichten also für die zusammenarbeitswilligen Vietnamesen, zumal man von vielen alten Lehrern und Kollegen (Ausnahmen bestätigen die Regel) an den Universitäten der Neuen Bundesländer unisono nur noch eines hört: "Kein Interesse mehr".

Vor dem großen Sprung liegt die Sanierung

Der den Vietnamesen eigene Sinn für Realitäten, der sie aus einem ungewinnbaren Krieg gegen die größte Militärmacht der Welt als Sieger hervorgehen ließ, verrät ihnen allerdings, daß solche Episoden angesichts der Machtverteilung in den Industriestaaten und wachsender weltwirtschaftlicher Krisen nicht zu überschätzen sind. Sie

verlassen sich denn auch in erster Linie auf sich selbst und versuchen mit den bescheidenen Mitteln, die zur Verfügung stehen, Infrastruktur und Bildungswesen zu entwickeln.

Wie steinig dieser Weg noch ist, wird deutlich, wenn man im Lande Hochschulen besucht, die nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierung stehen.

Läßt man sich von Professor Do Doan Hai, einem der wenigen Verantwortlichen, die den Stand der westdeutschen Wissenschaft aus eigener Erfahrung kennen, über den Campus seiner Universität für Transport und Kommunikation in Hanoi führen, so fühlt man sich in längst vergangene Zeiten zurückversetzt. Mechanische Drehbänke aus der Gründerzeit und verfallende technische Anlagen und Gebäude bieten ein Bild der Trostlosigkeit, und selbst mit den jüngst angeschafften PCs kann man mangels angepaßter Software und Mitarbeiterschulung nur wenig Produktives anfangen. In einem Schuppen sind Arbeiter und Studenten damit beschäftigt, aus Schrott geschmolzenes Roheisen zu kleinen Barren zu gießen. Diese werden dann als Rohstoff in Nachbarländer exportiert, um dringend benötigte Devisen zu beschaffen. Die nächtliche Szene am selbstgebastelten "Hochofen" erinnert jedoch mehr an Zeiten der Frühindustrialisierung als an eine wissenschaftliche Hochschule, die sich für das nächste Jahrtausend rüstet.

Subsistenzwirtschaft auf dem Campus

Aus der chronischen Finanznot hat die vietnamesische Regierung nun seit den Reformbeschlüssen von 1986 eine Tugend gemacht. Da der Staat seine Hochschulen nicht unterhalten kann, müssen diese selbst für ihre finanzielle Grundlage sorgen. Wo immer auch im Hochschulbetrieb verwertbare Ergebnisse der - zumeist angewandten - Forschung anfallen, können diese von den Universitäten oder ihren Professoren frei vermarktet werden. Die Erhebung von Studiengebühren wird immer öfter genehmigt, und das Erteilen von kostenpflichtigen Weiterbildungskursen aller Art, ob Sprachunterricht oder Computerlehrgänge, gehört zum Standardrepertoire der Hochschullehrer.

Haupteinnahmequelle und Fundament des vietnamesischen Wissenschaftsbetriebes ist dabei die Produktion von Gütern aller Art oder das Anbieten von Dienstleistungen auf dem sich mit vielen Problemen neu etablierenden Markt. Die Palette reicht vom Erstellen ganzer Fabrikanlagen oder auch Wohnhäusern durch die Wissenschaftler der Bauhochschule, über den Bau von Straßen und Brücken unter dem Firmenschild der Transportuniversität, bis hin zur Medikamentenproduktion oder der Herstellung von Kugelschreibern.

So kommt es, daß wenn Dr. Do Ngoc Quynh, der erst vor ein paar Jahren nach einem zwanzigjährigen Aufenthalt an der Universität Hohenheim nach Vietnam zurückgekehrte Direktor des "Zentrums für erneuerbare Energien" der Universität Can Tho, die Dörfer im südlichen Mekong-Delta, der "Reisschüssel des Südens", besucht, er nicht nach Anregungen für neue Forschungsarbeiten oder gar nach neuen Studenten sucht. Dr. Quynh bereist die Region als Handelsvertreter seiner Universität und verkauft selbst hergestellte Biogasanlagen zur Stromerzeugung, Silos und Wasserbehälter. "Das Gefühl der Befriedigung, wenn bei Bauern, die noch in vorindustriellen Verhältnissen leben, die erste Glühbirne aufleuchtet, kann alle Entbehrungen, die unser Leben mit sich bringt, vergessen machen", formuliert Dr. Quynh seine persönliche Motivation für diese Art "angewandter Wissenschaft". Als Experte für umweltgerechte und angepaßte Technologien und als Teil der deutschen Vietnam- und Studentenbewegung weiß er allerdings auch ganz genau um die Gefahren, die mit der voranschreitenden Modernisierung in seinem Lande einhergehen.

Landesweit decken Eigenproduktion und Vermarktung inzwischen einen Anteil von 50% - 60% der Hochschulhaushalte ab. Vom Ertrag der privatwirtschaftlichen Unternehmungen finanzieren sich die Professoren ihren aus Moped und selbstgebautem "Eigenheim" bestehenden bescheidenen Wohlstand. Das Staatssalär wird eher als unbedeutendes Zubrot gesehen. Sie stellen von den Einnahmen auch ihre Assistenten

'Schwobe gebet nix' ohne Bedingungen.
Baden-Württemberg als Vorreiter für die deutsche Entwicklungshilfe?

An der südvietnamesischen pädagogisch-technischen Hochschule bei Ho Chi Minh Stadt, auch bekannt als "alte deutsche Gewerbeschule", die allerdings seit der Wiedervereinigung Vietnams auf westdeutsche Hilfe verzichten mußte, hat man ein Konzept entwickelt, das versucht, die knappen Ressourcen optimal einzusetzen. In einer mehrstufigen Ausbildung werden sowohl gewerblich-technische Berufe in verschiedenen Branchen ausgebildet als auch weiterführende Hochschulstudiengänge zum Berufsschullehrer und sogar Ingenieur angeboten. Den Besten der gemeinsam mit der Ausbildung beginnenden Jahrgänge steht es frei, die nächste Stufe der Ausbildung in Angriff zu nehmen. Als integriertes Modell einer Zusammenführung und Vernetzung von gewerblichen und wissenschaftlichen Ausbildungsgängen bei gleichzeitiger Ausnutzung der Werkstätten, der Lehrkräfte und der Sozialeinrichtungen hat sich die Hochschule - selbst angesichts veralteter Ausrüstung und notorischen Geldmangels - über Jahre bewährt und versorgt den gesamten Süden Vietnams mit dringend benötigten Fachkräften für Industrie und Handwerk.

Nach Besuchen des damaligen Wirtschaftsministers Schaufler beschloß die alte CDU-Landesregierung in Baden-Württemberg, die Hilfe für das Hochschulprojekt wieder aufzunehmen. Pferdefuß der Gesamtunterstützung von 10 Millionen DM war die Bedingung, daß - getreu den Richtlinien der baden-württembergischen Landesregierung - lediglich der Berufsschulanteil des Gesamt(hoch)schulprojektes gefördert werden sollte. Hiervon verspricht man sich in Stuttgart analog zu den Vorhaben in Brasilien und anderen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern größten Nutzen für die baden-württembergische Industrie, die ein wachsames Auge auf den als Einstiegsmöglichkeit in den Pazifischen Raum geltenden Markt geworfen hat.

Die neu zu errichtenden Werkhallen, bei denen Baden-Württemberg das Geld und Konstruktionshilfen und Vietnam die Durchführung der Arbeiten beitragen, sollten nach dem Willen Schauflers nur von Berufsschülern benutzt werden dürfen. Die Studierenden der technisch-pädagogischen und der Ingenieurfächer sollten draußen bleiben. Diese selbst angesichts baden-württembergischer Industriefixiertheit unsinnige Konditionälität würde dazu führen, daß die heute in Vietnam so raren und deshalb so begehrten technisch-modernen Ausbidlungsplätze und Werkstätten teilweise leerstehen oder zumindest nicht bis an die Grenze ausgelastet werden könnten. Man bedenke auch, was es für eine von Vietnam langfristig selbst zu tragende, nachhaltige Entwicklung bedeutet, wenn zwar die Berufsschüler, aber nicht die Berufsschullehrer mit den neuen Maschinen ausgebildet werden dürfen.

Man kann sich zwar sicher sein, daß die vietnamesische Regierung, die heute ohne die Hilfe der ehemals sozialistischen Staaten auskommen muß und die deshalb den Bedingungen zugestimmt hat, einen pragmatischen Weg finden wird, Ressourcenverschwendung durch Prinzipienreiterei zu vermeiden. Dennoch bleibt es spannend zu beobachten, welchen Weg die Zusammenarbeit mit Vietnam unter dem neuen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister in Stuttgart einschlagen wird. Noch ist Zeit, gemachte Fehler und falsche Ansätze zu korrigieren. Wenn nicht das gesamte Projekt noch unter den Sparhammer der großen Koalition kommt. In Vietnam jedenfalls blickt man mit Sorge in Richtung Neckar.

und Sekretärinnen ein, bezahlen Unkosten der Fachbereiche und erteilen Unteraufträge an Kollegen. Die Hochschule erhält von all dem einen Unkostenanteil von etwa 6%. Ausreichend um wenigstens das Nötigste, das ihnen nicht schon von den Professoren abgenommen wird, zu finanzieren.

Immer seltener, das ist einer der zahlreichen Nachteile der neuen Entwicklung, findet man die Professoren und Dozenten an ihren Plätzen in den Hörsälen und Labors. Der traditionell methodisch rückständige Unterricht der Studenten im Stile einer "Tafel und Kreide-Pädagogik", der jetzt den oft unerfahrenen Assistenten und Doktoranden überlassen bleibt, verliert dadurch noch einmal an Qualität. Von wissenschaftlicher Forschung, die nicht der direkten Umsetzung in die Produktion dient, kann vor allem an vielen technischen und gewerblichen Hochschulen keine Rede mehr sein. Daß man so von der Substanz lebt, ist allen Beteiligten klar. Von Vorteil ist allerdings, daß Studierende und Nachwuchswissenschaftler von Anfang an von der Gefahr befreit sind, abgehobene Wissenschaft vorbei an den Realitäten des Landes zu betreiben. Wer als Studierender den Brückenbau oder die Arzneimittelherstellung durch tägliche praktische Erfahrungen kennengelernt hat, wird vor allem in wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie in Vietnam herrschen, dringend gebraucht.

Ganz deutlich wird dies, wenn man Professor Tran Phuoc Duong, parteiloser Rektor der Universität Can Tho gegenübersitzt. Als einer der wenigen Spezialisten mit Ausbildung im westlichen Ausland, seinen 'Physical Director' in Mikrobiologie erwarb er an der 'Michigan State University', ist er im Lande geblieben. In den politisch und ökonomisch schweren Zeiten nach der Befreiung des Südens und der Wiedervereinigung hat er ausgeharrt und ist, trotz guter US-Kontakte, seinen unzähligen Kollegen nicht in das gelobte Land gefolgt. Heute steht er einer der modernsten Universitäten des Landes vor und genießt große Hochachtung bei den Regierungsfunktionären, deren Parteibuch er nicht besitzt. Für die Zukunft hat er für vietnamesische Verhältnisse revolutionäre Veränderungen mit seiner Hochschule vor. Neue Studiengänge und Forschungsprojekte sollen auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Und der Rektor weiß: auf unabhängige Verantwortliche, wie ihn, kann das sozialistische Vietnam, will es überleben, nicht mehr verzichten.



Sie liefert u.a. den Rohstoff für die Biogasanlagen

Ökonomischer Aufschwung und soziale Schere

So differenziert sich das einst sozialistisch einheitliche Hochschulwesen Vietnams entlang der Schere, die auch die übrigen gesellschaftlichen Bereiche immer mehr sozial und ökonomisch auseinanderklaffen läßt. Dies zeigt die Situation derjenigen Wissenschaften, die mit den Früchten ihrer Arbeit nicht oder nur bedingt auf den Markt gehen können. Dr. Luong Ngoc Binh, Fachbereichsleiter für Literaturwissenschaft an der Universität der alten Kaiserstadt Hue, direkt an der ehemaligen Grenze des 17. Breitengrades gelegen, wirkt denn auch eher resigniert. Ihm ist es bis heute nicht gelungen, für seine Arbeiten eine deutsche Literaturgeschichte aufzutreiben. Solange sich offizielle bundesdeutsche Stellen vornehm zurückhalten und die Hochschulen in Ost und West, unter der Überlast der Studenten stöhnend, für neue Projekte kaum noch offen sind, bleibt nicht-kommerzielle deutsche Bildungshilfe in Vietnam noch eine Good-Will-Angelegenheit für Hilfsorganisationen und Privatinitiativen.

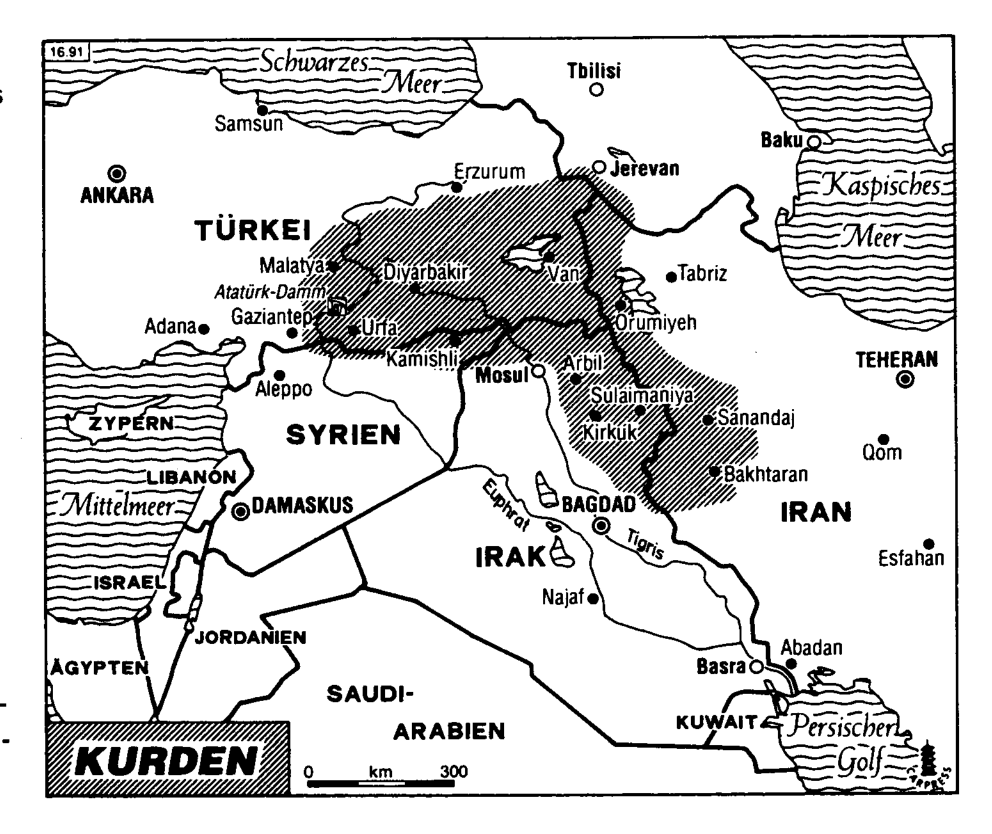
Frau Dr. Dao Chau Thu, immer darum bemüht, ihre Landwirtschaftliche Hochschule Nr.1 in Hanoi dem Besucher ans Herz zu legen, schwankt denn auch zwischen Hoffnung und Realismus. Angesichts mit Bastmatten geflickter Gewächshäuser und bescheidener Laboranlagen verweist sie auf die fruchtbare Zusammenarbeit ihrer Universität mit einer der berühmtesten europäischen Agrarhochschulen in Wageningen. Der Kooperationsvertrag mit den Holländern ist allerdings vor zwei Jahren ausgelaufen, nur noch Poster und Projektbeschreibungen zieren die Wände. Woher der dringend benötigte Anschluß kommen soll, weiß auch Frau Thu nicht. "Auf die Deutschen setzen wir große Hoffnungen", sagt sie. Und sie weiß dabei genau, daß sie von den ehemaligen sozialistischen Bruderländern in Osteuropa nichts mehr zu erwarten hat. "Die haben jetzt ihre eigenen Probleme", seufzt sie. Um gleich darauf mit den neuen Freunden mit landesüblichen Bier- und Coca Cola-Dosen auf die Zukunft anzustoßen.

Matthias Güldner

"Die Islamische Republik hat kein Lösungsmodell für die Kurdenfrage parat"

Interview mit Mustafa Hicri, ZK der Demokratischen Partei Kurdistan Iran

Die Situation der Kurden im Iran ist in den meisten Staaten Europas weniger bekannt als die der türkischen oder irakischen Kurden. Der im folgenden Interview befragte Mustafa Hicri, Mitglied im ZK der Demokratischen Partei Kurdistan Iran (DPK), hält daher die Öffentlichkeitsarbeit in europäischen Ländern für einen ganz wichtigen Strang des Kampfes der iranischen Kurden. Hicri berichtet über die aktuelle Situation in den kurdischen Gebieten des Iran und über den Einfluß der Entwicklungen im benachbarten Südkurdistan (Irak) auf die iranischen Kurden. Außerdem vermittelt er einen Eindruck von der derzeitigen Stimmungslage im gesamten Iran.



Frage: Wie ist die Situation der DPK Iran heute, was sind die Aktivitäten?

Ich möchte zuerst betonen, daß sich unsere Partei schon seit dem Zeitpunkt der Machtergreifung des islamischen Regimes im Widerstand zu diesem Regime befunden hat. Wir akzeptieren die islamische Ideologie insgesamt nicht. Der Islam gibt keinerlei Antwort auf die Bedürfnisse des kurdischen und des gesamten iranischen Volkes...
Aufgrund der systematischen Vernichtung aller Opposition mußten auch wir uns in den vergangenen Jahren aus Kurdistan weitgehend zurückziehen, wir konnten unsere Büros und Quartiere nicht mehr halten. Das heißt aber nicht, daß wir den Kampf aufgegeben haben. Wir wissen sehr genau, daß unsere Kraft als Partei heute nicht ausreicht, die Regierung zu stürzen. Kurdistan selber ist ja nur ein kleiner Teil innerhalb des Iran. Unsere Strategie ist es, das Regime zu schwächen, bis zu dem Punkt, an dem es sich auf uns einlassen muß oder, - das wäre die Zielvorstellung - uns Autonomie gewähren muß.

Innerhalb der iranischen Staatsgrenzen?

Ja, innerhalb der iranischen Grenzen. Ein Strang unseres Kampfes ist der bewaffnete Partisanenkampf. Unsere Peschmerge (Kämpfer; wörtl.: "Die dem Tod ins Auge sehen") befinden sich im Moment in allen Regionen Iranisch-Kurdistans und führen diesen Kampf. Der andere Strang besteht in der politischen Arbeit, also in dem Versuch, eine Lösung auf friedlichem Weg zu erreichen. Die Islamische Republik Iran hat kein Lösungsmodell für die Kurdenfrage parat. Deshalb wurde bis jetzt alles, was kurdisch ist, ohne Unterschied niedergemetzelt. Deshalb muß ich sagen, daß uns zum gegebenen Zeitpunkt nur der bewaffnete Weg geblieben ist. Wenn wir aber innerhalb des Regimes einen Anknüpfungspunkt zu einer politischen Auseinandersetzung sehen, werden wir sie führen. Die Ermordung unseres Vorsitzenden Dr. Ghassemlou in Wien im Jahr 1989, der sich ja dort zu Gesprächen mit dem Regime aufhielt, ist das offensichtlichste Beispiel dafür, daß im Moment keine Verhandlungen möglich sind.
Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit, besonders nach dem Tod Dr. Ghassemlous, ist die Öffentlichkeitsarbeit in den europäischen Staaten. Wir halten es für sehr, sehr wichtig, daß die Situation der Kurden im Iran - wie auch in allen anderen Staaten - in Europa bekannt wird. Wir wollen unseren bewaffneten Kampf dort bekannt machen. Bis heute sind seit der Machtübernahme des islamischen Regimes 5000 unserer Peschmerge gefallen. 30 000 Opfer gab es bei der Zivilbevölkerung, durch Atelleriebeschuß und Angriffe auf die Städte. Dieser Kampf



Auch die nichtkurdische Bevölkerung hat das Regime satt

geht auch im Augenblick noch weiter und wir erhoffen uns materielle Unterstützung.
Kommen wir zur aktuellen Situation: alle größeren Städte befinden sich praktisch unter militärischer Besatzung, es besteht keinerlei Unterschied mehr zur Situation unter dem Schah. Es ist zum Beispiel verboten, daß sich mehr als zwei Leute in der Öffentlichkeit zusammen zeigen, also wo drei oder vier zusammensitzen und einen Tee trinken, da kann es schon zu Festnahmen kommen. Verbotene Versammlung heißt das dann. In vielen Städten hat es im letzten halben Jahr Aufstände gegeben, wie z.B. in Bokan.

Was war der Auslöser für diese Aufstände?

Das Volk hat das Regime satt, ganz einfach gesagt. Das islamische Regime war mit einer Reihe Versprechungen angetreten, bessere Lebensbedingungen zum Beispiel. Dann kam der Krieg gegen den Irak, aber der ist nun auch schon drei Jahre vorüber und die Bevölkerung sieht, daß sich die Lebensbedingungen jeden Tag weiter verschlechtern. Es gibt keine Arbeit. Die meisten Leute sind nicht mehr in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken, weil die Preise immer weiter steigen. Parallel dazu nimmt der politische Druck zu. Die Wahlen in diesem Jahr waren alles andere als freie Wahlen, sie fanden unter Aufsicht der Pasdaran statt.

Waren die Ereignisse in Bokan dann so eine Art Hungeraufstände? Waren sie spontan oder vorbereitet?

Sie waren spontan. Wie schon gesagt, das Regime hat keine seiner Versprechungen erfüllt. Es gibt immer noch kaum Schulen und Krankenhäuser, in solche Strukturen ist noch kein Tümen investiert worden. Die Leute sind hungrig und suchen praktisch nach einem konkreten Anlaß, auf die Straße zu gehen. Der praktische Anlaß war die Tatsache, daß einer der regimetreuen Milizionäre zwei Männer ermordet hatte. Die Bevölkerung forderte die Bestrafung dieses Mannes, und daran entzündeten sich die Ereignisse. Die Demonstrierenden forderten dann nicht mehr nur die Bestrafung dieses Mannes, sondern riefen Parolen gegen das Regime.

Die ständig wachsenden Schwierigkeiten beim täglichen Überleben und der Verlust der Glaubwürdigkeit des Regimes sind ja Entwicklungen, die die gesamte Bevölkerung des Iran betreffen. Ist es denn nur in Kurdistan zu solchen Aufständen gekommen ?

Die Unzufriedenheit mit dem Regime besteht im ganzen Iran. Aber ich würde sagen, es gibt in Kurdistan die stärkste politische Bewegung. Das hat etwas mit nationaler und religiöser Identität zu tun. Die Kurden haben schon immer nationale Rechte gefordert, und außerdem sind sie keine Schiiten, es gibt also auch einen religiösen Widerspruch zum Regime. In anderen Teilen des Iran versuchen die Mollans immer wieder, die Bevölkerung über religiöse Agitation bei der Stange zu halten. Das zieht hier in Kurdistan nicht. Das Sunnitentum spielt zwar eine wesentlich geringere Rolle als die nationale Frage, aber zumindest sind die Menschen hier resistenter gegen die schiitische Propaganda.

Dann kommt noch ein wichtiger Punkt hinzu. Die Entwicklungen im Irak haben der kurdischen Bewegung im Iran mehr Selbstbewußtsein gegeben. Es hat uns Auftrieb gegeben, zu sehen, daß ein großer Teil Irakisch-Kurdistans tatsächlich von Kurden verwaltet wird. Diese Tatsache war auch einer der Funken, die den Aufstand auslösten. Sie hatte besonderen Einfluß auf unsere Peschmerge, die sich in den Städten aufhalten.

Gibt es Kontakte oder sogar Zusammenschlüsse zwischen ihrer Partei und anderen Gruppierungen der iranischen Opposition?

Wir haben zu fast allen Gruppierungen gute Beziehungen mit Ausnahme der "Sazekani Mujaheddin", das sind auch Schiiten, und eigentlich unterscheiden sie sich kaum von dem Regime.. Mit denen haben wir keinen Kontakt und wollen auch keinen haben. Mit allen anderen haben wir gute Beziehungen, aber die Opposition ist nicht sehr organisiert: Wir haben regelmäßigen Austausch mit ihnen.

Versuchen denn die anderen oppositionellen Gruppen im Iran nicht auch, die Unzufriedenheit, die Sie erwähnt haben, auszunutzen? Gibt es Pläne oder Programme für ein gemeinsames Vorgehen der Opposition?

Solche Programme gibt es nicht. Das Regime hat von vielen oppositionellen Gruppen nicht viel übriggelassen. Die Gruppen, die übriggeblieben sind, haben Schwierigkeiten, an einen Tisch zu kommen. Ich bin auch nicht sehr optimistisch, selbst wenn sich alle Opposition im Iran zusammenschließen würde, dann wäre sie momentan nicht in der Lage, das Regime zu stürzen. Ich sehe im Moment die größere Gefahr für das Regime in der Bevölkerung selber, es gibt aber keinen organisierten Kanal für die Unzufriedenheit im gesamten Iran.

Ich möchte noch einmal auf die Vorgänge im Irak zurückkommen. Es ist leicht nachvollziehbar, daß diese Vorgänge in der Bevölkerung so etwas wie Euphorie ausgelöst haben. Was haben diese Vorgänge für ihre Partei bedeutet? Sie haben ihr Hauptquartier seit nunmehr fünf Jahren hier auf irakischem Territorium, sie waren also auch vor dem Aufstand im März '91 schon hier. Was hat sich für sie geändert?

Für unsere Partei waren diese Entwicklungen sehr positiv. Einmal deshalb, weil sie eine so mobilisierende Wirkung auf die Bevölkerung hatten und wir als Partei davon profitieren konnten. Wir haben enormen Zulauf an jungen Peschmergen bekommen. Auch die logistische Untersützung der Bevölkerung ist stärker denn je. Wir als Partei beobachten die Entwicklung im Irak sehr aufmerksam und haben uns natürlich auch über das Zustandekommen eines kurdischen Parlaments gefreut, aber wir wollen jetzt auch weitersehen: was kann dieses Parlament für die eigene Bevölkerung tun; welche Möglichkeiten hat es?

Wie sieht ihrer Meinung nach das iranische Regime diese Entwicklung? Seit Entstehen der von der Kurdistan-Front kontrollierten Region hat sich die iranische Regierung eher bedeckt gehalten. Konkrete Hilfe gab es wenig, das Regime wendete sich aber auch nicht gegen die Kurden. Auch heute gibt es zwar eine Menge Versprechungen über Unterstützung, konkret passiert aber wenig. Wird die iranische Regierung die kurdische im Irak unterstützen?

Prinzipiell lehnt das islamische Regime nationale Selbstbestimmung ab. Es vertritt ja die Einheit aller Moslems. Auch die der verschiedenen Volksgruppen im Iran, wie Azeris, Belutschen und Kurden. Also ehrliche Unterstützung ist von dieser Seite für eine selbstbestimmte kurdische Struktur nicht zu erwarten. Während des Krieges hat es starke Unterstützung der kurdischen Parteien im Irak gegeben, aber das waren taktische Schritte im eigenen Interesse des Iran. Ich glaube, das Regime ist gegen die kurdische Regierung im Irak. Nach der Wahl war in vielen iranischen Zeitungen zu lesen, "Autonomie sei keine Lösung für die Probleme der Kurden". Einige hatten sich sogar direkter gegen dieses Parlament ausgesprochen.

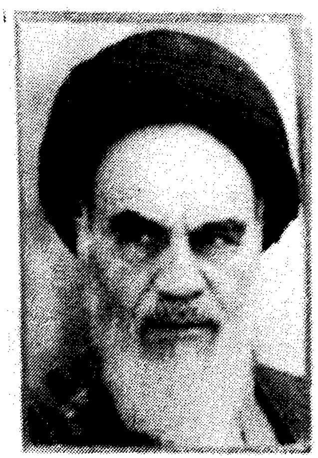
Der iranische Außenminister war in der vergangenen Woche in Bagdad. Unter anderem soll die Unterstützung der irakischen Kurden durch den Iran und die der iranischen Mujaheddin durch den Irak auf der Tagesordnung gestanden haben. Bahnt sich da eine Einigung an?

Das glaube ich nicht. Vor allen Dingen in der Kurdenfrage ist die Politik der beiden Staaten zu verschieden. Der Iran verneint jegliche Rechte für die Kurden. Der Irak verhandelte zumindest im vergangenen Jahr mit ihnen. Dann beansprucht der Iran muslimische Vorherrschaft, ich kann mir nicht vorstellen, daß die beiden Staaten sich einigen können.

Celal Talabani hat in einem Interview erklärt, die Regierung in Teheran habe ihm während seines Besuches im Mai dieses Jahres die Aufnahme offizieller Wirtschaftsbeziehungen nach der Wahl zugesagt. Nun ist schon seit Wochen gewählt und die kurdisch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen bestehen nach wie vor nur aus Schmuggelei, wobei sich Schmuggler an der iranischen Grenze sogar beklagen, daß sie den Repressionen der Pasdaran mehr als zuvor ausgesetzt sind, ja die Grenze an manchen Stellen, vor allem im Süden, ganz geschlossen worden ist. Was hat das zu bedeuten, ist dem Iran ihrer Meinung nach, in Bezug auf diese Versprechungen Glauben zu schenken?

Uns ist auch bekannt, daß die Iranische Regierung Celal Talabani und anderen kurdischen Führern aus dem Irak ökonomische Unterstützung zugesagt hat. Doch meines Wissens nach ist es bis jetzt bei der Absichtserklärung geblieben. Wir wissen, daß der Iran als Gegenleistung fordern wird, die Grenzüberschreitungen unserer Peschmerge einzudämmen. Wir glauben aber, daß die irakischen Kurden darauf nicht eingehen werden. Kurz gesagt, der Iran wird die Kurden nicht unterstützen, wenn er dabei nicht besser abschneidet als die andere Seite. Der Iran ist viel zu schwach, um den Kurden im Irak wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Talabani wollte zum Beispiel, das war einer seiner Gesprächspunkte, daß der Iran ihm Benzin verkauft. Genauer gesagt, sie wollten eine Raffinerie. Wissen Sie, daß 300 Städte im Iran mit raffiniertem Benzin aus Europa versorgt werden; die Kapazitäten der Raffinerien reichen für den Iran selber nicht aus.

Die kurdische Partei PKK, die in der Türkei operiert, hat die Reisen Talabanis und Barzanis nach Ankara scharf kritisiert. Wie sieht ihre Partei die Reise Talabanis nach Teheran?





"Jede Mark, die die BRD in den Iran investiert, ist eine Mark gegen die Demokratie"

Alle kurdischen Organisationen brauchen das Grenzgebiet des jeweiligen Nachbarlandes als strategisches Rückzugsgebiet. Das galt auch für uns in Beziehung auf den Irak und gilt für die Organisationen aller Zentralstaaten. Für uns gibt es nur eine Bedingung: politische Forderungen an die Regierungen des Nachbarlandes sind legitim, solange nicht Bedingungen akzeptiert werden, die beinhalten, sich gegen die kurdischen Organisationen des jeweiligen Landes zu wenden. Das ist für uns sehr wichtig. Umgekehrt geht es auch nicht, daß wir z.B. hier im Irak bewaffnet kämpfen, denn dann zerstören wir uns das Rückzugsgebiet.

Im Februar ist das islamische Wirtschaftsbündnis ECO, das aus der Türkei, Pakistan und dem Iran bestand, um einige der zentralasiatischen Republiken erweitert worden. Betrachtet man die bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und dem Iran in den letzten zwei Jahren, so drängt sich die Vermutung auf, daß gerade die BRD den Iran nur allzugerne als Tor nach Zentralasien nutzen würde...

Es gibt zwei Strömungen in der iranischen Regierung; einmal Rafsandjani und sein "liberales" Umfeld, der die Beziehungen zum Westen will; dann die echten Fundamentalisten, die das nicht wollen. Wie dem auch sei, ich glaube, wenn sich die BRD oder der Westen insgesamt wirklich an den Iran annähern wollen, dann haben sie das Wesen der islamischen Ideologie noch nicht begriffen. Sonst könnten sie keine Erwartungen in das islamische Regime setzen. Denn dieses Regime wird nie demokratisch werden und es wird auch keine Stabilität im Iran geben. Im Gegenteil, die vom Iran gesteuerte islamische Bewegung bringt den ganzen Mittleren Osten in Unordnung. Jede Mark, die in dieses Regime investiert wird, ist eine Mark gegen die Demokratie, sie wird für die Mörder der Hizbollah verwendet. Der Westen hat die Kurden im Irak unterstützt, das werden alle Kurden immer in Erinnerung behalten. Alle Länder, die sich dem Iran angenähert hatten, bereuen es jetzt. Ich glaube nicht, daß der Westen und vor allem die BRD diesen Fehler machen werden.

Ich glaube schon. Wir dürfen nämlich auch nicht vergessen, daß der Westen, der sich im Irak engagiert hat, bis vor sehr kurzer Zeit (und zum Teil immer noch) die Türkei bei ihren Massakern an der kurdischen Bevölkerung unterstützt hat. Wenn der Iran für Wirtschaftsbeziehungen nach Zentralasien notwendig ist, dann fürchte ich, wird er hier das gleiche tun. Da wird die Ideologie des Regimes wenig stören. Nachdem sich die Türkei offensichtlich mit den USA kurzgeschlossen hat, bleiben z.B. für die BRD nicht mehr viele Wege nach Asien.

Der Iran hat heute die Bevölkerung nicht mehr unter Kontrolle, er kann ihr, wie ich schon beschrieben habe, keinerlei attraktive Lösungen anbieten. Ich habe auch noch nie erlebt, daß der Westen versucht hat, ein Islamisches Regime an der Macht zu halten.
Im Iran gibt es inzwischen viele Menschen, auch viele Moslems, die die Regierung nicht mehr wollen. Die Leute wollen die Menschenrechte akzeptiert haben, wollen sich selbst verwalten. Das ist es, was der Westen unterstützen sollte.

Das Interview führte me am 6.7.92 in Bole, Irakisch-Kurdistan



Wem nützt die Demokratisierung?

Die bipolare Weltschablone der achtziger Jahre fand in Zentralamerika eine spezifische Ausformung. Die Menschheit konnte eingeordnet und mit dem ideologischen Hammer bearbeitet werden. Vom Aufbau einer tropischen Volksrepublik, einem zweiten Cuba war die Rede. Für viele von uns war Zentralamerika ein Vulkan, aus dem die so lang ersehnte Revolution ausbrechen würde. Und heute?

Den Mumien in den USA ist Zentralamerika scheißegal, selbst ihr eigenes Klientel wird kaum noch unterstützt und muß auch aus diesem Grund an den Verhandlungstisch. Die Solidaritäts- und Internationalismusbewegung, die träumend den Longdrink "Die Erde dreht sich zärtlich Compañera" in sich hineinschlürfte, steht mit Kopfweh im Abseits. Die Orientierung ist flöten. Der Romanautor William Borroughs brachte es schon vor dreißig Jahren auf den Punkt. "Die Welt läßt sich nicht länger ausdrücken, sie läßt sich vielleicht durch ein Mosaik von Widersprüchlichkeiten andeuten, wie in einem Hotelzimmer zurückgelassene Gegenstände, definiert durch Negativa und Abwesenheit" (aus Naked Lunch).

Wir wollen dabei aber nicht stehen bleiben und wie viele andere uns aus der Region verabschieden, sondern mit diesem Themenblock einige Gegenstände aufheben und versuchen, Teile des Puzzles neu zusammenzusetzen.

Die Revolution ist für die Menschen in Nicaragua keineswegs, wie für uns in Europa, beendet. Nur stehen sich die gesellschaftlichen Machtblöcke in einer anderen Kombination gegenüber. Christian Neven analysiert die Fraktionen der Sandinisten, der technokratischen Modernisierer und der Neosomozisten, die sich in einer Pattsituation gegenüberstehen. Trotz der ökonomisch katastrophalen Situation für die Mehrheit der Bevölkerung und der Rückkehr der Miami-Fraktion sieht er für die Gewerkschaften, in erster Linie aber für die organisierte Landbevölkerung Möglichkeiten, Teile ihrer Interessen durchzusetzen.

Die Frage ob und in welcher Form die ehemaligen BefreiungskämpferInnen ihre Interessen verteidigen und umsetzen können, steht im Zentrum der Berichte aus El Salvador. Wir präsentieren zwei grundlegend unterschiedliche Einschätzungen zu dem zur Zeit zentralen Diskussionpunkt - wem nützt die Demokratie? Die Landbevölkerung ist in den von der FMLN kontrollierten Gebieten heute mit einer Bedrohung konfrontiert, die sie zunehmend entmündigt. Die Reportage von Ralf Syring führt uns plastisch vor Augen, wie die internationale Hilfskaravane die Menschen "beglückt". Droht hier, wie im südlichen Portugal vor fünfzehn Jahren, die Zerstörung von Gemeinwesen durch die Struktur des Weltmarkts, eine formal modernisierte Bourgeoisie und die Sozialprogramme der internationalen Helfercommunity ? Ein eher optimistisches Bild zeichnet dagegen Leo Gabriel. Er sieht, trotz der schlechten Startbedingungen der FMLN, Möglichkeiten für die ehemalige Guerilla, sich zu einer schlagkräftigen Partei zu mausern. In einem zweiten Beitrag verdeutlicht Leo Gabriel seine Einschätzungen, indem er auf die Hintergründe der erstarkenden Volks- und Basisbewegungen verweist. Während hier in Europa das blutige Kriegsbeil des Nationalismus wieder ausgegraben wird, formieren sich in Lateinamerika zunehmend lokale Bewegungen, die gegen die Staatsklassen und gegen die neo-liberale Wirtschaftshegemonie antreten. Ein Beitrag, der sicher zum weiterdiskutieren reizt.

In Guatemala haben die Volksbewegungen einen noch engeren Spielraum als in El Salvador und Nicaragua. Noch klammert sich der Machtblock aus reaktionären Militärs, dem Unternehmerverband und einem Präsidenten, der in einer der berüchtigten evangelikalen Sekten Mitglied ist, mit eiserner Faust an all seine Privilegien. Aber auch hier, so der Autor Gerold Schmidt, versucht eine strategische Koalition einer sich immer gemäßigter gebenden Guerilla (vgl. auch das Interview mit Pablo Monsanto), verschiedensten zivilen Sektoren und Teilen der katholischen Kirche den eisernen Ring, der diese Gesellschaft umschließt, zu sprengen.

Costa Rica gilt für viele BeobachterInnen immer noch als Modellfall für Zentralamerika. Dagegen ist die Tatsache, daß das Land mit Malaysia die z.Zt. höchste jährliche Abholzungsrate von tropischem Regenwald hat, weniger bekannt. Stefan Thiele beleuchtet in seinem Beitrag die Machenschaften der internationalen Bananenkonzerne, die nicht nur den Wald abholzen. Kleinbauern werden zunehmend von ihrem Land verdrängt und müssen sich als Tagelöhner auf den pestizidverseuchten Plantagen verdingen. Verschiedene bundesdeutsche Organisationen planen, ähnlich wie bei Blumen aus Kolumbien, eine Kampagne.

Redaktion

Nicaragua im vierzehnten Jahr der Revolution



Neuer Schwung? Sandinistische Massendemonstration am 19.7.1992...

Während die nicaraguanische Revolution in den Augen des Auslands mit der Wahlniederlage der Sandinisten zu Ende war, geht sie in den Augen der meisten Nicaraguaner weiter. Daß die Revolution weitergeht, "in eine neue Phase getreten ist", wie es etwas beschönigend heißt, ist auch der offizielle Standpunkt der Regierung und der FSLN - beide sehen sich gern als Gralshüter der Revolution und Bewahrer ihrer Errungenschaften, meinen damit aber z.T. Gegensätzliches. Außerhalb dieses "revolutionären" Konsens stehen nur die Ultrarechten und die Neosomozisten - für sie ist die Revolution zerschlagen und die Scherben, die noch herumliegen, müssen möglichst schnell beseitigt werden. Hat diese Revolution, die in Nicaragua auch neoliberale Kapitalisten gern im Munde führen, überhaupt noch etwas Revolutionäres an sich? Oder ist sie, wie in Mexico, längst zur Leerformel erstarrt? Was für Emanzipationsprozesse finden in ihrem vierzehnten Jahr statt und wer sind ihre Träger?

Das Schicksal des Begriffs Revolution spiegelt anschaulich die Phasen der nicaraguanischen Entwicklung wieder: In den siebziger Jahren war Revolution der Befreiungskampf bzw. Volksaufstand gegen Somoza, der 19. Juli 1979 war der "Triumph der Revolution", danach verschmolz der Begriff mit den Protagonisten des Befreiungskampfs, die jetzt an der Regierung waren. Revolution wurde oft zum Synonym für Regierung und trat dementsprechend im allgemeinen Sprachgebrauch als handelndes Subjekt auf: "Die Revolution hat das und das gesagt oder vergessen..., hat mir ein Häuschen gebaut". Die in solchen Formulierungen zum Ausdruck kommende Empfängermentalität spiegelte den hierarchischen Politikstil der FSLN wieder. Nicht mehr die Massen selbst waren die Träger der Revolution, die Revolution war der Ursprungsort politischer Direktiven, die man weiterzugeben bzw. zu befolgen hatte. Die Wahlniederlage der Sandinisten hat die Identifikation der Begriffe Revolution und Regierung beendet. Die Revolutionäre mußten nun zähneknirschend mitansehen, wie ihre schärfsten Gegner den Begriff usurpierten, die Nicaraguaner lernten aber auch, daß sie für sich selbst definieren mußten, was für sie die Revolution, ihre Ziele und Errungenschaften bedeuten. Die Erkenntnis: "wenn wir uns nicht selbst helfen, hilft uns niemand" war der Anfang vom Ende des hierarchischen Politikstils und führte zu einer nie gekannten Vielfalt von Volksorganisationen, Presseorganen, bewaffneten und unbewaffneten Widerstandsgruppen. "Die Leute sind nicht bereit, alles zu schlucken, kämpfen um ihre Rechte und versuchen zunehmend ihre Lage in Eigeninitiative zu verbessern. Dies drückt sich in vielfältigen und zielbewußten Aktionen gegen die Regierungsmaßnahmen aus und in der allgegenwärtigen Debatte um die Demokratisierung von Organisationsstrukturen."[1] Ob den Nicaraguanern die Erfahrung und Autonomie, die sie gewonnen haben, etwas nützt, hängt allerdings davon ab, ob der Kampf ums Überleben nicht ihre gesamten Energien beansprucht. Eine Untersuchung der Zentralamerikanischen Universität ergab, daß die meisten Nicaraguaner 94% ihrer Zeit für die tägliche Reproduktion aufwenden müssen. Nach offiziellen Statistiken ist in den letzten fünf Jahren der durchschnittliche Kalorienkonsum von 2.090 kcal auf 1.378 kcal gesunken. Der Mindestbedarf eines Erwachsenen beträgt in Zentralamerika 1.850 kcal.[2] "Die gelungene Stabilisierung der inflationsgeschüttelten Währung sowie die übereifrige Durchführung

von Strukturanpassungsmaßnahmen fordern einen hohen Preis vom größten Teil der Bevölkerung. Mit den inzwischen von internationalen Banken zur Verfügung gestellten Geldern wird überwiegend der Import gefördert. In die inländische Produktion (Industrie, Infrastruktur, Agrarexport) steckt die Regierung kaum einen Pfennig, weder in Form von Subventionen noch von Krediten. Ausländische Waren überschwemmen den Markt und verdrängen die nicht mehr konkurrenzfähige nicaraguanische Produktion. Die Folgen dieser Politik sind überall sichtbar. In den Städten versuchen die zahllosen Arbeitslosen, sich im informellen Sektor durchzuschlagen. An jeder Ecke wedelt jemand mit einem Packen Geld, um Dollars zu tauschen oder irgendwelche Billig-Importartikel von Coca-Cola bis zu Fernsehantennen zu verkaufen. Fabriken gehen pleite, während Video-Shops aus dem Boden sprießen. Im Agrarsektor ist die nächste Aussaat durch gefallene Weltmarktpreise und verweigerte Kredite gefährdet, für den Baumwollsektor gibt es sowieso keine Zukunft mehr. Zu dieser wirtschaftlichen Misere kommt die Austrocknung der sozialen Dienste hinzu. 'Beim Arzt kriegst du nur ein Stück Papier' sagen die Leute, denn das Geld, um die verschriebenen Medikamente zu bezahlen, haben sie nicht."[1]

Drei politische Lager

Auf der politischen Ebene stehen sich im Nicaragua der Ära Chamorro drei politische Lager gegenüber: Sandinisten, Regierung und Ultrarechte bzw. Neosomozisten. Das Kräfteverhältnis zwischen diesen drei Kontrahenten ist schwer zu bestimmen, doch ist jeder von ihnen stark genug, um eine Art Sperrminorität zu bilden, die die beiden anderen selbst dann nicht ignorieren können, wenn sie sich einig sind. Unter Sandinisten ist nicht nur die Partei FSLN zu verstehen, sondern die Gesamtheit dessen, was in Nicaragua als "der Sandinismus" bezeichnet wird: die FSLN, die sandinistische Fraktion in der Nationalversammlung, Armee und Polizei bzw. deren Führung, der Gewerkschaftsdachverband CNT, der Bauernverband UNAG, die Landarbeitergewerkschaft ATC und der sich als sandinistisch definierende Teil der Bevölkerung. Unter Regierung ist hier zu verstehen die Regierung Chamorro, deren "starker Mann" der Schwiegersohn der Präsidentin ist, Präsidialamtsminister Antonio Lacayo sowie eine Minderheit der U.N.O.-Fraktion in der Nationalversammlung. Hinter ihnen steht eine "technokratische" bzw. "moderne" Fraktion der Bourgeoisie, die Lacayo repräsentiert. Das politische Ziel dieses Lagers besteht in erster Linie darin, ungestört Geld verdienen zu können. Als Aufsteiger sind sie im Gegensatz zu den Neosomozisten für die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Bourgeoisie. Ihren wirtschaftlichen Zielen ordnen sie politische Ziele unter. Sie sind bereit, mit den Sandinisten zusammenzuarbeiten, wenn sie dadurch Ruhe, Ordnung, politische Stabilität und damit günstige Verwertungsbedingungen für ihr Kapital erreichen können. In ihrem Bemühen um Stabilität in Nicaragua nehmen sie sogar begrenzte Konflikte mit den USA in Kauf. Sie erkennen de facto Errungenschaften der sandinistischen Regierungszeit an, die ihre Kapitalverwertungsbedingungen verbessern, z.B. die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit und einer effizienten Staatsverwaltung, die Abschaffung der Privilegien des Somoza-Clans. Daß einzelne Repräsentanten dieses Lagers wie Lacayo eine in sich schlüssige Politikkonzeption vertreten, schließt allerdings nicht aus, daß innerhalb der Regierung ein heftiger Konkurrenzkampf um Pfründen und Posten tobt. Korruption, Vetternwirtschaft und Unvermögen oft zu widersprüchlichen Entscheidungen führen. Die Neosomozisten, repräsentiert von Alfredo Cesar, früher kurzzeitig sandinistischer Zentralbankchef, dann Contra-Führer, heute Präsident der Nationalversammlung und Arnoldo Alemán, Bürgermeister von Managua, streben den vollständigen Rollback bis zur Wiederherstellung des Zustands vor 1979 an und die vollständige Eliminierung der Sandinisten. Sie sind ebenfalls Unternehmer, tendieren aber dazu, den Wunsch, Geld zu machen, ihren revanchistischen Zielen unterzuordnen. Ihr Schwachpunkt ist der, daß diese Ziele nicht ohne jahrelange Instabilität zu verwirklichen sind. Ihr Haß auf die Lacayo-Fraktion ist so erheblich, daß diese oft als Hauptgegner erscheint. Die Neosomozisten werden fast immer von der US-Regierung und von der Hierarchie der katholischen Kirche unterstützt. Es gibt unter ihnen neben finsteren Reaktionären auch geschickte Populisten; gestützt auf einen Teil der Contra und auf Menschen, die mit der vorigen und der jetzigen Regierung unzufrieden sind, sind sie nicht ganz ohne Massenbasis. Zu den einzelnen Komponenten des "Sandinismus" ist zu sagen, daß sie höchst unterschiedliche Zukunftsaussichten haben:

Armee und Polizei

Armee und Polizei werden mit großer Wahrscheinlichkeit am Ende der Legislaturperiode 1996 wenig Sandinistisches mehr an sich haben. Ihre Rückverwandlung in "normale" Repressionsorgane ist eines der obersten Ziele der US-amerikanischen Nicaraguapolitik. Die Armee wurde durch Entlassungen von der größten zur kleinsten Armee Mittelamerikas und hat nur noch etwa 15.000 Mann. Armeechef Humberto Ortega, dessen Mitgliedschaft in der FSLN-Führung ruht, weil er kein politisches Amt bekleiden darf, sieht sich als einen Wahrer des Rechtsstaats, der gewissermaßen über den streitenden Parteien und Klassen steht.



... oder Rückkehr zur Vergangenheit? Rekruten der Nationalgarde vor einem Bild des Diktators Somoza, 1979

Die Konsequenz daraus ist, daß er sein Handeln nicht mehr mit der FSLN-Führung abspricht und daß die Armee auch gegen Streikende und Landbesetzer eingesetzt wird, wenn der Standpunkt der Besitzenden formaljuristisch korrekt begründet ist. Spezialeinheiten von Armee und Polizei, unterstützt von Hubschraubern und Panzerfahrzeugen räumten am 21. und 22.5.92 mehrere besetzte Landgüter im Departement León.

Die Besetzer, sandinistische "Recompas" (s.u.), verließen die besetzten Güter ohne Widerstand. Sie sagten, sie hätten keine andere Möglichkeit als die Landbesetzung, um ihre Familien vor dem Hunger zu bewahren. Bei ihrer Entlassung aus der Armee hätten sie keine Entschädigung erhalten.[3] Angesichts der allgemeinen Misere wundert es nicht, daß auch Korruption in den Reihen der Armee und Polizei Einzug

hält: Das nicaraguanische Menschenrechtszentrum CENIDH protestierte dagegen, daß Soldaten und Polizisten versuchen, Bauern davon zu überzeugen, es sei das Beste, ihr Land an die ehemaligen Besitzer zu verkaufen, enteignete somozistische Großgrundbesitzer, natürlich für einen Spottpreis. Nach Angaben der Landarbeitergewerkschaft ATC sind solche Vorfälle seit Anfang Juni in ganz Nicaragua zu beobachten.[4] Die Regierung sieht sich heftigem Druck von rechts und aus den USA ausgesetzt, General Ortega zu entlassen. Diese Forderung wurde durch die Sperrung von 100 Mio $ US-amerikanischer Entwicklungshilfegelder unterstrichen. Die Regierung hat diesem Druck bisher widerstanden, denn für sie ist Ortega ein Garant der Stabilität, sein Sturz würde wahrscheinlich den Sturz Lacayos und eine wesentlich härtere Konfrontation mit den Sandinisten nach sich ziehen. Für die Polizei gilt ähnliches wie für die Armee, auch hier ist der Druck aus den USA stark, sich sandinistischem Einfluß zu entziehen und zu einem unbeschränkt einsetzbaren Unterdrückungsinstrument zu machen. Eher als bei der Armee sind hier Zugeständnisse der Regierung zu erwarten und mit der Aufnahme ehemaliger Contras auch bereits gemacht worden. Bei fast jedem Streik kommt es zu Konfrontationen der Streikenden mit der Polizei. Ende Juli kam es am gleichen Tag zweimal zu Feuergefechten zwischen der Polizei auf der einen, entlassenen Offizieren und streikenden Busfahrern auf der anderen Seite. Die Demonstranten erklärten, sie seien von der Polizei unvermittelt beschossen worden und hätten dann das Feuer erwidert. Es gab zahlreiche Verletzte. Mit Sicherheit standen sich bei den Gefechten viele Sandinisten gegenüber, die einen in Uniform, die anderen - zum Teil erst seit kurzem wieder - in Zivil.[5]


Antonio Lacayo und Humberto Ortega

Die FSLN

In der FSLN-Führung und der Parlamentsfraktion zeigt sich die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der Partei. Sie hat keine Alternative zum neoliberalen Wirtschaftsmodell zu bieten und selbst wenn sie sie hätte, wäre ihre Glaubwürdigkeit zweifelhaft. Zwar war die FSLN in den 60er und 70er Jahren angetreten, um wie Robin Hood den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben, die Wirtschaftspolitik ihrer letzten Regierungsjahre war aber von großzügigen Subventionen für kooperationswillige Unternehmer vor allem im Agrarexportbereich bei gleichzeitiger Austeritätspolitik gegenüber der Bevölkerungsmehrheit gekennzeichnet. Vielleicht mit Ausnahme der ersten Jahre der Revolution, wo der Somoza-Clan enteignet wurde und ein Teil der Bourgeoisie nach Miami abwanderte, wurden auch unter den Sandinisten die Reichen reicher und die Armen ärmer. Dies trotz des Heroismus vieler Parteikader, die freiwillig für Hungerlöhne arbeiteten. Nach der Wahlniederlage zeigte sich, daß diese soziale Differenzierung auch die Partei nicht verschont hat, es gibt eine Minderheit von Sandinisten, die ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, und eine Mehrheit, darunter auch höhere Kader, die vor dem Nichts steht und um ihr physisches Überleben kämpfen muß. Hinzu kommt, daß sich innerhalb der FSLN die politischen Fronten vertiefen. "Eine Minderheit agiert zunehmend als Zentrumsbewegung und strebt ein strategisches Bündnis mit der Bourgeoisie an. Ihren klarsten Ausdruck findet diese Bewegung in der FSLN-Parlamentsfraktion, die mehrheitlich dazugehört. Sie vertritt ein Politikverständnis, nach dem die Beteiligung an der Macht in den staatlichen Strukturen mehr als die kollektive Kraft der organisierten Basisbewegung gilt. Letztere dient dann als Manövriermasse für die Geschäfte in den hohen Etagen der Politik, wird ihrer Eigenständigkeit beraubt."[6] "Während dieser Sektor des Sandinismus anscheinend der Regierung gerne einen Orden verleihen würde, weil sie die Währung stabilisiert, den Krieg eingedämmt und weil sie erfolgreich mit den ausländischen Gläubigern und mit der US-Regierung verhandelt hat, leidet die Mehrheit der Sandinisten unter der Kehrseite des Neoliberalismus: Verarmung, fehlenden Arbeitsplätzen, Mängeln im Gesundheits- und Erziehungswesen. Sie müssen dazu noch mitansehen, wie sich Berater aus den USA in allen Regierungsinstitutionen breitmachen, einschließlich der Armee" schrieb die nicaraguanische Zeitschrift 'envío' im März. Die Mehrheit der FSLN möchte sich weiterhin an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientieren, weiß aber nicht recht wie und hat nach wie vor mit der hierarchischen Parteistruktur zu kämpfen. Der organisierte Wille zur Veränderung der FSLN äußert sich bisher nur in Teilen der Gewerkschaften, der Frauenbewegung und in Intellektuellenkreisen. Die FSLN hat allerdings nicht nur mit hausgemachten Problemen, sondern auch mit objektiven Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihre Rolle als Garant der politischen Stabilität und Rechtsstaatlichkeit, als Vertreter der "nationalen Interessen" gerät in Widerspruch zu dem moralischen Druck oder Drang, sich auf die Seite des Volksprotests und damit der Unordnung zu stellen. Bei den meisten Nicaraguanern hat das Trauma des Krieges einen heftigen Wunsch nach nationaler Versöhnung und nach Ruhe hinterlassen. Streiks, Landbesetzungen und militante Protestaktionen erscheinen oft als Durchsetzung von Partikularinteressen auf Kosten der Versöhnung und Stabilität. Obwohl es der FSLN in zähen Verhandlungen gelungen ist, den Rollback zu bremsen, z.B. die Rückgabe städtischen Grundbesitzes an somozistische Immobilienhaie zu verhindern und damit Hunderttausende vor dem Verlust ihrer Wohnungen zu bewahren, kann sie allein mit der Rolle der Feuerwehr, die da wo es brennt, das Schlimmste verhütet, nicht mehrheitsfähig werden. Die nationale Versöhnung wird eher der Regierung zugetraut, die sich, personifiziert durch Violeta Chamorro, als politische Mitte zwischen Ultrarechten und Sandinisten profiliert.

Gewerkschaften

Bei der Betrachtung der Gewerkschaftsbewegung muß man zwischen der Situation in der Stadt und auf dem Land unterscheiden. In der Stadt setzt sich der sandinistische Gewerkschaftsdachverband FNT zwar nach besten Kräften für die Arbeiter und Arbeiterinnen ein und läßt sich auch von der FSLN nicht bevormunden, hat aber damit zu kämpfen, daß durch die Wirtschaftspolitik der Regierung ihm das Subjekt seines Handelns abhanden kommt. Bereits zwischen

1979 und 1990 sank die Zahl der Industriearbeiter von 70.000 auf 20.000. Es ist offensichtlich, daß die Ausverkaufspolitik der Regierung Chamorro diesen Deindustrialisierungsprozeß noch beschleunigt hat. In einem Land, in dem die Mehrheit der Erwerbstätigen keinen Arbeitsplatz im formellen Sektor hat und 70% der Bevölkerung offiziell als arm gelten, bekommt der gewerkschaftliche Kampf notwendig etwas elitäres. Immerhin ist es nur der seit zwei Jahren anhaltenden Streikbewegung und zähen Verhandlungen zu verdanken, daß sich die Regierung bereiterklärt hat, 25% der zu privatisierenden Staatsbetriebe in Arbeitereigentum zu überführen; hieraus entsteht der "Arbeitereigene Bereich" APT in Entsprechung zum früheren "Volkseigenen Bereich" APP. Dem Druck der Gewerkschaften ist es auch zu verdanken, daß die Regierung sich verpflichtet hat, das sandinistische Dekret 3/38 anzuerkennen, mit dem somozistische Großgrundbesitzer und Unternehmer enteignet wurden, allerdings hat es in letzter Zeit vermehrt sogenannte Ausnahmen gegeben. So erhielt die Familie Pellas den größten Betrieb des Landes, die Zuckerfabrik San Antonio, zurück, obwohl sie von den Sandinisten entschädigt worden war.

Die Gewerkschaftsbewegung auf dem Land ist in einer wesentlich besseren Position. Gegen den Willen der Landarbeiter ist es oft nicht möglich, Staatsgüter ihren alten Besitzern zurückzugeben. Die Landarbeiter sind nicht nur gut organisiert, sie haben auch in der sandinistischen Zeit trotz des Krieges ihre soziale Lage verbessern können und waren die einzige soziale Schicht, die 1990 in allen Landesteilen mit großer Mehrheit sandinistisch gewählt hat. Im Gegensatz zu den Industriearbeitern können sie nicht einfach wegsaniert werden. Die Position der Kleinbauern und Landarbeiter wird heute durch den Umstand gestärkt, daß die Regierung trotz großer Versprechungen nicht in der Lage bzw. nicht willens ist, die demobilisierten Contras und die demobilisierten Soldaten - beides in ihrer großen Mehrheit ehemalige Bauern - mit Land zu versorgen. Die Mehrheit der ehemaligen Contras erkennt in dieser Situation, daß ihre Interessen als landlose Kleinbauern identisch sind mit denen der landlosen sandinistischen Kleinbauern; das ist allerdings ein keineswegs schmerzloser Prozeß, der in den letzten zwei Jahren erst allmählich vorangekommen ist. Ein erheblicher Prozentsatz der Contras versuchte zunächst als sogenannte Recontras seiner Forderung nach Land durch bewaffneten Druck auf die Regierung, Unterstützung der Ultrarechten, Überfälle auf sandinistische Kooperativen und Straßenraub Nachdruck zu verleihen. Erst als viele Sandinisten sich zum eigenen Schutz als Recompas (abgeleitet von "compañero") ebenfalls bewaffneten und die Recontras zurückdrängten, kam Bewegung in die zwölf Jahre alten Fronten: Kämpfer beider Gruppen bildeten die sogenannten Revueltos (Umgerührte), die mit der gemeinsamen Forderung nach Land die Regierung unter Druck setzten. Ihre spektakulärste Aktion, bei der kein Schuß fiel, war im März die Besetzung der Departementshauptstadt Ocotal. Die Regierung versprach daraufhin Eigentumstitel für 15.000 Bauern und Parzellen für 100 Revueltos. Das Problem ist nur, daß fast alle dieser Versprechungen nicht eingehalten werden. Antonio Lacayo mußte neulich zugeben, daß die Regierung längst den Überblick darüber verloren hat, was sie alles versprochen und unterschrieben hat. Noch viel weniger ist sie in der Lage, ihre Versprechungen auch zu halten. Diese Tatsache macht es der FSLN unmöglich, wie bisher als Vermittler aufzutreten und Daniel Ortega von Krisenherd zu Krisenherd eilen zu lassen, wenn sie nicht ebenfalls unglaubwürdig werden will. Die Recontras, haben ihren Kampf inzwischen gegen finanzielle Entschädigungen von einigen hundert Dollar - für die Führer gab es wie üblich deutlich mehr - weitgehend eingestellt. Der Kampf der Revueltos und Recompas scheint weiterzugehen, allerdings nur um die Regierung unter Druck zu setzen, nicht um sie zu stürzen. Die faktisch vorhandene allgemeine Volksbewaffnung ist ein wichtiger Machtfaktor für die Unterdrückten. Sie rückgängig zu machen, steht auf der Prioritätenliste der USA ganz oben.

Gibt es Alternativen?

Auch mit friedlichen Mitteln üben sandinistische Kleinbauern, Landarbeiter und Ex-Contras gemeinsam Druck aus, zusammengeschlossen in einem neuen überparteilichen Bauernverband. Auch die Kriegsversehrten der Contra und der Sandinisten haben sich in jüngster Zeit zusammengeschlossen.

Die vom Verband der Kooperativen und den Gewerkschaften erkämpfte Beteiligung an den Betrieben, z.B. verfügen sie über 31% der Viehzuchtbetriebe, 35% der Kaffee- und 34% der Baumwollbetriebe (auf letzteren wird mangels Rentabilität inzwischen Sesam und Grundnahrungsmittel angebaut) wird von diesen Organisationen und von Teilen der Solidaritätsbewegung als Keim eines alternativen, demokratischen und partizipativen Wirtschaftsmodells begriffen.[7] Sicher gibt dieser Bereich am ehesten zu Hoffnungen Anlaß, er kann sich aber nicht den Zwängen des Weltmarkts und der kapitalistischen Konkurrenz entziehen. Die Agrarreform, damit kommen wir zurück zur Ausgangsfrage, was heute Revolution heißen könne, ist eine der Errungenschaften, über die die Bevölkerung sich einig ist. In einer Umfrage forderten mehr als 90% ihre Weiterführung. Als verteidigenswerte Errungenschaften der sandinistischen Regierungszeit sieht eine große Mehrheit die Zuteilung von Wohnungen und Baugrund in der Stadt, die Gleichstellung der Frau, die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und die Verteidigung der nationalen Souveränität. Diese Punkte werden interessanterweise auch von einer Mehrheit der U.N.O.-Wähler genannt. Ebenfalls eine Mehrheit der Befragten, aber nur eine Minderheit der U.N.O.-Wähler, nennt als Errungenschaften die persönliche Sicherheit der Bürger, die Verfassung und die Organisationsfreiheit und ist der Ansicht, die Sandinisten hätten sich um die wirtschaftliche Besserstellung der Bevölkerungsmehrheit bemüht.[8] Zusammenfassend also ein erstaunlich breiter politischer Konsens, auf dem eine neue Opposition aufbauen könnte.

cn

Anmerkungen:

(1) Informationsbüro Nicaragua, Rundbrief 5/6 92
(2) envío, April 92
(3) ann 266, 10.6.92
(4) ann 267, 8.7.92
(5) ann 268 23.7.92
(6) Informationsbüro Nicaragua, Rundbrief 1/2 92
(7) Informationsbüro ... Rundbrief 5/6 92. Zu dieser Frage gibt es ausführliche Informationen beim Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202/4936305 (8) envío, Februar 92

Der Friedensprozeß in El Salvador

Eine Geschichte mit Zukunft

Als die seit zwölf Jahren im offenen Krieg befindliche Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional (FMLN) am 16. Januar dieses Jahres in Mexiko das Friedensabkommen unterzeichnete, atmete die nordamerikanische Öffentlichkeit für einen Moment beruhigt auf. Denn der durchschnittliche Fernsehzuschauer aus Oklahoma und Little Rock konnte wieder ein Land auf dem immer komplizierter gewordenen Globus streichen - noch dazu eines, das so klein war, daß es über 70.000 Toter bedurfte, um sich bemerkbar zu machen.



Erste Euphorie nach der Verhandlungslösung

An den Kriegsfronten und in den Konfliktgebieten El Salvadors aber, in den Elendsvierteln der Hauptstadt und in den von der Armee kontrollierten Gebieten im Landesinneren wurde die aufkeimende Hoffnung bald von großen Zweifeln durchsetzt: Wie lange würde es dauern, bis der Waffenstillstand gebrochen und die Todesschwadronen ihr schmutziges Handwerk wieder fortsetzen würden? Und wer würde sich des Landes bemächtigen, das hunderttausende Campesinos in den von der FMLN kontrollierten Gebieten - den Luftangriffen und Massakern der Armee zum Trotz - besetzt hatten?

Denn gerade was die wirtschaftliche Seite des sogenannten Friedensprozesses betraf, war das Abkommen von Chapultepec mehr als vage. Es war darin zwar von einer Übergangsregelung die Rede, die den Landbesetzern das einstweilige Verfügungsrecht über ihren Lebensraum zusprach; eine definitive Lösung der Landfrage blieb jedoch dem zukünftigen politischen Kräfteverhältnis überlassen, und das sah alles andere als vielversprechend für die Kleinbauern aus. Aber auch in den Städten, wo der Mangel an Wasser und Arbeit seit jeher zum täglichen Brot der Bewohner der sogenannten Tuguri-os (Hüttensiedlungen) gehörten, hatte die Forderung nach einer Bodenreform wenig Chancen, gehört zu werden.

Dafür schlägt heute - sechs Monate nach dem Beginn des Friedensprozesses - die Geisterhand der parastaatlichen Repression wieder voll zu. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Angehöriger der Volksorganisationen unter Vorgabe eines Raubüberfalls oder eines Wirtshausstreits liquidiert wird. Doch darüber berichten die Medien, die sich mit Ausnahme der ehemaligen Guerillasender und einer schwach vertriebenen Tageszeitung ("Diario Latino") durchwegs in Händen von Anhängern der Regierungspartei befinden, kaum. Im täglichen Propagandakrieg punktet die Oligarchie: ob es nun um die Frage des Landeigentums, der Wahlrechtsreform oder der Menschenrechtsverletzungen geht.

Daran ändert auch die Anwesenheit der Beobachter der Vereinten Nationen (ONUSAL) recht wenig, die zwar oft persönlich engagiert sind, aber von ihren übergeordneten Instanzen derart überreichlich mit Papierkörben (den Maulkörben der internationalen Bürokratie) ausgestattet sind, daß sie praktisch handlungsunfähig sind. Als der deutsche ONUSAL-Beobachter Reinhard Jungk z.B. kürzlich über die Hintergründe und -männer verschiedener Verbrechen auspackte, die er genau recherchiert hatte, kam sein offener Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kaum an die richtige Adresse: er wurde aus seinem Dienst fristlos entlassen.

Zu all diesen Umständen ist noch die Verzögerungstaktik der Regierung hinzuzurechnen, die z.B. den Geldfluß von auslän-



dischen Hilfswerken in die ehemaligen Konfliktgebiete systematisch unterbindet. So sitzen die Freiheitskämpfer von gestern noch immer bei Reis und Bohnen in ihren Konzentrationslagern und warten auf ihre Alphabetisierungsfibel, obwohl die internationalen Hilfsgelder längst auf salvadorianischen Konten liegen.

Trotz dieser denkbar schlechten Rahmenbedingungen schreitet der sogenannte Friedensprozeß mit seinen im Abkommen festgelegten Eckdaten der Entmilitarisierung beider Seiten voran, wenngleich auch stockend und ruckartig. Ist es einzig und allein dem "Geschick" des Sonderbeauftragten der UNO, Goulding, zu verdanken, daß die FMLN bereits zum zweitenmal 20 Prozent ihrer Streitkräfte aufgelöst hat? Oder ist das Risiko der KämpferInnen, einmal mehr einem historischen Gemetzel zum Opfer zu fallen, nicht doch zu groß? (Schließlich hat ja nicht einmal die sogenannte "Kommission der Wahrheit", die derzeit unter dem Vorsitz des kolumbianischen Expräsidenten Belisario Betancourt die notorischsten Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit gründlich untersucht, richterliche Befugnisse.) Woher nehmen die politischen Kader der FMLN das Selbstvertrauen zu glauben, daß sie im politischen Schlagabtausch letztendlich doch am längeren Hebel sitzen werden?

Sicherlich nicht allein aus der Statistik. Denn die letzten Meinungsumfragen sowohl der katholischen Universität UCA als auch des nordamerikanischen Gallup-Instituts haben aufgezeigt, daß derzeit die gegenwärtig in der Gründungsphase begriffene FMLN-Partei hinter der ARENA bereits an zweiter Stelle rangiert und nicht (wie bisher) die Christdemokraten und die linksliberale Convergencia. "Der Zustrom zur FMLN in fast allen ihrer fünf Teilorganisationen ist vor allem dort am größten, wo sich die Leute am meisten in ihrem Leben und ihrem Eigentum bedroht fühlen", erklärt Susana Recinos, die Leiterin einer Frauengruppe aus Sonsonate, das eigenartige Phänomen, daß sich die ehemalige Guerillaorganisation zusehends zu einer Massenpartei der Campesinos entwickelt.

Dabei verfügt die FMLN als Partei weder über die finanziellen noch über die menschlichen Ressourcen, um einen weitmaschigen Propagandaapparat aufrechterhalten zu können. Dafür ist allerdings die Geschichte des Befreiungskampfes, dessen Wurzeln bis in die dreißiger Jahre zurückreichen, umso lebendiger geblieben; nicht nur was die Einwohner in den sogenannten Repoblaciones (Wiederansiedlungen) betrifft, die zu Beginn der achtziger Jahre aus ihren Heimatorten geflohen und Ende der achtziger Jahre wieder zurückgekehrt sind. Auch die Bevölkerung in den Gebieten im Westen des Landes, wo der Bürgerkrieg aus historischen und strategischen Gründen nie voll ausgebrochen ist, hält jetzt der FMLN die Fahnenstange.

Es scheint als würde der relative Freiraum, den der Friedensprozeß trotz aller Widerwärtigkeiten mit sich gebracht hat, besonders dort zum Ventil für die lange zurückgehaltenen Hoffnungen der Basis werden, wo sie bereits vor Ausbruch des Bürgerkriegs organisiert war. In der Hauptstadt San Salvador etwa, wo sich die Bewohner der Elendsviertel im Jahr 1972 in der sogenannten UPT (Union de Pobladores de Tugurios) bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1980 zusammengeschlossen hatten, gibt es im Rahmen des Movimiento Comunal Salvadoreno (MCS) heute plötzlich wieder ein weitverzweigtes Netz von Gemeindeorganisationen.

Denn stärker noch als die FMLN als politisch-militärische Organisation oder Partei, die sich aufgrund ihrer historischen Aufspaltung in fünf Teilorganisationen und der Vertikalität ihrer Führungsstrukturen vielfach selbst blockiert, ist die FMLN heute eine Bewegung, die zum Symbol des Widerstands für weite Kreise der salvadorianischen Bevölkerung geworden ist. In dieser Hinsicht ist die FMLN also vor allem eine kulturelle Referenz, die derzeit um ihre Artikulierung als Organisation ringt.

Am meisten spiegelt sich dieses Phänomen in der Jugend der FMLN wieder, die sich am 11. November (dem Jahrestag der Offensive 1989) zum erstenmal in der Geschichte der Befreiungsbewegung als eine organische Einheit vorstellen wird, die keiner ihrer Teilorganisationen angehört. Aber auch in den Teilorganisationen selbst wird es eine Wachablösung unter den Führungskadern geben, um sich mit neuen Kräften dem überaus harten Kampf um die ersten freien Wahlen in der Geschichte El Salvadors zu stellen. Denn von diesem Kräftemessen neuen Stils zwischen den Volksorganisationen der FMLN und den paramilitärischen Drahtziehern der ARENA-Partei wird letztlich die historische Wende abhängen, die die Guerillacomandantes im Auge hatten, als sie vor sechs Monaten das Friedensabkommen unterzeichneten.

Leo Gabriel

"Hoch die internationale Solidarität"

"Es lebe die europäische Gemeinschaft"

Am Abend wurden Transparente aufgehängt: "Willkommen, Vertreterin der Europäischen Gemeinschaft. Es grüßt dich die Bevölkerung von Guarjila" war auf einem zu lesen. Es wehte über der Staubstraße, die das Dorf Guarjila auf dem Weg von der Provinzhauptstadt Chalatenango nach San José Las Flores durchquert. Am nächsten Morgen gingen die Kinder nicht, wie gewohnt, in die Schule. Zusammen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern standen sie stundenlang unter den großen Bäumen an der Straße, in deren Schatten sie Schutz vor der Sonne suchten. Die Dorfleitung, von der Bevölkerung gewählt, hatte sie dorthin geschickt. Sie sollten Ursula Thiele zujubeln. Ursula Thiele ist nicht eine Königin oder Prinzessin, auch nicht die angetraute Geliebte des Präsidenten oder eines der Kommandanten der FMLN. Sie ist eine freundliche ältere Dame aus Brüssel, tut Dienst bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, und wahrscheinlich ist ihr noch selten von zahlreichen Kindern so zugejubelt worden wie in Guarjila, Las Flores, Nueva Trinidad und Arcatao in der von der FMLN kontrollierten Zone in Chalatenango.

Sie kam nicht allein. Wichtige Persönlichkeiten sind immer von vielen weniger wichtigen umgeben. Es war am Ende ein langer Troß von teuren Geländefahrzeugen - Vierradantrieb mit Dieselmotor. Ich stand an der Straße in Las Flores, als der Troß ankam. Die Kinder und einige Erwachsene hatten recht lange gewartet. Mehrmals war vom Kirchturm aus mit Megaphon angekündigt worden, daß Frau Ursula nun bald eintreffen werde, und die Menschen mögen sich doch zur Straße begeben. Früher wären alle sofort gegangen, doch das ist jetzt schon anders. Dauernd kommen Delegationen, und niemand weiß mehr so recht, was man davon eigentlich hat. So folgen die Menschen eher zögerlich. Die, die da stehen, rufen "Es lebe die Europäische Gemeinschaft" und "Hoch die internationale Solidarität", als die Wagenkolonne ankommt. "Hoch die internationale Solidarität" hätte Frau Thiele sicherlich erschreckt, wenn sie es zum Beispiel in Freiburg gehört hätte. Doch hier freut sie sich sichtlich. Schließlich haben die Kinder auch "Es lebe die Europäische Gemeinschaft" gerufen, und diese Kombination ist in Freiburg sicher ungewohnt. Der eine Satz mildert den Effekt des anderen, von welcher Seite man es auch betrachten mag.

Ursula Thiele steigt gerührt aus, läßt sich von einem der Kinder ein öffentliches Küßchen geben und wird dann auf den zentralen Platz geleitet. Das ist der Platz, auf dem ein paar Monate vorher die Menschen in Deckung gehen mußten, als auf der nahegelegenen Bergkuppe La Bola das Elitebataillon Atlacatl des salvadorianischen Regimes Stellung bezogen hatte und dauernd in das Dorf hineinschoß. Sie töteten damals ein neun Monate altes Kind. Das kann heute nicht mehr jubeln, wenn wichtige Persönlichkeiten kommen.

Die Wichtigkeit zentraler Persönlichkeiten beruht auf Geld, das sie verteilen können. Auch in Chalatenango wird dies immer offensichtlicher. Das Geld, das Frau Thiele ihre Wichtigkeit verleiht, kommt von der Europäischen Gemeinschaft und ist bestimmt für Flüchtlinge und zurückgekehrte Flüchtlinge und seit dem 16. Januar in der Theorie auch für demobilisierte Kämpfer der FMLN. "In der Theorie", weil es zum Zeitpunkt von Frau Thieles Besuch in Chalatenango noch keine demobilisierten Kämpfer der FMLN gab. Es hätte sie geben sollen, aber da das Regime sich nicht an die Bestimmungen des am 16. Januar unterzeichneten Waffenstillstands-Abkommens von Chapultepec gehalten hatte, hatte die FMLN sich geweigert, mit der Demobilisierung ihrer Kämpfer anzufangen. Flüchtlinge und zurückgekehrte Flüchtlinge aber hatten Hilfe von der Europäischen Gemeinschaft erhalten, nach Auskunft aus Brüssel von 1985 bis August 1992 insgesamt 19.710.000 Ecu, davon 15.835.000 Ecu in 19 Projekten in erster Linie in den Bereichen landwirtschaftliche Ausrüstungsgüter und Ausbildung in Kooperation mit Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs).

Nachdem Frau Thiele wieder abgereist war, prangten zahlreiche blaue Aufkleber mit einem Ring aus kleinen gelben Sternen in den Dörfern der zurückgekehrten Flüchtlinge, zum Beispiel am Eingang zum Volksspeiseraum in Las Flores. Und wer hinfort in das neue Büro der salvadorianischen Nichtregierungsorganisation Cordes in der Provinzhauptstadt geht, muß nicht etwa nach einem Schild "Cordes" suchen, sondern nach einem, auf dem "Europäische Gemeinschaft" steht, dazu der Ring aus kleinen gelben Sternen.

Die Landleute in jener Zone - früher nannten wir sie die "kontrollierte Zone der FMLN", jetzt sagen auch die Kader der FMLN das, was die Sprecher des Regimes immer sagten: "Konfliktzone" - sind arm. Es gibt viele unterernährte Kinder - auch unterernährte Erwachsene. Und viele haben keine Schuhe. Verläßliche Statistiken über die Armut gibt es nicht. Doch die Landleute dort haben eine Stärke, die ihnen in jahrelangem Krieg das Überleben ermöglicht hat: Sie haben sich auf mannigfaltige Weise organisiert, haben ihre Dorfleitungen gewählt, die ihnen auch nach der Wahl noch verantwortlich sind, haben ihre Versammlungen, in denen sie über Schwierigkeiten diskutieren, nach Lösungen suchen und dann Beschlüsse fassen. Sie haben damit die Armut nicht beseitigen können. Doch sie haben bei weitem bessere Bedingungen, da sie unter eigener Kontrolle agieren können. Dagegen leben Menschen in den anderen Teilen des Landes - auch "Konfliktzonen", unter der Kontrolle des Regimes.

Im vergangenen Jahr wurde viel über Entwicklung diskutiert in der FMLN. Wenn der Waffenstillstand kommen würde, würde

nicht etwa der Feind auf den Angriff gegen die Bevölkerung verzichten - das war klar. Nur die Waffen würden sich ändern: nicht mehr Bomben, Granaten und Gewehrschüsse, sondern ganz entscheidend Geld, Hilfe.

So war es denn keine Überraschung, als sie kamen. Sie kamen zum Beispiel so: Anruf bei einer salvadorianischen NRO, von der bekannt ist, daß sie der FMLN nahesteht: 'Hier PRODERE. Wir haben 1,7 Millionen US-$ für Sie'. Eine Million für Medikamente und 700.000 für medizinische Ausrüstungsgüter. Wunderbar! Es war das Ergebnis der Verhandlungen einer FMLN-Delegation. PRODERE ist eine Hilfsorganisation für Flüchtlinge in Mittelamerika unter dem Dach des Programms der Vereinten Nationen für Entwicklung (PVNE oder PNUD oder UNDP), vollständig von der italienischen Regierung finanziert. Also 1,7 Millionen US-$, und zwar für Gesundheit in Chalatenango. Entschieden wurde aber in Rom. Der Anruf kam am Dienstag. Der formal erforderliche Projektantrag mußte bis spätestens Samstag vorliegen. Angeblich sollte die Summe sonst verlorengehen. Die Menschen der NRO haben das Projekt geschrieben, an ihren Schreibtischen, und am Samstag in das Büro von PRODERE gebracht. Die Landleute in Chalatenango haben nichts davon gewußt.

Im Auto, in dem ich nach Guarjila fuhr, saß auch die Verantwortliche der Frauenorganisation für die "Zone". Am Rand von Guarjila rief sie einer anderen Frau zu: "Du, wir müssen uns morgen in Nueva Trinidad treffen. Sag auf jeden Fall heute noch in Los Ranchos bescheid". "Aber morgen können wir doch nicht. Wie sollen wir denn so schnell nach Nueva Trinidad kommen?" - "Weiß ich auch nicht, aber wir müssen uns dringend morgen treffen". "Du weißt genau, daß wir noch anderes zu tun haben und daß das so kurzfristig nicht geht". "Muß aber gehen. Irgendeine Hilfsorganisation gibt uns 40.000 US-$, aber dann müssen wir bis übermorgen ein Projekt fertig haben".

Es gibt jetzt mehr Versammlungen als früher. Manche, besonders die, die meistens in der Stadt in einem Büro sitzen, sagen, daß das Ausdruck von mehr Demokratie sei. In den Versammlungen ist aber nichts mehr zu entscheiden. Das haben immer schon die getan, die aus den Büros in der Stadt kommen und wissen, was machbar ist und was man tun muß, damit das Geld überwiesen wird. Doch sie informieren die Landleute über ihre Entscheidungen. Jetzt geht's ja nicht mehr um Überleben, sondern um Entwicklung.

Viele neue Gremien sind geschaffen worden. Zum Beispiel trifft sich in der Provinzhauptstadt Chalatenango ein "Regionales Organ für die Integrale Gesundheit". Das ist ganz demokratisch zusammengesetzt, sagen die VertreterInnen der NRO. Seit einiger Zeit haben die Delegierten aus der "Zone" sogar die Mehrheit. Ich frage die Gesundheitshelferin, die von der Sitzung zurückkommt, wie es denn war. "Gut, daß es vorbei ist". "Und worüber habt ihr gesprochen?" - "Ach, was weiß denn ich!"

Es gibt viele Projekte. Es gibt auch viele Bedürfnisse - wie sollte es anders sein in solcher Armut! Welcher Zusammenhang zwischen den Bedürfnissen und den Projekten besteht, ist nicht genau zu ermitteln, seit die, die über die Projekte entscheiden, nicht mehr die sind, die die Bedürfnisse haben. Entwicklung ist ja heute schwieriger denn je. Und eine Entwicklung, bei der die Landleute oder auch die Armen in der Stadt das Sagen haben, ist nicht so leicht planbar, berechenbar, vorhersehbar. Jedenfalls ist sie sehr langwierig. Überall da, wo etwas anderes getan werden soll, als den Armen die wertvollen Gedanken der Reichen zu ihrem Wohl zu vermitteln, dauert es sehr lange. Zumindest dann, wenn es nicht mehr den Druck der Bomben, Granaten und Gewehrschüsse gibt, die dazu zwingen, schnell irgendeine Lösung zu finden. Die Menschen in Chalatenango sind froh, daß es diesen Druck nicht mehr gibt. Es macht einen großen Unterschied, daß sie nicht mehr alle jeden Tag wissen, daß einige von ihnen sterben werden und erst am Abend erfahren, wer es denn diesmal gewesen ist. Niemand will in den Krieg zurück. Und niemand will in der Armut bleiben. Und niemand weiß, ob es ohne Krieg einen Weg aus der Armut gibt. Die Projektfunktionäre haben längst auf ihn verzichtet - nicht verwunderlich, weil sie es sich leisten können.

"Die Europäer sind alle deprimiert", sagte mir neulich eine Solidarische-Reisende, "und die Salvadorianerinnen sind alle zuversichtlich". Sie hatte die Landleute nicht erlebt, wenn sie aus den langen Sitzungen kamen. Doch im übrigen hatte sie fast recht. Viele wollen noch nicht wahrhaben, daß sie nichts mehr zu sagen haben. Und einige meinen, daß es ja sein könnte, daß die Projektfunktionäre es schon wissen, wie die Armut beseitigt werden kann. Viele von ihnen haben ja mitgekämpft. "Wir verstehen das ja doch nicht. Was weiß denn ich!"

Ralf Syring im August 1992

Es bewegt sich was

Neue Verhandlungen in Guatemala

Nach Monaten des Stillstandes ist in die Verhandlungen zwischen der Guerillabewegung "Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas" (URNG) auf der einen Seite sowie der guatemaltekischen Regierung und dem Militär auf der anderen Seite wieder Bewegung gekommen. Am 7. August 1992 endete die sechste Verhandlungsrunde nach viertägigen Gesprächen in Mexiko-Stadt mit einem Teilabkommen über die paramilitärischen Zivilpatrouillen (PAC). Die Zivilpatrouillen können als Kernstück des Themas "Menschenrechte" bezeichnet werden, das an erster Stelle der Verhandlungspunkte steht. Die Guerilla hatte in der Vergangenheit stets die Auflösung der PAC gefordert, in denen etwa eine Million Menschen zwangsintegriert sind. Regierung und Militär dagegen betrieben ihren Ausbau als Aufstandsbekämpfungsinstrument und Kontrollmittel gegenüber der Bevölkerung. Nach dem nun gefundenen Kompromiß bleiben die PAC bis zu dem endgültigen Inkrafttreten eines umfassenden Friedensabkommens bestehen. Sobald jedoch ein Abkommen über den gesamten Themenkomplex Menschenrechte unterzeichnet ist, sollen keine neuen Zivilpatrouillen bewaffnet und die freiwillige Teilnahme an den bereits existierenden Zivilpatrouillen soll überprüft werden.

Aus den jetzt getroffenen Vereinbarungen auf ein baldiges Friedensabkommen zu schließen, wäre verfehlt. Dies wird deutlich, wenn man den bisherigen Verhandlungsverlauf betrachtet: Bei ihrem ersten offiziellen Treffen im April 1991 in Mexiko-Stadt beschlossen die Parteien einen 11-Punkte-Katalog als Diskussionsgrundlage. Noch immer steht der Punkt 1, "Demokratisierung, Menschenrechte", auf der Tagesordnung. Während es zur Demokratisierung im Juli 1991 wenigstens eine Art Rahmenabkommen gab, in dem beide Parteien die Vorherrschaft der zivilen Gesellschaft anerkannten, gab es bei den Menschenrechten keine Bewegung. Regierung und Militär wollten sich auf die konkreten Forderungen der Guerilla, wie die Abschaffung der Zivilpatrouillen und der Modelldörfer oder die Aufhebung des Amnestiegesetzes für die Menschenrechtsverletzungen der Militärs vor 1986 nicht einlassen. Das letzte öffentliche Treffen war im Oktober 1991. Die Positionen verhärteten sich so, daß der katholische Vermittler, Bischof Quezada Toruño, die Verhandlungen im März dieses Jahres suspendierte.

Die neue Gesprächsbereitschaft ist vor allen Dingen der URNG und den zivilen Sektoren in Guatemala zu verdanken. Sie brachten Regierung und Armee in Zugzwang, indem sie Mitte Mai umfangreiche Vorschläge zum Verhandlungsprozeß und zur Umwandlung der guatemaltekischen Gesellschaft machten. Die Guerilla veröffentlichte am 15. Mai ein Dokument, das den Titel "Guatemala, ein gerechter und demokratischer Frieden: Der Inhalt der Verhandlungen" trägt. Es wird von der URNG als Ausgangspunkt betrachtet, "um durch Diskussionen mit allen Sektoren der Gesellschaft zu einem Konsens zu kommen." Nach wie vor soll der im April 1991 in den Vereinbarungen von Mexiko festgelegte Themenkatalog den Inhalt der Verhandlungen bestimmen, doch nach Ansicht der URNG geht es darum, die einzelnen Punkte auf funktionellere Weise zusammenzufassen und eine Verbindung zwischen den einzelnen Problemen herzustellen.

Zu allererst soll ein sofort wirksames Abkommen zum Thema Menschenrechte geschlossen werden. Nach dem jetzt verkündeten Teilabkommen stehen noch die Unterpunkte "internationales humanitäres Recht" und die "Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit" zur Diskussion. Im Anschluß daran schlägt die URNG fünf Verhandlungspunkte für die Diskussion vor:

1. Die Situation und Wiederansiedlung der durch den bewaffneten Konflikt vertriebenen Bevölkerung. Dabei geht es um die Flüchtlinge, die internen Vertriebenen und die Bevölkerung der geheimen Widerstandsdörfer. Die Guerilla fordert, daß die vertriebene Bevölkerung direkt nach ihren Vorstellungen befragt wird. Für die Wiederansiedlung werden Sicherheitsgarantien und das Recht auf eigenständige und unabhängige Organisation verlangt.

2. Zivile Macht und Beteiligung der BürgerInnen am Nationalen Leben (Funktion der Armee in einer demokratischen Gesellschaft, Stärkung der zivilen Macht). Die Armee wird von der URNG nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Umso mehr jedoch wird auf ihre demokratische Kontrolle und ihre völlig andere Funktion in einer demokratischen Gesellschaft abgezielt. Damit einher geht die Forderung nach Abschaffung der Militärpolizei. Bei der Stärkung der zivilen Macht weist die Guerilla darauf hin, daß in Guatemala nicht nur die politischen Parteien und Wahlen die Basis für eine wirkliche Demokratie sein können. Die verschiedenen Organisationen der zivilen Sektoren müssen nach den Vorschlägen der Guerilla voll an den nationalen Entscheidungen beteiligt werden.

3. Identität und Rechte der Indígena-Völker. Diesen Punkt sieht die URNG als essentiell für die Zukunft Guatemalas an. Sie fordert besonders eindringlich die direkte Beteiligung der legitimen Vertreter der indigenen Völker. Sie klagt die kulturellen Rechte, das Recht auf historische Identität, die eigene politische Vertretung und die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Indígenas ein.

4. Sozioökonomische Aspekte. Die URNG gesteht der Privatinitiative die Rolle als Antriebskraft der Wirtschaft zu. Gleichzeitig greift sie jedoch in scharfer Form die bestehende soziale Ungerechtigkeit an und macht die Notwendigkeit einer Umverteilung des Reichtums in Guatemala deutlich. Die Verhandlungen sollen dazu konkrete politische Vereinbarungen erbringen. Als



Das Militär blockt ab **Foto: Infostelle Guatemala**

Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung werden Investitionen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Ernährung und Wohnungswesen genannt.

5. Verfassungsreformen. Hier betont die Guerilla, daß jede Verfassung wertlos ist, solange sie keinen Bestand vor der Realität hat. In diesem Sinne verlangt sie Reformen, die die in den vorangegangenen vier Punkten genannten Ziele festschreiben und unterstützen, ohne von den Änderungen als solchen eine Lösung der Probleme zu erwarten.

Zur Verfahrensweise bei den Verhandlungen schlägt die URNG in ihrem Dokument vor, diese weitgehend nicht mehr geheim zu halten. Des weiteren ist sie dafür, daß VertreterInnen der zivilen Sektoren direkt als BeobachterInnen an den Verhandlungsrunden teilnehmen können. Über getrennte Treffen mit der Regierung und der URNG sollen sie außerdem die Gelegenheit haben, ihre Ideen, Vorschläge und Forderungen einzubringen.

Eine neue gesellschaftspolitische Kraft

Fast zeitgleich mit der URNG präsentierte das in diesem Jahr gegründete Koordinationsgremium der zivilen Sektoren (Coordinadora Sectores Civiles), das sich aus kirchlichen, Maya-, Gewerkschafts-, Nichtregierungs- und Volksorganisationen zusammensetzt, in der Nationalen Versöhnungskommission (CNR) ein Dokument zum Verhandlungspunkt Menschenrechte. Darin wird - wie auch von der URNG vorgeschlagen - die direkte Beteiligung der zivilen Sektoren an den Verhandlungen gefordert. Konkrete Vorschläge behandeln die Auflösung der paramilitärischen Zivilpatrouillen, der Modelldörfer und der Todesschwadrone . Zum ersten Mal unter der Repression hat sich mit der Coordinadora Sectores Civiles eine Instanz gegründet, die so gut wie alle sozialen und Volksbewegungen umfaßt. Auch bisher eher unpolitische Sektoren wie die Nichtregierungs-Organisationen zeigen damit mehr politische Kühnheit.

Die Regierung versuchte angesichts dieser Entwicklung postwendend, die Bedeutung des Dokumentes herunterzuspielen. Manuel Conde, Leiter der Regierungsdelegation bei den Verhandlungen, bezeichnete es als unzeitgemäß und behauptete, es stamme von Gruppen, "die keinerlei Beitrag zum Friedensprozeß geleistet haben." Angesichts der Tatsache, daß das Gremium der zivilen Sektoren mehr als 100 Organisationen integriert, die meisten in ihm vertretenen Sektoren bereits 1990 Gespräche mit der URNG geführt und sich auch immer wieder an die Regierung gewandt haben, ist dies ein wenig überzeugendes Argument.

Ausschlaggebend für die ablehnende Haltung der Regierung dürfte etwas anderes sein: Beim Punkt Menschenrechte, aber auch bei anderen Fragen, die Verhandlungsgegenstand sind, stimmen die Guerilla und die zivilen Sektoren zum Teil weitgehend überein. Billigt die guatemaltekische Regierung letzteren eine größere Beteiligung zu, so wird noch stärker als bisher deutlich, daß Präsident Serrano und die Armee gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stehen. Der Handlungsspielraum der Regierung bei den Verhandlungen würde enger.

Die zivilen Sektoren ließen sich von der starren Regierungshaltung jedoch nicht beeindrucken. Am 22. Juni verlangten sie in bezahlten Anzeigen in Presse und Radio sofortige Treffen mit der Regierungsdelegation und der URNG, um ihre Vorschläge zum Thema Menschenrechte darlegen zu können. Am 4. August erschienen ihre VertreterInnen direkt am Verhandlungsort in Mexiko-Stadt und überreichten weitere Vorschläge und Forderungen für ihre direkte Beteiligung an den Gesprächen. Am 28. Juli hatten auf dem nationalen Treffen der Gemeindeverwaltungen bereits 180 der 330 guatemaltekischen BürgermeisterInnen die direkte Beteiligung an den Verhandlungen verlangt.

Die alten Kräfte blocken ab

Auf die Vorschläge der URNG fand die Regierung lange Zeit keine Antwort,obwohl auch der Vermittler Quezada Toruño sie dazu aufgefordert hatte. Es wurde dem nationalen Unternehmerverband CACIF überlassen, das URNG-Dokument in einer Stellungnahme am 2. Juni abzulehnen und die Regierung davor zu warnen, es "blind zu akzeptieren." Die Stellungnahme hatte fast schon beleidigenden Charakter und sprach der Guerilla jegliche Repräsentativität und Verhandlungsberechtigung ab. Der URNG wurde die sofortige Demobilisierung und die Umwandlung in eine politische Partei empfohlen. Im CACIF sind die Potentaten aus Landwirtschaft, Bauwirtschaft, dem Industrie- und dem Finanzsektor mit ihren Verbänden zusammengeschlossen. Neben der Armee, zu der es Querverbindungen



Verhandlungskommission der UNRG: von rechts nach links Rolando Móran, "Gaspar Ilóm", Pablo Monsanto, Comandante Carlos **Foto: Infostelle Guatemala**

gibt, ist der CACIF der zweite große Machtfaktor im Land. Kleinere Unternehmer sind in ihm auch vertreten, haben aber kaum Gewicht. Besonders die Vertreter des Agrarsektors zeichnen sich durch die Verteidigung ihrer Pfründe um jeden Preis aus. Eine ernsthafte Kollision mit dem CACIF kann sich keine Zivilregierung leisten.

Die Regierung Serrano reagierte erst Anfang Juli mit einer eigenen Veröffentlichung. Obwohl darin Punkte der Übereinstimmung mit der URNG festgestellt werden und deren Dokument als unumkehrbare Initiative für die Friedenssuche in Guatemala bezeichnet wird, wiederholt die Regierung im wesentlichen ihre alten Positionen. Die Demobilisierung der Guerilla und ihre "Eingliederung in das legale und demokratische Leben" sind aus der Sicht der Regierung nach wie vor die Voraussetzung, um beispielsweise über die Armee zu reden. Die Zuständigkeit für eine Verfassungsreform wird allein der Nationalversammlung oder dem Kongreß zuerkannt. Für die Flüchtlingsproblematik wird die Guerilla verantwortlich gemacht. Zu den Rechten der Indígena-Völker und der wirtschaftlichen Situation Guatemalas gibt es nicht mehr als Absichtserklärungen.

Den weiteren Verlauf der Verhandlungen zu beurteilen, ist schwierig, da sich verschiedene Faktoren schwer ausrechnen lassen. Dazu zählt die Begleitung des Verhandlungsprozesses durch die UNO. Vor wenigen Wochen wechselte UNO-Generalsekretär Butros Ghali den bisherigen Beobachter Francesc Vendrell durch den Franzosen Arnault aus. Die guatemaltekische Regierung hatte förmlich die Ablösung Vendrells von Ghali verlangt. Sie warf ihm Kompetenzüberschreitung vor. Der Regierungs-Schachzug war es, "hochrangige" Persönlichkeiten, wie beispielsweise lateinamerikanische Ex-Präsidenten als Ersatz zu fordern, deren Teilnahme an den Verhandlungen aber eher symbolischen Wert gehabt hätte. Dem hat Ghali nicht entsprochen.

Der Vermittler wird unter Druck gesetzt

Spekulationen gibt es immer wieder um eine Absetzung des Vermittlers Quezada Toruño, der gleichzeitig Vorsitzender der Nationalen Versöhnungskommission des Landes ist. Auch ihn möchte die Regierung bei den Verhandlungen nicht dabei haben. Dafür werden zwei Gründe genannt. Bischof Toruño ist eine moralische Instanz. Das Prestige, das er allgemein genießt, kommt auch der katholischen Kirche zugute. Präsident Serrano aber ist der erste gewählte nicht-katholische Präsident Guatemalas (Rios Montt dagegen putschte sich 1982 an die Macht). Er gehört einer der vielen evangelikalen fundamentalistischen Sekten, die in den letzten zehn Jahren starken Zulauf bekommen haben, an. Zudem hat Toruño mit Kritik an der Unterdrückung, der Straffreiheit und der sozialen Ungerechtigkeit wiederholt Position gegen Regierung und Armee bezogen.

Guatemala ist nicht El Salvador

Obwohl Präsident Serrano im Mai verkündete: "Mein Heer wird nicht putschen", sind die Gerüchte über einen Staatsstreich bis heute nicht verstummt. In Guatemala ist das ein bewährtes Mittel, um den Präsidenten vor allzu eigenständigen Aktionen zu warnen. Die Armee selber ist zerstritten. Mit Oberst Luis Escobar, dem ehemaligen Direktor der Flugaufsichtsbehörde und des Gefängniswesens, wurde vor kurzem innerhalb weniger Wochen der dritte hohe Militär ermordet. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich um interne Machtkämpfe handelt. Besonders eine Gruppe, die sich "Offiziere der Berge" nennt, lehnt rigoros jede Verhandlung mit der Guerilla ab. Das heißt jedoch nicht, daß die Militärs, die an den Verhandlungen teilnehmen, zu größeren Zugeständnissen bereit sind. Anders als in El Salvador haben sich die Militärs in Guatemala immer eine relative Unabhängigkeit von den USA bewahren können. Dem Druck der USA, ihren Hinterhof jetzt endgültig zu befrieden, müssen sie nicht in dem Maße nachgeben wie die salvadorianischen Militärs.

Die Vorherrschaft des Militärs wird auch in der Verhandlungskommission deutlich. Neben dem Delegationsleiter Manuel Conde nehmen nur noch drei zivile Präsidentenberater, aber fünf Generäle an den Verhandlungen teil. Der Guerilla kann dies nur recht sein. Sie hat stets gefordert, nicht mit dem Hund, sondern mit seinem Herrn reden zu wollen. Auch beim jetzigen Treffen erklärte der Guerillakommandant Mansanto, daß es darauf ankomme, daß die reale Macht vertreten sei.

Positionsänderung der Guerilla

Als die URNG ihre Verhandlungsvorschläge und Vorstellungen zu den fünf Punkten veröffentlichte, war ein Großteil der guatemaltekischen Öffentlichkeit überrascht, wie "moderat" die Guerilla sich äußerte. Dies war von einer von ihren Gegnern stets als streng marxistisch-leninistischen apostrophierten Bewegung (was so nie stimmte und der Guerilla und ihrer Geschichte in keinster Weise gerecht wird) nicht erwartet worden. Frühere programmatische Äußerungen hatten in der Tat einen radikaleren Inhalt (vergleiche auch das folgende Interview mit Pablo Monsanto). Wenn nun nicht mehr vom revolutionären Umsturz die Rede ist, sondern das Ziel einer bürgerlichen demokratischen Gesellschaft im Vordergrund steht, so muß dabei folgendes bedacht werden: Die Guerilla hat vom Anfang der Verhandlungen an betont, einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens anzustreben, um die reaktionären Kräfte in Guatemala so weit wie möglich zu isolieren. Angesichts der Entwicklungen in den ehemaligen realsozialistischen Staaten, aber auch der Erfahrungen in Nicaragua und El Salvador setzte sich zudem die Einschätzung durch, daß eine Machtübernahme durch die Guerilla und ein kurzfristig durchsetzbares sozialistisches Projekt nicht machbar sind.

Die Strategie der URNG hat sich durchaus bezahlt gemacht: Während vor zwei Jahren in der guatemaltekischen Öffentlichkeit kaum etwas von den Vorstellungen der Guerilla zu lesen war, werden diese jetzt breit diskutiert. Einerseits wird der moderate Ton der URNG anerkannt, andererseits ist allen Beteiligten klar, daß die Vorstellungen für ein demokratisches Guatemala angesichts der Realität immer noch eine Revolution bedeuten. Die relative Schwäche der URNG im Vergleich zur FMLN in El Salvador kann auch als Chance für Guatemala gesehen werden. Während sich in El Salvador hauptsächlich Regierung und FMLN gegenüberstanden, werden die Verhandlungen in Guatemala immer mehr zu einer Angelegenheit der gesamten Gesellschaft. Dies verstärkt die Möglichkeit, daß in einem Friedensabkommen auch die sozialen und zivilen Bewegungen, vor allem die Bevölkerungsmehrheit der Indígenas, ihre Vorstellungen einbringen können.

Gerade der Organisationsprozeß der Indígenas hat einen enormen Impuls bekommen, nicht nur durch die Auseinandersetzung mit 500 Jahren Unterdrückung, sondern auch durch die Tatsache, daß die ethnische Frage ein Thema der Verhandlungen ist. Bei aller ideologischer Unterschiedlichkeit sind sich die Indígena-Organisationen in dem Punkt einig, daß über die Zukunft der Indígena-Völker nur mit ihrer eigenen Stimme, nicht über sie hinweg entschieden werden kann. Das neu entstandene Selbstbewußtsein beinhaltet eine Dynamik mit noch nicht absehbaren Folgen für die Entwicklung der guatemaltekischen Gesellschaft.

Die URNG ihrerseits hat bei aller Kompromißbereitschaft aber immer wieder betont, daß es ihr nicht um ein schnelles Abkommen, sondern um dessen Inhalt geht. Über den Verhandlungstisch wird sie sich nicht ziehen lassen. Auch hier kann der Blick zum Nachbarn El Salvador lehrreich sein. Den von der guatemaltekischen Regierung beabsichtigten Eindruck, es ginge im Grunde nur um die Demobilisierung der Guerilla, widerlegt diese mit wachsender militärischer Präsenz: Am 11. August hielt sie zum ersten Mal in ihrer 30jährigen Geschichte einen Stadtteil Quetzaltenangos, der zweitgrößten Stadt des Landes, einige Stunden lang besetzt.

Gerold Schmidt

"... eine neue Dynamik"
Interview mit Comandante Pablo Monsanto (FAR)

Comandante Pablo Monsanto gehört zur vierköpfigen Führungsspitze der Befreiungsbewegung Guatemalas. Er stieß 1963 im Alter von 17 Jahren zur gerade gegründeten Guerillagruppe FAR (Rebellische Streitkräfte) und lebt seither im Untergrund. Als die Armee 1967 einen Guerillafocus im Osten Guatemalas auslöschte, konnte er als einziger sein Leben retten. 1982 schlossen sich die FAR und drei weitere Organisationen, EGP, ORPA und PGT zur "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) zusammen.
Pablo Monsanto heißt mit bürgerlichem Namen Jorge Soto. Er, der die guatemaltekische Guerillabewegung wie wenige andere kennt, besuchte Spanien, Norwegen und die Bundesrepublik in politisch-diplomatischer Mission.
In dem Interviewausschnitt geht es in erster Linie um das neue Aktionsprogramm der URNG: "Für einen Frieden mit Gerechtigkeit und Demokratie"

Frage: Die URNG legte am 15. Mai einen umfassenden programmatischen Vorschlag vor, der zum Ziel hat, die Verhandlungen zu beschleunigen. Dieses Papier benennt Reformen, welche die URNG für eine politische Lösung für unabdingbar hält. Was mir auffällt: die URNG zielt darin nicht in erster Linie oder gar ausschließlich darauf ab, die Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheiten zu formulieren und einzufordern. Sie stellt vielmehr ein klassenübergreifendes Programm zur Entwicklung des Landes vor. Warum?

Wir sind der Meinung, daß das Land einen Ausweg aus der jahrzehntelangen Krise finden muß. Es gibt wirtschaftliche Faktoren, welche die Entwicklung des Landes verhindert haben. Guatemala konnte an die Entwicklung der modernen Welt keinen Anschluß finden. Unsere Wirtschaft ist nicht einmal in der Lage, die minimalsten Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Deshalb haben wir einen Vorschlag für das Land als Ganzes gemacht. Die URNG denkt, daß wir eine Wirtschaft brauchen, die das Land aus der Rückständigkeit und der allgemeinen Misere herausholt. Wir wollen aber nicht nur Wirtschaftswachstum und Entwicklung, sondern auch soziale Gerechtigkeit.

Aber das Bemerkenswerte ist für mich, daß sich die URNG dabei selbst als eine zentristische, integrierende Kraft sieht und nicht die besonderen, aber dennoch völlig legitimen Interessen der Armen zum Hauptpunkt ihres Vorschlages macht.

Im Falle Guatemalas ist es so, daß die URNG sogar Vorschläge machen muß, die eigentlich von anderen, den wirtschaftlich Mächtigen, kommen müßten. Aber diese haben bis heute die Entwicklung des Landes nicht vorangebracht. Auf der anderen Seite hat die URNG auch die Forderungen der ärmsten Sektoren der Bevölkerung aufgenommen. Eine der wesentlichen Forderungen ist eine Wirtschaftspolitik, die Guatemala aus seiner jetzigen miserablen Lage herausmanövriert. Wenn wir die Grundlagen für die Entwicklung des Landes legen, haben wir damit auch eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit.

In dem Vorschlag heißt es, daß erst nach einer Einigung bezüglich der Menschenrechte über all die weiteren Punkte gesprochen werde. Warum hat es für die URNG eine so herausragende Bedeutung, in der Menschenrechtsfrage zu einem Globalabkommen mit sofortiger Vollziehbarkeit zu kommen?

Aus zwei Gründen: erstens, weil die Bevölkerung Guatemalas einfach nicht mehr länger eine derartige Mißachtung der grundlegendsten Rechte dulden kann, wie dies jahrzehntelang der Fall war. Diese Garantien müssen sofort und nicht erst nach Abschluß eines Gesamtabkommens inkrafttreten. Zweitens wollen wir ein Globalabkommen, weil es sich um eine Gesamtheit von Übereinkommen handeln wird, die alle zusammen garantieren werden, daß diese Rechte respektiert werden. Ein Abkommen, das nur Teilaspekte beinhaltete, wäre für die Glaubwürdigkeit des weiteren Verhandlungsprozesses nicht vorteilhaft.

Kommen wir zu den fünf inhaltlichen Punkten: die Wiederansiedlung der Flüchtlinge und Kriegsveteranen - insgesamt ca. 1 Mio. von 9 Mio. Einwohnern - steht für die URNG offenbar ganz oben auf der Prioritätenliste.

Das hat zwei Gründe: dieser Teil der Bevölkerung lebt in einer besonders schwierigen Situation. Die Tatsache, daß sie ihre Heimatorte verlassen mußten, zwingt sie seit Jahren zu ganz besonderen Anstrengungen, damit sie überhaupt überleben können. Diese Menschen brauchen dringend Antworten auf ihre Probleme. Die Regierung Guatemalas versuchte aus diesem Thema politischen Profit zu schlagen und die Kämpfe dieses Bevölkerungsteils abzuschwächen.

Welche konkreten Forderungen stellt die URNG?

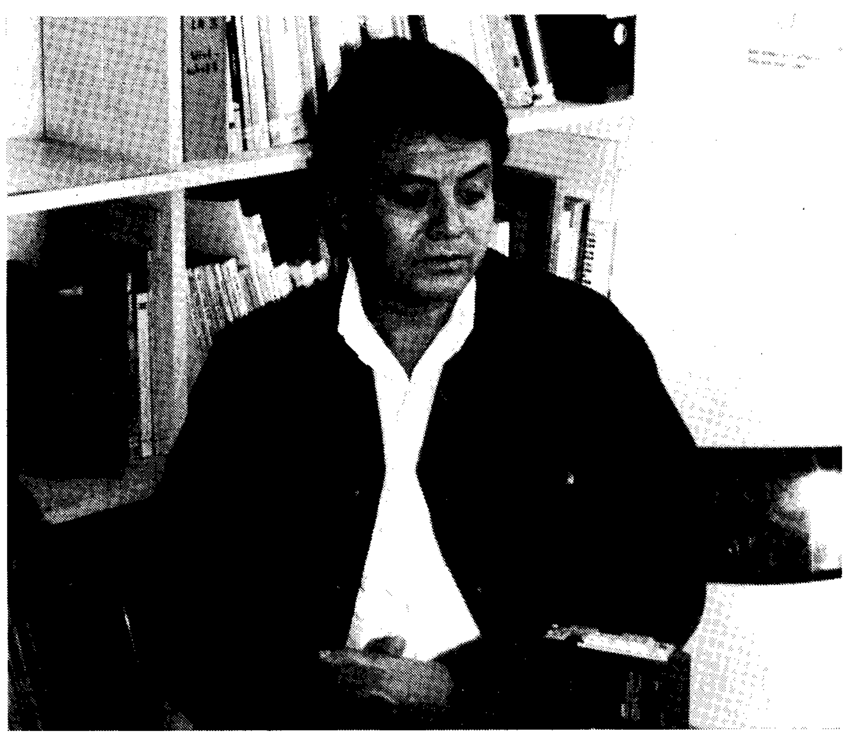
In dieser Frage muß ein Globalabkommen erzielt werden, das garantiert, daß die Flüchtlinge und Vertriebenen an ihre Herkunftsorte zurückkehren können. Dort müssen sie in Frieden leben können, ohne ständige Bedrohung.

Wer sollte dieses Abkommen unterzeichnen?

Zunächst die Vertretung der Flüchtlinge und die Regierung. Aber dieses Abkommen muß Teil der Gesamtvereinbarungen zwischen Regierung und URNG sein. Denn die Flüchtlingsfrage ist Ergebnis der bewaffneten Auseinandersetzung.

Kommen wir zum zweiten inhaltlichen Punkt, "zivile Macht und demokratische Partizipation". Neben den in bürgerlichen Demokratien üblichen Forderungen (Gewaltenteilung, individuelle Freiheitsrechte etc.) fordert die URNG, den "Organisationen der zivilen Gesellschaft mit Hilfe entsprechender Mechanismen " eine wesentlich größere Rolle zu geben. Heißt das implizit, daß die URNG von den herkömmlichen Parteien nicht besonders viel hält?

Unabhängig von der Rolle, welche die politischen Parteien spielen sollen, gibt es Teile der Bevölkerung, die sich von den Parteien nicht repräsentiert fühlen. Diese können die Parteien auch nicht als Kanal der demokratischen Partizipation nutzen. Deshalb sollten unserer Meinung nach andere Mechanismen geschaffen werden, um ein möglichst breites demokratisches Mitwirken zu ermöglichen. Das schließt selbstverständlich die bestehenden Parteien nicht aus.



"Wir fordern nicht ihre Auflösung"
Pablo Monsanto

Foto: E. Eberl

Zur Polizei: die URNG fordert zwar die Auflösung der Militärpolizei (PMA), jedoch nicht der Nationalpolizei (PN) und der Finanzpolizei (PH). Warum?

In unseren Vorschlägen zur Verfassungsreform heißt es, daß auch die Rolle der Nationalpolizei neu festgelegt werden soll. Wir sprechen von einer "neuen Nationalpolizei", das heißt, daß die gegenwärtige verschwinden muß.

Und was ist mit der Finanzpolizei (PH)?

Wir fordern nicht ihre Auflösung, sondern wollen, daß sie im Zusammenhang mit der Stärkung der zivilen Gesellschaft ihre gesetzliche Aufgabe, die staatlichen Interessen zu schützen, auch wirklich wahrnimmt.

Nun zur Armee: die URNG fordert eine reduzierte, demokratisierte und von einem Zivilisten geführte Armee. Warum taucht in diesem Zusammenhang nicht die explizite Forderung nach Säuberung und Bestrafung der Menschenrechtsverletzer auf?

Wenn wir von der Demokratisierung der Armee sprechen, gehen wir davon aus, daß es auch eine Säuberung geben muß und daß aus ihren Reihen alle Soldaten ausscheiden müssen, welche dem demokratischen Charakter widersprechen.

Die URNG fordert auch nicht die "Entmilitarisierung des Landes", ein Punkt, der beispielsweise von der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde, wenn auch letztlich erfolglos.

Wir haben dieses Anliegen in den Punkten "Stärkung der zivilen Gesellschaft" und "Demokratie" eingebracht. Wir sagen ganz eindeutig, daß es unmöglich ist, in einem militarisierten Land eine Demokratie aufzubauen.

Warum verlangt die URNG nicht die Auflösung des militärischen Geheimdienstes G-2, der für so viele Greueltaten verantwortlich ist? Die Selbstamnestie der Militärs, das Dekret 8-86, sollte aufgehoben werden, verlangte die URNG noch im September 1991. Auch das fehlt im neuen Positionspapier.

Wir stellen die Forderung nicht, weil wir es gegenwärtig nicht mehr für durchführbar halten, die amnestierten Militärs vor Gericht zu stellen. Das ist zwar politisch weiterhin berechtigt, jedoch auf der juristischen Grundlage des Landes nicht zu machen. Insofern ist diese Forderung aus der Zeit.

Na ja, das ist aber wirklich ein außerordentlich legalistisches Argument. Bei anderen Gelegenheiten hat die URNG der Regierung immer zurecht vorgehalten, die juristischen Probleme künstlich aufzubauschen.

Man muß dazufügen, daß es unter dem Punkt "Menschenrechte" konkrete Punkte gibt, welche sich gegen die Straflosigkeit der Täter richten. Außerdem die Verpflichtung, in Zukunft nicht ein ähnliches Dekret wie das Dekret 8-86 zu erlassen.

Bezüglich der Identität der 22 indianischen Ethnien (65 % der Gesamtbevölkerung): die URNG verlangt die Partizipation ihrer "legitimen Repräsentanten". Wer ist denn damit konkret gemeint?

Es wurden eine Reihe legaler Maya-Organisationen gegründet, welche die Beteiligung am Verhandlungsprozeß fordern. Diese sollen dazustoßen. Außerdem werden die revolutionären Organisationen zu einem sehr hohen Anteil von Genossen gebildet, die Indianer sind. Sie werden in der Delegation der URNG repräsentiert sein.

Die URNG will die Wirtschaftsbeziehungen neu ordnen und sagt, dies solle "ohne einen Bruch" erfolgen. Das Thema "Agrarreform" wird nicht explizit genannt.

Wir sprechen von einem Maßnahmenbündel, das die Probleme auf dem Land lösen soll. Wir lassen die Forderung "Agrarreform" nicht fallen. Es ist klar, daß es Maßnahmen geben muß, um die Landwirtschaft zu reformieren. In gewisser Weise wird man eine integrale Agrarreform machen, wenngleich wir es nicht unbedingt so nennen werden.

Zur Landfrage wird, wenn auch vage, etwas gesagt. Aber die Rolle der Banken, der Großgrundbesitzer, die ihr Land brach liegenlassen oder die natürlichen Reichtümer im Urwaldtiefland des Petén werden nicht erwähnt.

Einige Dinge werden schon angesprochen, so zum Beispiel die Rückgabe des Bodens an die legitimen Besitzer. Wir verlangen auch die effektive Nutzung der brachliegenden Flächen. Was den Petén betrifft, verlangen wir die Überprüfung der Gesetze, welche die Landverteilung im Gebiet der Franja Transversal del Norte und im Petén regeln. Dort haben die Militärs das Land unter sich aufgeteilt. Es gibt also von unserer Seite her Vorstellungen, wenn sie auch nicht immer ausdrücklich genannt sind.

Das Interview führte Albert Sterr am 4.7.1992 in Bonn

Wandbilder statt Jubelfeiern

Wandmalprojekt Amerika-Europa 1992

Wandmalerei ist öffentliche Kunst und zu jeder Zeit allen BürgerInnen frei zugänglich. Sie versteckt sich nicht hinter Mauern, sondern befindet sich auf ihnen. Sie spricht ohne Öffnungszeiten und Eintrittsgelder viele Menschen an, auch jene, die Museen aus Scheu, Kosten oder anderen Gründen meiden. In Lateinamerika hat die Wandmalkunst eine große und lange Tradition. Angefangen von der mexikanischen Bewegung der 20er und 30er Jahre bis zu den chilenischen und nicaraguanischen Wandmalbewegungen in neuerer Zeit. Seit Beginn der 60er Jahre ist in Lateinamerika die Wandmalkunst neu belebt und wiederentdeckt worden. Von dieser reichen Kulturtradition soll das Wandmalprojekt 1992 künden, an der allein in der BRD über 60 verschiedene KünstlerInnen beteiligt sind. Der größte Teil dieser Bilder wird in Nordrhein-Westfalen entstehen, darunter auch zwei in der Landeshauptstadt Düsseldorf.



Inzwischen zugebautes Nicaragua-wandbild in Düsseldorf, Rochusstr. 43

Der Ursprung der Idee liegt über sechs Jahre zurück und nahm seinen Anfang in Düsseldorf. Die von Studenten der Düsseldorfer Kunstakademie gegründete "Düsseldorfer Wandmalgruppe" wollte wegen der politischen Ereignisse in Mittelamerika (der US-gesteuerte Contra-Krieg gegen Nicaragua befand sich auf dem Höhepunkt) ein Wandbild zu Nicaragua gestalten.

Es gelang, den über die Grenzen Nicaraguas hinaus bekannten Maler Alejandro Antonio Canales (1945-1990) für das Projekt zu gewinnen. Anfang September 1987 traf Alejandro Canales in Düsseldorf ein. Innerhalb von zwei Wochen erarbeitete er gemeinsam mit den Wandmalern einen Entwurf für das Bild. Ende September begannen bereits die Arbeiten an der Hauswand und am 10. Oktober wurde das farbenprächtige Wandbild mit einer Fiesta auf dem Parkplatz vor dem Haus "Rochusstr. 43" eingeweiht.

Trotz der großen Beachtung, die dieses Wandbild weit über Düsseldorf hinaus genoß, blieb es den Düsseldorfer BürgerInnen nur kurze Zeit erhalten. Bereits im Sommer 1990 verschwand das Bild, weil ein Büroneubau direkt an die Seitenwand des Hauses "Rochusstr. 43" angebaut wurde. Tragischerweise verstarb auch im gleichen Jahr am 9. März in Managua der Maler A.A. Canales an den Folgen einer Gehirnblutung.

Wie um das Maß voll zu machen, ließ dann im Herbst 1990 der reaktionäre U.N.O.-Bürgermeister von Managua, Arnoldo Aleman, weitere Wandbilder von Canales im Parque Velasquez in Managua übertünchen. Der Vorsitzende der F.S.L.N.-Fraktion im nicaraguanischen Parlament, Sergio Ramirez, verglich diesen Vandalismus Alemans mit den Bücherverbrennungen in Hitlerdeutschland.

Im Anschluß an drei Wandmalprojekte (in Düsseldorf, Hamburg und Leon) entstand 1990 auch die Idee, zum 500. Jahrestag der "Entdeckung" Amerikas, viele lateinamerikanische Wandbilder in Europa entstehen zu lassen. Ende Mai 1991 fand das erste Treffen von 30 KünstlerInnen aus Dänemark, England, Italien, Spanien, Österreich und der BRD in Hamburg statt. Ein Aufruf an die amerikanischen KünstlerInnen wurde beschlossen. Und es wurde ein Koordinierungsbüro, das die Projekte vorbereiten sollte (Farbfieber e.V. und Culturkooperation), in Düsseldorf eingerichtet. Im Rahmen der Kampagne "500 Jahre Eroberung und Widerstand" sollen die in diesen Sommermonaten in über 40 Städten der BRD entstehenden "Lateinamerika-Wandbilder" über das Jahr 1992 hinaus Denkanstöße geben, sich mit unseren Beziehungen zu diesen Ländern kritisch auseinanderzusetzen und dem zunehmenden Rassismus entgegenzuwirken.

Seit dem 19. August entsteht auf dem Haus "Kiefernstr. 37" ein Wandbild zum Thema: "500 Jahre Conquista". An diesem Projekt sind beteiligt der Düsseldorfer Maler Klaus Klinger (früher Wandmalgruppe - heute Farbfieber e.V.) und der in Kolumbien geborene und seit 1986 in Nicaragua lebende Maler Daniel Pulido Ortiz sowie eine Jugendgruppe der SJD-Die Falken. Träger dieses Wandmalprojektes sind die "Landesarbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Zentren NRW", der "Verein Farbfieber-Kunst im Stadtteil" und das "Düsseldorfer ZAKK" (Zentrum für Aktion, Kommunikation und Kultur). Finanziell unterstützt werden die Düsseldorfer Bilder auch dieses Mal wieder durch die Stadt, die erneut einen Zuschuß von 10.000 DM aus ihrem Kulturetat zur Verfügung stellte.

El Gordo

Wer ein weitergehendes Interesse an dem überregionalen "Lateinamerika-Wandmalprojekt" hat, kann sich an die Kontaktadresse wenden: FARBFIEBER e.V. (Klaus Klinger), Fürstenwall 210, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 02 11 - 37 81 98.

Die Wurzeln des Sturms

Kulturelle Identität und Nationalismus in Lateinamerika

In den Volksorganisationen und Basisgruppen Zentral- und Lateinamerikas sehen nicht wenige BeobachterInnen gesellschaftliche Kräfte, die "jenseits von Entwicklung", so der Mexikaner Gustavo Esteva, einen substantiellen Wandel erreichen können. Leo Gabriel ("Aufstand der Kulturen") begründet in dem folgenden Beitrag, unter welchen Voraussetzungen basisdemokratische Netzwerke, die meist aus purer Not, aber auch vor dem Hintergrund des Versagens der Staatsklassen entstanden sind, eine tragende Rolle bei dem Kampf um eine andere politische Zukunft des Kontinents spielen können.
Ob die politischen Spielräume unter einer formalen Demokratie für Basisbewegungen größer werden, ist allerdings umstritten. Wir werden im nächsten Heft die Debatte fortsetzen. LeserInnen seien hiermit aufgefordert, ebenfalls einzusteigen.

Als "Identitätssuche" bezeichnet man die nach innen gerichtete Methode, derer sich die ständig wachsende Anzahl von Volksbewegungen bedient, um dem "Nationalstaat" und dem "freien Markt" - den ideologischen Eckpfeilern des neokolonialen Herrschaftssystems - mit basisorientierten Alternativen entgegenzutreten. "Unidad", "Einheit", lautet das oberste Symbol dieser Revolution der zivilen Gesellschaft, an die die Völker Lateinamerikas ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft klammern - ein Symbol, das den indianischen Völkern in ganz Amerika bereits in der Vergangenheit die Kraft, den Mut und die Ausdauer gegeben hat, gegen die Invasoren Widerstand zu leisten. Von dieser Kraft der Einheit wird es letztendlich abhängen, ob das Jahr 1992 zum Ausgangspunkt einer neuen multiethnischen Gesellschaftsordnung werden wird.

Daß die Gründung der lateinamerikanischen Nationalstaaten vor knapp zwei Jahrhunderten in Wirklichkeit überhaupt keinen substantiellen Wandel in der sozialen, politischen und ökonomischen Grundstruktur der kolonialen Gesellschaften mit sich gebracht hat, wird inzwischen von den HistorikerInnen aller politischen Lager anerkannt. Aber auch heute noch werden in ganz Lateinamerika die Symbole der "Nation" eher mit Macht und Herrschaft als mit Kultur und Volk assoziiert.

Durch das Verschmelzen der Begriffe "Nation" und "Fortschritt" sollte vor allem die Tatsache überdeckt werden, daß die Bevölkerungskonzentration in den Großstädten nicht die Folge des Bevölkerungswachstums ist, sondern Produkt einer immensen Kapitalkonzentration, die das Land, die wichtigste kulturelle Substanz Lateinamerikas, wie ein Krebsgeschwür in Latifundien und Minifundien zersetzt hat. Dadurch, daß die einander ablösenden Diktaturen im Namen der "Nation" die Durchführung von Agrarreformen systematisch verhindert hatten, beraubten sie die große Mehrheit der Bevölkerung ihres natürlichen Lebensraumes und machten sich eines gigantischen Kulturmordes schuldig: Die massive Landflucht ist nicht nur ein soziales und wirtschaftliches Problem, sondern vor allem eine soziokulturelle Tragödie.

Daß das auf dem Nationalstaat aufgebaute politische System nicht ewig weiterbestehen durfte, war im Verlauf der 500jährigen Geschichte Lateinamerikas wohl vielen klar geworden: von den indianischen Befreiungskämfern Tupac Amaru, Tupac Katari, Tecun Uman, Anastasio Aquino, den Jesuiten in Paraguay und El Salvador bis hin zu Ernesto Ché Guevara und den SandinistInnen in Nicaragua zieht sich der weite Bogen von Menschen, die immer wieder versucht haben, die von außen oktroyierte Weltordnung von innen her zu sprengen.

Da die RebellInnen aber von den engen Parametern ihres eigenen nationalstaatlichen Gefüges ausgingen, mußten sie nach einer gewissen Zeit der Übermacht des Gegners weichen. Nur in relativ kleinen Ländern wie Kuba, Nicaragua, Grenada und Haiti konnte diese nationalstaatliche Befreiungsstrategie erfolgreich werden, zumindest solange, bis sie von der kapitalistischen Weltordnung eingeholt und "bestraft" wurde.

Parallel zu diesen Revolutionsprozessen, die sich im Schatten des Ost-West-Konfliktes entwickelten, konsolidierten sich in fast allen Ländern Lateinamerikas mehr oder minder große Basisorganisationen, die sich aus den Nachfahren der Opfer verschiedener Etappen des lateinamerikanischen Kolonisationsprozesses zusammensetzten. Von den Indianerorganisationen und den Gummisammlern Brasiliens über die Bauern-, Frauen- und Schwarzenbewegungen des gesamten Kontinents bis zu den Zusammenschlüssen in den Armenvierteln der Großstädte reicht die breite Palette der verschiedensten Volkskulturen.

Dabei sind diese Zusammenschlüsse der Indigenas und Campesinos, der engagierten ÖkologInnen und der SlumbewohnerInnen gar nicht auf die Eroberung der politischen Macht ausgerichtet, sondern dienen vor allem dem Selbstschutz der Dorf- und Stadtgemeinden vor den politischen, ökonomischen und militärischen Übergriffen des Nationalstaats und seiner transnationalen Drahtzieher. Im täglichen Überlebenskampf, in dem in Lateinamerika vor allem den Frauen eine tragende Rolle zukommt, ist ein Netzwerk von Vereinigungen entstanden, die sich angesichts der tiefen wirtschaftlichen Krise, der Massenarbeitslosigkeit, des drohenden Zusammenbruchs der Ökosysteme sowie der Überhandnahme der Epidemien mit einer unglaublichen Geschwindigkeit ausbreiten.

Dabei stellt sich den AktivistInnen dieser Volksorganisationen bei den Versammlungen und Kongressen, den regionalen und kontinentalen Treffen immer wieder die gleiche Frage, die die Geschichte Lateinamerikas seit 500 Jahren beherrscht: Wie wird es angesichts der verschiedenen Interessenskonflikte möglich sein, ökonomische, politische und ökologische Alternativen zu entwickeln, ohne nach bewährter Manier in Hunderte von Lagern und Fraktionen gespalten zu werden?

Denn die Taktik des "divide et impera", derer sich die Agenten des Nationalstaates heute wie gestern bedienen, hat bei Wahlen noch immer einen unverdienten Sieg davongetragen. Noch ist jeder Fabrikarbeiter, jede Fabrikarbeiterin, verständlicherweise mehr am eigenen Arbeitsplatz als am Austragen von Konflikten interessiert, die ihn oder sie der Existenzgrundlage berauben könnten.

Noch strebt jeder Campesino in erster Linie Landbesitz an und zeigt wenig Bereitschaft, ihn mit anderen zu teilen. Sind nicht die meisten Versuche der lateinamerikanischen Linken, die Mehrheit der Unzufriedenen unter dem schützenden Dach eines gemeinsamen Klassenbewußtseins zu vereinigen, gerade am Fehlen der notwendigen Einheit zwischen den einzelnen Organisationen gescheitert?

Angesichts dieser Fragen ist es kein bloßer Zufall, daß die politstrategischen Überlegungen der verschiedenen Volksbewegungen gerade bei jener Kraft ansetzen, die die Wurzel des Problems wie keine andere repräsentiert: Die vielen kleineren und größeren Zusammenschlüsse der sogenannten "ethnischen Minderheiten", die in manchen Ländern wie Ecuador, Guatemala, Bolivien sowie in den meisten karibischen Ländern eine quantitative Mehrheit bilden und die aufgrund ihres jahrelangen Widerstands gegen die herrschende Nationalkultur geradezu berufen sind, einen politisch-kulturellen Konsens zwischen den einzelnen Widerstandskulturen herbeizuführen.

Stellt man diese Suche der Volksbewegung nach einer kulturellen Identität dem politischen Selbstverständnis der traditionellen Linken in Lateinamerika gegenüber, so fällt vor allem die relative Unabhängigkeit der Volksbewegung auf. Es scheint so zu sein, als würde nicht die Organisation das Bewußtsein prägen, wie das bei der Linken traditionellerweise der Fall war, sondern das Bewußtsein die Organisation.

Denn es geht den Mitgliedern und AktivistInnen der indianischen und nicht-indianischen Basisorganisationen in erster Linie um ihren unmittelbaren Lebensraum, ihre Umwelt im weitesten Sinne, weniger um ihre Organisation im Rahmen ihres politischen Umfeldes. Zu dieser Umwelt gehört allerdings nicht bloß die Natur, wie sie viele europäischen Ökologiebewegungen verstehen, sondern es geht vor allem um den Schutz der Gemeinschaft vor den Übergriffen der jeweiligen Machthaber auf ihren unmittelbaren Lebensbereich.

Diese Art der politischen Praxis hat sich nun in den letzten Jahren nicht nur bei den Organisationen der IndianerInnen und Schwarzen und bei den Bauern und Bäuerinnen und Fischern herausgebildet, die in ihrem Überlebenskampf auch gegen die Zerstörung ihres Ökosystems kämpfen; sie zeigt sich in wachsendem Ausmaß auch in den marginalen Vierteln der Großstädte, deren BewohnerInnen das Gefühl der verlorenen Heimat und des Ausgestoßenseins vom Stadtleben verbindet. Daß auch diese Vorstadtkultur ihre eigenen Symbolfiguren hervorgebracht hat, zeigt z.B. die Existenz des Superbarrio, eines als Freistilringer verkleideten mexikanischen Robin Hood, den ein Pauluserlebnis zum Gründer einer der größten Volksorganisationen der mexikanischen Hauptstadt gemacht hat. Aber auch Chico Mendes, der Anführer der brasilianischen GummisammlerInnen, hätte sich Zeit seines Lebens nie träumen lassen, welche Symbolwirkung ihm nach seiner Ermordung zukommen sollte.

Gerade solche Symbole und Symbolfiguren sind es aber, die die Volksbewegungen auf regionaler und kontinentaler Ebene zusammenwachsen lassen. Das zeigt nicht zuletzt die in ganz Lateinamerika in Gang gekommene "Kampagne 500 Jahre Widerstand", bei der sich mehr als 700 Indigena-, Schwarzen- und Volksorganisationen - auch Indianerorganisationen aus Kanada und den USA - zusammengeschlossen und bei einem Treffen in Guatemala im Oktober 1991 einen gemeinsamen Aktionsplan erarbeitet haben. Die Idee, einen kontinentalen Arbeitsausstand durchzuführen, wäre ansonsten beim gegenwärtigen Niveau des kontinentalen Integrationsprozesses ohne das vereinigende Symbol "500 Jahre Widerstand" unrealistisch gewesen.

Dieser Integrationsprozeß auf der Basisebene hat nämlich seinen eigenen Rhythmus, der von politischen Willensentscheidungen angesichts des Fehlens einer einheitlichen hierarchischen Struktur weitgehend unabhängig ist. Seine Geschwindigkeit hängt vor allem davon ab, ob es gelingt, historische Symbolwerte wie z.B. Tierra, Trabajo, Diós, Revolución (Land, Arbeit, Gott, Revolution), die verschiedene Bewegungen gleichzeitig betreffen, zu einer neuen symbolischen Einheit zu verschmelzen. Die Fusion von solchen Symbolen mit neuen, basisdemokratischen Organisationsformen stellt die vielleicht größte Herausforderung für die politische Zukunft des Kontinents dar.



Im Unterschied zur Kernfusion kann die Fusion von Symbolen aufgrund der kulturellen Unterschiede aber nicht im Rahmen einer Logik stattfinden, die einen Universalitätsanspruch erhebt. Sie ist ein meta-logischer Prozeß, der nicht von außen, sondern nur aus dem tiefliegenden Inneren der Volkskulturen gesteuert werden kann. Meistens findet sie statt, ohne daß sich die TrägerInnen und AkteurInnen eines solchen Zusammenschlußes dessen überhaupt bewußt werden.

Aus demselben Grund ist auch die Antwort auf die Frage nach der politischen Zielsetzung dieser "Revolution der zivilen Gesellschaft" keineswegs a priori vorgegeben. Fest steht nur, daß sie insofern einen radikalen Ansatz besitzt, als sie von der Wurzel des globalen historisch-kulturellen Zusammenhangs ausgeht und daher der überkommenen Idee des Nationalstaats im europäischen Sinn diametral entgegengesetzt ist.

Im Unterschied zu den anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegungen der Jahrhundertwende geht es den zeitgenössischen lateinamerikanischen Volksbewegungen aber nicht prinzipiell um die Zerstörung des Nationalstaates, sondern eher um seine Entmythologisierung und den Ersatz seiner Funktionen durch andere gemeinschaftliche Organisationsformen.

Die Relativierung des Nationalstaates läuft nun einerseits über die oben angeführte Stärkung der lokalen und regionalen Ebenen und andererseits über jenes positive Grundverständnis anderen Kulturen gegenüber, ohne das Allianzen auf überstaatlicher Ebene unmöglich wären. Deshalb schließt das vor allem von den indianischen Bewegungen geforderte Prinzip der Multiethnizität die verschiedenen andersartigen Volkskulturen als wesentliche Bestandteile einer übergeordneten "Unidad"" mit ein; einer "Einheit", der weniger ein organisatorisch-institutioneller Charakter zukommt als vielmehr ein Stellenwert im Selbstbewußtsein der Menschen und ihrer Volkskulturen.

Soviel ist aber sicher: der Prozeß der Selbstfindung in Lateinamerika unterscheidet sich grundlegend von den Nationalismen, wie sie z.B. derzeit wieder in Osteuropa in Erscheinung getreten sind. Während nämlich dort die "Nation" sogar als kulturpolitische Waffe gegen die nicht mehr tolerierten Nachbarn gebraucht und als Sammelbecken individualistischer Machtansprüche mißbraucht wird, geht es den "Verdammten dieser Erde" (Frantz Fanon) nicht in erster Linie um die Macht im Staat, sondern ums Überleben. Sie wollen sich an der Geschichte jahrhundertlanger Unterdrückung auch nicht rächen, sondern diese im Rahmen einer kulturellen Identität, geprägt von einer langen Leidensgeschichte, überwinden.

Leo Gabriel

Erstveröffentlichung in "Südwind" Feb. '92

Alles Banane in Costa Rica

Wie selbständige Bauern zu Plantagenarbeitern werden

Mit großer Zufriedenheit gab im Juni 1992 José Alvaro Sandoval, der Geschäftsführer des Verbandes der Bananenproduzenten Costa Ricas (CORBANA), bekannt, daß der Bananenexport des Landes 1991 um 11% gesteigert werden konnte. Die 1,6 Mio t verkaufter Bananen brachten Einnahmen in Höhe von 400 Mio US-Dollar. Bis 1995 soll die Anbaufläche für Bananen noch erheblich ausgeweitet werden. Spätestens dann wird Costa Rica das führende Bananenexportland der Welt sein. Bei so hochfliegenden Plänen ist es kein Wunder, wenn die Bananen-Gesellschaften (Markennamen: Chiquita, Cobal, Del Monte, Dole, Onkel Tucca, Bonita, Bandecol, Turbana) allergisch auf das Vorhaben der EG, Quoten und Zölle für "Dollarbananen" einzuführen, reagieren.

Die EG-Kommission hatte sich am 7. April dafür entschieden, die Bananenexporte der AKP-Staaten ab dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes am



1. Januar 1993 zu schützen. Zum einen sollen die aus Lateinamerika eingeführten Mengen begrenzt, zum anderen soll bei den billiger produzierten "Dollarbananen" ein 20 prozentiger Einfuhrzoll erhoben werden. Die EG erwartet dadurch zusätzliche Zolleinnahmen zwischen 225 und 270 Mio. DM.

Der Anstieg der costaricanischen Bananenproduktion der letzten Jahre, für 1992 wird eine nochmalige Steigerung von 15% angestrebt, hat seine Schattenseiten. Es werden nicht nur zugunsten neuer Plantagen Regenwälder vernichtet, sondern Kleinbauern und Bananen-Multis konkurrieren um den knapp gewordenen Boden. Aber auch im "Normalbetrieb" des Bananen-Anbaus zeigen sich negative Auswirkungen für Mensch und Natur.



Rodung für neue Plantagen in Sarapiqui, im Hintergrund steht noch Regenwald

Multis gegen Kleinbauern

"Die alljährliche Steigerung des Bananenexports ist genau das Problem für uns," berichtete Javier Bogantes Diaz von der Organisation "Fundación Güilombé", die nicht nur den Widerstand der Kleinbauern gegen die Expansion der Bananen-Multis unterstützt, sondern auch Projekte im ökologischen Landbau anleitet. Immer mehr Großplantagen verdrängen nach seiner Auskunft die Kleinbauern. Inzwischen muß Costa Rica Reis und Bohnen importieren, weil Bananengesellschaften die Anbauflächen für Lebensmittel aufkaufen.

Die von den Multis angewandten Methoden, um an neues Land zu gelangen, sind dabei recht unterschiedlich. Manchmal leiten sie Bewässerungskanäle so zu ihren Plantagen um, daß die Kleinbauern - trotz des vielen Regens - buchstäblich "auf dem Trockenen sitzen". Zeitweise bedrängen die Multis die Kleinbauern dadurch, daß unwahrheitsgemäß behauptet wird, die Nachbarn hätten bereits verkauft und ihre Kleinfarm wäre nun von Bananenplantagen eingekreist. Und wenn die Kleinfarmen erst einmal von Bananen umstellt sind, ist häufig die Straße zum dörflichen Markt abgeschnitten.

Manchmal genügt allein die geringe Entfernung der Plantagen zum Land der Kleinbauern, um sie verkaufsbereit zu machen. Denn dann kommen sie in den "kostenlosen Genuß", mit Pestiziden besprüht zu werden. Auf der Strecke bleibt nicht nur die Gesundheit der Familien, auch die Kleintiere der Farmen verenden durch die Pestizidbelastung. Bis heute gibt es keinen einzigen Fall, in dem Bauern erfolgreich dem Expansionsdruck der Bananenplantagen standhalten konnten.

Die Rolle der Regierung

Die Regierung Costa Ricas spielt den Bananengesellschaften in die Hände. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren: In der Umgebung des Atlantik-Dorfes Cahuita, in der Nähe der Hafenstadt Limon, konnten nur dadurch neue Bananenplantagen entstehen, daß die Kakaoplantagen der örtlichen Kleinbauern Ende der 70er Jahre aufgrund einer Pilzkrankheit aufgegeben werden mußten. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß der Pilz, Monilla genannt, absichtlich dort ausgebracht worden sei. Auf jeden Fall gab es keine staatliche Hilfe für die in ihrer Existenz bedrohten Kleinbauern. Aufgrund ihrer Verschuldung mußten sie ihr Land an die Bananenmultis verkaufen.

20 Kilometer weiter südlich haben sich die Plantagen aus anderen Gründen ausgeweitet. Das Gebiet von Parahiso war im letzten Jahr durch ein Erdbeben betroffen. Anschließende Regenfälle verursachten eine Überschwemmung, weil wegen Abholzungen kein Wald mehr da war, um die Regenmassen aufzunehmen. Zudem waren infolge des Erdbebens die Flußbetten verschüttet. Da die Regierung Calderón sich weigerte, ein Hilfsprogramm für die Region zu starten, mußten sich etliche Kleinbauern verschulden, um neue Häuser zu bauen.

Nachdem die Banken die Kredite gestoppt haben, finden die Bananenmultis den Boden bereitet, um von den Bauern das Land zu kaufen. Doch noch weigern sich die meisten Bauern der umliegenden Dörfer, zu verkaufen. Omar Sanchez, ein Betroffener und Wortführer des Dorfes Parahiso, kann nur deshalb den zeitaufwendigen Widerstand organisieren, weil sein Sohn auf der Plantage arbeitet und die Familie finanziell unterstützt. Omar Sanchez: *"Von den Politikern erwarten wir keine Unterstützung mehr. Deshalb haben wir angefangen, die hölzernen Schwellen einer stillgelegten Bahnstrecke herauszureißen und zu verkaufen. Doch für viele ist die Versuchung groß, ein Stück ihres Landes zu verkaufen."*

"Leider befürwortet die Regierung die weitere Expansion des Bananen-Anbaus, um die Auslandsverschuldung abzubauen. Z.B. läßt die Regierung viel mehr Straßen für die Bananen-Plantagen als für Kleinbauern bauen," stellt der 36jährige Rechtsanwalt Bogantes Diaz fest, der im Auftrag der Fundación Güilombé die Kleinbauern in ihrem Protest gegen die Expansion der Plantagen unterstützt.

Neuerdings paßt auch dem Minister für Naturressourcen, Hernán Bravo Trejos, die Art und Weise der Expansion nicht mehr, und er liegt nun im Clinch mit dem Wirtschaftsminister Gonzalo Fajardo Salas.

Der Protest

Den Umweltschutzgruppen Costa Ricas ist der Plantagen-Ausbau schon lange ein Dorn im Auge. Denn für die exportorientierte Landwirtschaft (Viehzucht, Kaffee, Bananen, Zuckerrohr) werden seit 1960 jedes Jahr 50.000 ha Regenwald vernichtet. Allein in Sarapiqui wurden kürzlich für neue Plantagen 10.000 ha Wald abgeholzt. Mit einer Abholzungsrate von 3,6% jährlich ist Costa Rica mit Malaysia weltweit Spitzenreiter. Zusammen mit der Vereinigung der BananenarbeiterInnen, der katholischen Kirche von Limon, dem Interessenverband der Indios und Kleinbauern-Vertretern (insgesamt 31 Gruppen) schrieben sie am 19. Juni 1992 wegen der Auswirkungen der Bananenexpansion einen offenen Brief an Calderón. Da dieser nicht reagierte, wurde für Anfang September eine Demonstration in der Hauptstadt San José organisiert. Gefordert wird nicht nur der Stop der Expansion, sondern auch die Einhaltung der Gesetze zum Schutz der Natur, der Gewerkschaftsfreiheit, die Rekultivierung vergifteter Böden, eine internationale Quotenregelung für bananenexportierende Länder, die Absicherung des Landbesitzes für Indios, eine gesetzliche Begrenzung für den Pestizideinsatz, das Verbot

von hochgiftigen Chemikalien sowie die Einhaltung arbeitsrechtlicher Bestimmungen. Denn die Arbeits- und Lebensbedingungen der BananenarbeiterInnen, Bananeros genannt, sind schlecht. Die Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten eng mit den Multis zusammen. Und wer offen für die alternative "Vereinigung der Bananeros" eintritt, ist von Entlassung bedroht.

Die harte Realität

Der Alltag der Bananeros, die nur auf den Plantagen leben, reduziert sich auf Arbeiten und Schlafen. Die harte, den Körper auffressende Arbeit sowie Arbeitszeiten um die 60 Wochenstunden lassen nicht mehr viel Raum für gemeinschaftliche Aktivitäten. Die meisten ArbeiterInnen bekommen inzwischen nur noch Verträge für zweieinhalb Monate, denn dann müssen die Bananengesellschaften keine Sozialbeiträge bezahlen. Und so ziehen die ArbeiterInnen zur nächsten Plantage, auf der sie nur dann neue Arbeitsverträge erhalten, wenn sie brav waren und gut gearbeitet haben. Da die Multis aufgrund der Expansion einen großen Bedarf an "jungen, frischen" Arbeitskräften haben, ist es weitverbreitete Praxis, auch Menschen aus Nicaragua anzuwerben. Die ökonomische Katastrophensituation im Nachbarland treibt immer mehr Arbeitssuchende nach Costa Rica.

Die Angaben über die Anzahl der Beschäftigten in der Bananenproduktion schwanken zwischen 18.000 und 25.000. Der Chemie-Einsatz in den Bananen-Mono-Kulturen vergrößert die Leiden der Bananeros. *"Wenn dann alle zwei Wochen das Flugzeug kommt, um Pestizide aus der Luft zu versprühen, werden auch sie und ihre Familien dem Gift-Regen ausgesetzt,"* berichtete Alexander Martinez von der Umweltschutzorganisation ABAS. Die Bananeros, die direkt mit Pestiziden arbeiten müssen, sind wegen der fehlenden Schutzkleidung und der mangelhaften Aufklärung über die Gefahren besonders bedroht. Inzwischen sind mehr als 3000 Männer aufgrund der Pestizidbelastung steril. Und das ist nur die Spitze des Eisberges. In der vom Männlichkeitskult geprägten Gesellschaft hat diese gesundheitliche Beeinträchtigung weitreichende psychische wie auch soziale Folgewirkungen.

Zudem steigt die Rate der Tod- und Fehlgeburten in den Gebieten mit hoher Pestizidbelastung dramatisch an.

Keine Flecken auf unseren Bananen

Ohne den Chemie-Einsatz müßten die Multis eine hohe Krankheitsanfälligkeit der Mono-Kulturen befürchten, lautet die Erklärung von Jorge Blanco, der für die Universität Heredia die Auswirkungen des Gifteinsatzes untersucht. Zudem wünschten ja die KäuferInnen fleckenlose, perfekte Bananen. Eine Folge davon sind die jährlich ausgebrachten 3 Mio kg Düngemittel und 1,2 Mio kg Pestizide. BASF, Bayer, Hoechst und Schering verdienen gut durch den Pestizidexport nach Costa Rica. 1990 waren es 4,3 Mio US-Dollar.

Alexander Martinez: *"Je nach Bodenfruchtbarkeit und Chemie-Einsatz haben Plantagen eine Lebensdauer von bis zu 30 Jahren. Danach ist der Boden vergiftet, erschöpft und ausgelaugt, so daß dieses Land für eine agrarische Nutzung nicht mehr in Frage kommt."* Diese Bodenverschlechterung ist mit ein Grund dafür, daß neue Plantagen als Ersatz für alte entstehen.

Wie weitreichend die Auswirkungen des Pestizid-Einsatzes inzwischen sind, wird deutlich bei den Menschen, die kilometerweit entfernt von den Plantagen leben, wie z.B. Fischer in der Nähe des Estrella Tals an der Atlantik-Küste. Die Flüsse transportieren die Pestizide ins Meer, wo Fische und Hummer sowie die für die Ökologie des Meeres so wichtigen Korallenriffe sterben. *"Manche der arbeitslosen Kleinbauern und Fischer sind nun gezwungen, sich auf den Bananenfeldern zu verdingen,"* beschreibt Bogantes Diaz den Teufelskreis. Auch in den Trinkwasserbrunnen des Tals sind die Pestizide inzwischen nachweisbar.

Stefan Thiele

Was tun?

Weniger Bananen - vor allem aus dem Supermarkt - essen, ist der eine Weg. Einen anderen wollen ein Bündnis aus der BUKO-Agrar-Koordination, der AG Nica Bababeb sowie der Menschenrechtsor-ganisation FIAN (Food-First-Information And Action Network) gehen. Anläßlich des Welternährungstages am 16. Oktober soll die Forderung nach Einführung von Quoten und Zöllen durch die EG vorgestellt werden. Das durch die Zölle eingenommene Geld sollte dabei laut FIAN Kleinbauernprojekte fördern und die Arbeiter auf den Plantagen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen. Ähnlich wie bei der Blumenkampagne sollen die Pestizidprodukte ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden.
Weitere Infos durch FIAN,
Overwegstr. 31,
4690 Herne 1



Nationalismus in Lateinamerika

Die letzte Ausgabe der 'blätter' analysierte die Entwicklung des Nationalismus in der "Dritten Welt" als Folge der europäischen Expansion. Antikoloniale Nationalisten lehnten den 'Stamm' oder andere regionale Teilidentitäten ab. Sie knüpften mit ihrem Ziel, eine "nationale Einheit" über alle ethnischen - kulturellen Partikularismen herzustellen, an den klassischen europäischen Nationalismus an: Vereinheitlichung und Erweiterung gegen Beschränkung und Abspaltung.

Basis des nachkolonialen Nationalismus war das Versprechen der bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsrechte und die Sicherung der materiellen Grundversorgung. Dieser nationalen Programmatik wurde aber mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Legitimationskrisen die Basis entzogen. Der Druck des Weltmarkts machte vor den nationalen Grenzen nicht mehr halt - eine protektionistische Wirtschaftspolitik, die im 19. Jahrhundert zur Ausbildung der kapitalistischen Zentren in Europa führte, war für die nachkolonialen Gesellschaften nicht mehr praktikabel.

Nach dem Scheitern von Modellen nachholender Entwicklung wird die Frage nach der "nationalen Identität" aktualisiert. Es findet ein Rückgriff auf ethnische und kulturelle Traditionen statt; der brüchig gewordene nationale Konsens wird auf einer neuen Basis wiederhergestellt. Gerade in Zeiten großer Orientierungslosigkeit fällt die Rückbesinnung auf feste, gesellschaftlichen Wandel überdauerende Traditionen und Werte auf fruchtbaren Boden: dort, wo die allgemeine Unsicherheit zunimmt, gibt Sprache und Kultur den letzten Halt.

Die zunehmende Ethnisierung bzw. Kulturalisierung der Nationalismen steht im Mittelpunkt dieses Nachtrags zum Thema 'Nationalismus'. Gerade vor dem Hintergrund der Idealisierung der kulturellen "Wurzeln" und der Beschwörung eines "tiefliegenden Inneren der Volkskulturen" (siehe Leo Gabriel in diesem Heft, Themenschwerpunkt Mittelamerika), scheint eine Auseinandersetzung über das Verhältnis von Ethnizität und Nation dringend geboten.

Nationale oder auch ethnische 'Kollektividentitäten' schaffen Homogenität und Einheit, sie kitten soziale und regionale Gegensätze. Die inhaltliche Bestimmung dessen, was das "Volk" ausmacht, führt oftmals aber zu einer "Rassisierung des Denkens" - eine Tendenz, die Fanon schon in den 60er Jahren beklagt hat. Dabei werden die Stereotype, die die koloniale Macht den "primitiven" Kulturen zuschreibt, positiv gewendet. Das "Volk" und die mit ihm verschmolzene Kultur wird emanzipativ besetzt und Teil der "Überlebensstrategie" (Gabriel) der 'Verdammten' dieser Erde. Das Problem des quasi-biologischen Ausschlusses der 'fremden' Kultur bleibt ebenso bestehen, wie die Unterwerfung von Individuen durch eine 'Kollektividentität'.

Daß Ethnizität und die vielbeschworene auf ihr basierende Identität ein äußerst modernes Konstrukt ist und auf Aus- und Abgrenzung basiert, zeigt Wolfgang Gabbert in seinem Artikel über die Entwicklung des Misquito-Nationalismus. Analysiert wird die Auseinandersetzung der Misquito-Elite mit dem antiimperialistischen Nationalismus der Sandinisten und der daraus hervorgehende indianische "Nationalismus".

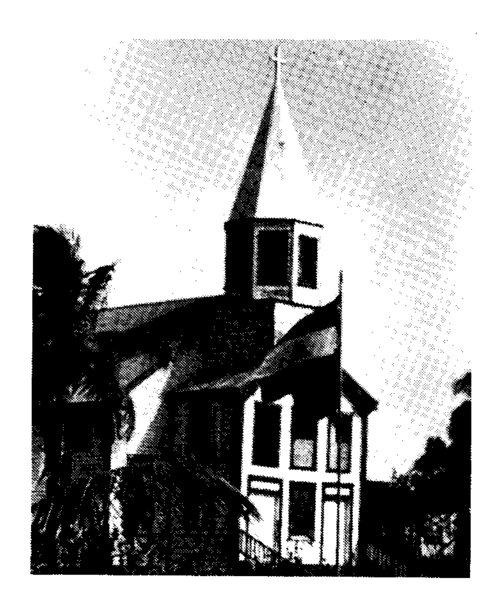
Die besondere Rolle der bolivianischen nationalen Elite bei dem Erstarken regionalistischer und ethnischer Bewegungen untersucht Michael Schulte. Machtpolitische Interessen und der Zugang zu Ressourcen - nicht ein "ursprüngliches" Gemeinschaftsgefühl - bilden die Grundlage der ethnischen und regionalen Rhetorik, die den Großteil der ärmeren Bevölkerung kalt läßt.

Neben dem Kampf um ein größeres Stück vom gesellschaftlichen Kuchen wird die nationale Rhetorik immer dann aktiviert, wenn alte politische Legitimationen brüchig werden. Anhand des Militärputsches in Venezuela im Februar dieses Jahres analysiert Friedrich Welsch die besondere Bedeutung nationaler Mythen bei der Integration der Bevölkerung.

Die Redaktion

Die vorgestellte Gemeinschaft der Miskito

Indianer-"Nationalismus" in Nicaragua



Der seit 1981 über mehrere Jahre andauernde bewaffnete Konflikt zwischen der nicaraguanischen Regierung und großen Teilen der Miskito, der größten indigenen Bevölkerungsgruppe der Atlantikregion (Mosquitia)[1], ist vielfach als Auseinandersetzung zwischen zwei Nationalismen analysiert worden. Dem antiimperialistischen, revolutionären Nationalismus der sandinistischen Befreiungsfront, der sich die Vollendung der Nationbildung zum Ziel gesetzt hatte, stand ein indianischer "Nationalismus" verschiedener Miskito-Organisationen gegenüber, der sich gerade im Gegensatz zum nicaraguanischen Nationalismus konstituierte. Im folgenden soll es vor allem darum gehen, die Entstehungsbedingungen für den indianischen "Nationalismus" der Miskito und damit auch die historischen Voraussetzungen der Konfrontation mit den Sandinisten zu betrachten.

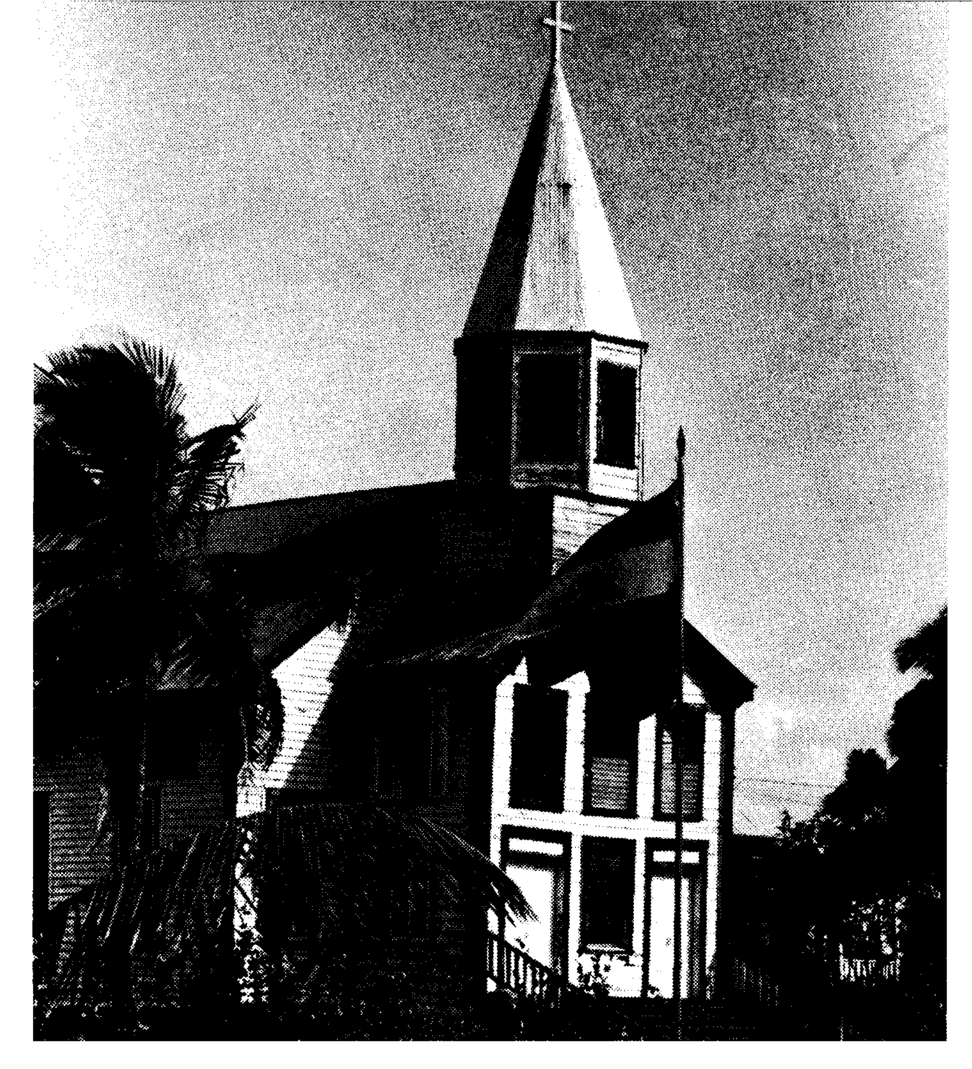
Der Begriff Nationalismus wird hier in Anführungszeichen gesetzt, da Teile der Miskito-Elite zwar ein gesellschaftliches Projekt verfolgen, das auf die politische Selbständigkeit der Miskito abzielt (die sich selbst als "indianische Nation"[2] bezeichnen), die internen materiellen Voraussetzungen für eine Eigenstaatlichkeit jedoch fehlen. Eine staatliche Form politischer Organisation entspricht (bislang) nicht der inneren Dynamik der Miskito-Gesellschaft. Die Miskito werden hier deshalb als Ethnie charakterisiert.[3] Mit der analytischen Unterscheidung zwischen "Ethnie" und "Nation" soll auf die unterschiedlichen Dynamiken und politischen Möglichkeiten der jeweiligen Bevölkerungsgruppen hingewiesen werden: Die Möglichkeit einer politischen Organisation in Form des Staates setzt ein erhebliches Maß an sozialer Differenzierung und gesellschaftlicher Komplexität voraus - nationale Gemeinschaften umfassen mehrere gesellschaftliche Klassen. Dies stellt sie zwar vor das Problem, z.T. gegensätzliche Klasseninteressen überbrücken zu müssen, mit der Klassenspaltung sind aber durchaus auch kohäsive Momente verbunden, nämlich u.a. eine ausgeprägte gesellschaftliche Arbeitsteilung. Diese bietet eine Möglichkeit für Verbindungen zwischen den einzelnen Segmenten nationaler Gesellschaften (bei Durkheim "organische Solidarität").

Miskito-"Nationalismus" und Geschichte

Der Begriff "Ethnie" sollte demgegenüber Gesellschaften vorbehalten sein, die keine Klassenschichtung aufweisen und nicht über die sozialstrukturellen Grundlagen für die Errichtung einer staatlichen Form politischer Organisation verfügen. Auch Ethnien sind Gemeinschaften, die von bestehenden Ungleichheiten absehen. Im Unterschied zu Nationen müssen sie jedoch keine Klassengegensätze überbrücken. Gleichzeitig bleiben jedoch auch die Verbindungen zwischen den einzelnen Lokalgruppen fragil, und der Zusammenhalt beruht in erster Linie (noch stärker als im Falle der Nation) auf der Abgrenzung nach oder von außen.

In seinem Buch "Imagined Communities" hat Benedict Anderson "Nationen" als "vorgestellte politische Gemeinschaften" charakterisiert. Die Übertragung des Buchtitels ins Deutsche kann nur als unglücklich bezeichnet werden, denn er lautet "Die Erfindung der Nation". Dem Begriff Erfindung haftet in diesem Zusammenhang jedoch der Geruch des Nicht-Wirklichen, Künstlichen, Unechten, Falschen an. Anderson betont jedoch gerade, daß es sich bei "alle(n) Gemeinschaften, die größer als die dörflichen mit ihren Face-to-face-Kontakten" sind, um vorgestellte Gemeinschaften handelt. "Gemeinschaften sollten nicht durch ihre Authentizität voneinander unterschieden werden, sondern durch die Art und Weise, in der sie vorgestellt werden."[4] Nationen sind nicht einfach eingebildet, sondern beruhen auf durchaus materiellen Grundlagen. Sie mögen das Ergebnis von staatlichem Handeln oder der Interessenpolitik bestimmter sozialer Gruppen oder Klassen sein, die (oft erschreckende) Massenwirksamkeit von Nationalismen in bestimmten historischen Situationen läßt sich mit dem Hinweis auf die Manipulation breiter Bevölkerungsschichten durch interessengeleitete Eliten jedoch nicht verstehen. Wichtig ist vielmehr, herauszufinden, an welchen realen Prozessen und historischen Erfahrungen nationale Weltsichten anknüpfen, wie diese Erfahrungen in einer bestimmten Weise (nämlich der nationalen) interpretiert und verknüpft werden und so eine bestimmte Gemeinschaft vorgestellt werden kann.

Nationalismen schaffen Geschichte, sie nutzen Bruchstücke der Vergangenheit, verknüpfen sie, interpretieren sie um oder erfinden sie, sofern es nötig scheint, gänzlich neu. Sie konstruieren damit ein Weltbild, das sich wesentlich an den Legitimationsbedürfnissen der Gegenwart orientiert. So suchten auch die Miskito-Organisationen



Kirche der Herrenhuter Brüdergemeinde, Vorraussetzung für die Entstehung eines "Miskito-Bewußtseins"

lokalen und verwandtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmte Sozialorganisation der indianischen Bevölkerungsgruppen nicht.

Den ersten Schritt zur Konsolidierung der Miskito als Ethnie hatten die Missionare der seit 1847 in der Region tätigen protestantischen Herrnhuter Brüdergemeinde (Mährische Kirche) bereits Ende des letzten Jahrhunderts getan, indem sie das Miskito zur Schriftsprache gemacht und damit eine Vereinheitlichung der verschiedenen Dialekte bewirkt hatten. Mit der Schaffung überlokaler Gemeindestrukturen entstanden nun auch die materiellen Voraussetzungen (Organisation, Kommunikation) dafür, daß Miskito-Sprecher sich ihrer Zugehörigkeit zu dieser Kategorie bewußt werden konnten.[8]

Die Miskito hatten insbesondere seit der Entwicklung von Enklavenwirtschaften (vor allem nordamerikanischer Unternehmen in der Bananenproduktion, dem Erzabbau und der Holzausbeutung) an der Atlantikküste Ende des 19. Jahrhunderts tiefgreifende Veränderungen in ihrer Lebensweise und ihren sozialen Strukturen erleben müssen (Eindringen der Warenwirtschaft, Lohnarbeit, Bevölkerungsverluste durch Seuchen, Veränderung der Siedlungsmuster, Schwächung der Verwandtschaftsstrukturen u.a.m.), die in Richtung auf eine zunehmende Isolierung der einzelnen Dörfer wirkten. Beispielsweise führte die zunehmende Vermarktung auch von Nahrungsmitteln zu einem Rückgang der Kontakte zwischen den Dörfern, denn vorher hatte die überlokale Integration u.a. auf dem gemeinschaftlichen Konsum von Nahrungsüberschüssen bei Festen beruht. Mit der Schaffung neuer, einzelne Lokalgruppen verbindender Strukturen durch die Mährische Kirche - Ausweitung des Schulwesens, Abhaltung von Gemeinschaftsfesten, Evangelisationstagen oder den seit 1917 stattfindenden "Mitarbeiter-Treffen" ("workers-conferences") - und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Gemeinden entwickelten sich Institutionen, die den Isolierungstendenzen entgegenstanden. Seit Januar 1930 gab die Mährische Kirche eine monatliche mimeographierte Publikation für Miskito-sprachige Evangelisten und andere Laienarbeiter heraus, den "Miskito Moravian".[9] Die Aktivitäten der Herrnhuter Missionare schufen so in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts die Voraussetzungen dafür, daß sich ein Gesamtbewußtsein der einzelnen Verwandtschaftsverbände und Sprachgruppen als Miskito zu entwickeln begann und aus der Kategorie Miskito eine (vorgestellte) Gemeinschaft mit Gruppeneigenschaften, die Miskito-Ethnie, werden konnte. Evangelistentreffen, Kirchenkonferenzen und ähnliches trugen nicht nur zur inneren Konsolidierung der ethnischen Gruppierung bei, sondern boten zudem eine Organisationsgrundlage für die entstehende Führungsschicht innerhalb der Miskito.

Nationalismen sind Ideologien, die in der Lage sein müssen, Angehörige mehrerer sozialer Klassen miteinander zu verbinden.

während der 80er Jahre in ihren Verlautbarungen gegenwärtige Ansprüche durch den Verweis auf Geschichte zu begründen. Der Anspruch auf kollektive Landrechte wurde u.a. mit dem Hinweis auf "das tausendjährige Territorialrecht der indianischen Gemeinden und Völker"[5] legitimiert. Die Forderungen der Miskito-Organisationen bezogen sich anfangs auf den Besitz einzelner Dorfgemeinschaften, seit 1981 jedoch auf ein indianisches Territorium, Yapti Tasba ("Mutter Erde"), das auch mehrheitlich von Creoles und Mestizen bewohnte Gebiete im Süden der Region umfaßt. Gerade diese Veränderung war eine der maßgeblichen Ursachen für den Konflikt mit den Sandinisten.[6]

Die Entstehung der Miskito-Ethnie

Die Konstruktion von Geschichte diente jedoch nicht nur der Geltendmachung materieller Ansprüche auf Land und Naturreichtümer, sondern bezog sich auf den Charakter der indianischen Bevölkerungsgruppen selbst. Die Miskito-Organisationen suchten, eine historische Verbindung zu den indigenen Bewohnern der Region in früheren Jahrhunderten herzustellen. Den indianischen "Völkern" oder "Nationen" (Miskito, Sumu und Rama) wurde dabei eine jahrhundertelange Geschichte zugeschrieben:

"Wir sind indigene Völker, weil wir von unseren Vorfahren abstammen, den ursprünglichen Bewohnern dieses Territoriums ...; sie wohnten schon vor dem 10. Jahrhundert in dieser Region .... Wir haben von unseren Vorfahren eigene soziale, ökonomische und kulturelle Sitten geerbt, die wir bis heute bewahren und die uns als Volk identifizieren."[7]

Tatsächlich sind die angesprochenen ethnischen (im Sinne Andersons "vorgestellten") Gemeinschaften aber erst ein relativ junges Produkt der Geschichte. Ethnien und ethnische Gruppen sind von bloßen kulturellen Kategorien zu unterscheiden. Während es sich bei den letzteren lediglich um Bezeichnungen für Individuen handelt, die gemeinsam bestimmte kulturelle Merkmale aufweisen, setzen ethnische Formen sozialer Zusammenschlüsse eine Selbstdefinition der Mitglieder voraus. Ein ethnisches Selbstbewußtsein kann nur dann entstehen, wenn innerhalb der Gruppierung ein Minimum an internen Handlungs- und Kommunikationsstrukturen gegeben ist.

Der Begriff "Miskito" (früher u.a. "Mosquito Indians") war aus der Übertragung einer geographischen Bezeichnung auf die Bewohner der betreffenden Region entstanden. Er war bislang in erster Linie eine Kategorie gewesen, die vor allem Außenstehende (Briten, Nicaraguaner, Missionare etc.) definiert hatten. Diese Kategorie orientierte sich hauptsächlich am Kriterium der Sprache und berücksichtigte die tatsächlich von

Dieses Charakteristikum der Mehr-Klassen-Ideologie trifft im Falle der Miskito allerdings nur bedingt zu. Soziale Differenzierungsprozesse innerhalb der Miskito-Gesellschaft sind bis heute eng begrenzt geblieben. Ein beträchtlicher Teil dieser indianischen Bevölkerung lebt auch heute noch in einem ethnisch weitgehend homogenen Territorium im Nordosten der Atlantikregion in kleinen, isolierten Dörfern. Trotz der Durchdringung mit Warenbeziehungen und einer partiellen Einbindung in Lohnarbeitsverhältnisse hat die Masse der Miskito eine relative Eigenständigkeit aufrechterhalten. Lohnarbeit und der Anbau von "cash crops" sind nicht die alleinige, nicht einmal die wichtigste Quelle der Existenzsicherung. Lohnarbeit wird von der Mehrzahl der Miskito in der Regel nur für eine bestimmte Zeit, einige Monate, ein Jahr, betrieben, danach folgt zumeist die Rückkehr ins Heimatdorf. Sie stellt sich also nicht als Lebensperspektive dar.

Miskito-"Nationalismus" und soziale Differenzierung

Trotz der zunehmenden Landkonflikte haben die Miskito zum größten Teil noch Zugang zu den grundlegenden Produktionsmitteln: kultivierbarer Boden und im Falle der Küsten-Miskito Boote und Fischfanggeräte. Die "traditionelle" Subsistenzproduktion besteht, wenn auch mit Einschränkungen, weiter fort. Sie reichte bislang aus, um das physische Fortbestehen der Dorfgemeinschaften auch in Krisenzeiten zu garantieren. Der Landbesitz ist weiterhin kommunal. Das System generalisierter Reziprozität bei der Verteilung von Subsistenzprodukten ist besonders seit den 60er Jahren unseres Jahrhunderts geschwächt und abgeändert worden. Es ist jedoch nicht völlig verschwunden. Die Marktlogik hat sich bislang nur gebrochen in den Dörfern durchgesetzt. Allerdings hat sich im Zusammenhang mit Bildungs- und Entwicklungsvorhaben des nicaraguanischen Staates, der Mährischen Kirche und anderer privater Organisationen vor allem seit dem Ende der 50er Jahre eine zahlenmäßig kleine indianische Bildungselite (Krankenpflegepersonal, Techniker, Mechaniker, Lehrer, Priester u.a.m.) entwickelt. Gerade diese neue soziale Gruppe innerhalb der Miskito ist zum wichtigsten Träger der indianischen Organisationen und zum entscheidenden Verkünder des Miskito-"Nationalismus" geworden.

Eine quasi-nationalistische Weltsicht ist für Angehörige dieser Schicht zumindest aus zwei Gründen besonders attraktiv: Erstens ermöglicht sie die ideologische Überbrückung entstandener sozialer Unterschiede und partiell unterschiedlicher Interessenlagen zur indianischen Dorfbevölkerung. Die Zugehörigkeit zur Miskito-"Nation" wird darin durch Abstammung, Sprache u.a. kulturelle Merkmale bestimmt, nicht mehr durch soziale, wie es noch in den 70er Jahren der Fall war. Bis dahin wurden von der Dorfbevölkerung nur jene als Miskito betrachtet, die sich an den traditionellen Gegenseitigkeitsbeziehungen (Hilfeleistungen zwischen Verwandten und Dorfbewohnern, die großzügige Verteilung von Nahrung u.a.m.) beteiligten. Darüber hinaus definierten sich die Miskito als arm. Sozialer und materieller Aufstieg war mit einem Wechsel der ethnischen Zugehörigkeit verbunden.

Zweitens eröffnet die Forderung nach territorialer politischer Selbstbestimmung (innerhalb oder außerhalb bestehender Staaten) neue Möglichkeiten sozialen Aufstiegs für die indianische Elite. Denn eine Verwirklichung dieses Anspruchs macht unter den heute herrschenden Rahmenbedingungen den Aufbau indianischer Verwaltungs- und politischer Entscheidungsinstitutionen notwendig. Der Konflikt zwischen Miskito und sandinistischer Regierung nach 1981 hatte sich u.a. ja auch daran entzündet, daß sich in der Atlantikregion die Präsenz des Nationalstaates im Verwaltungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen nach 1979 entscheidend erhöht hatte. Der größte Teil der höheren Positionen in diesen Bereichen war jedoch nicht mit Indianern oder Creoles, sondern mit Mestizen besetzt worden, was den Protest der Miskito-Führer hervorrief.



Noch heute im Bewußtsein:
Robert Henry Clarence, der letzte "Miskito-König" im Kreise seiner Ratgeber

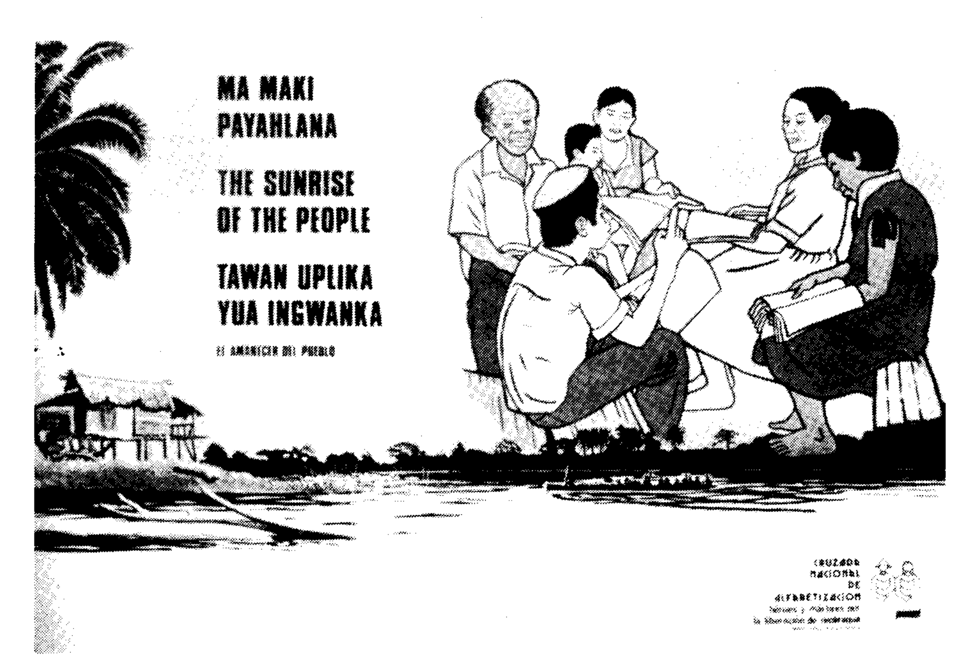
Wurzeln des Miskito-"Nationalismus"

Wieso aber konnte sich der Miskito-"Nationalismus" in der dörflichen Basis verwurzeln und zum ideologischen Kern einer indianischen Bewegung mit breiter Unterstützung werden? Hierfür scheinen mehrere Aspekte verantwortlich zu sein:

1. In der Forderung nach territorialer Autonomie war das wichtigste Problem der Miskito-Landbevölkerung aufgehoben, nämlich die Zuspitzung der Landfrage. Bevölkerungswachstum und das Vordringen der Agrargrenze (d.h. Verschiebung der Siedlungsgrenze zum Nachteil der Indianer) durch die Kolonisation mestizischer Kleinbauern und Viehzüchter hatten für den Anbau geeignetes Land zu einer immer knapper werdenden Ressource gemacht. Landkonflikte traten Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre vermehrt auf.

2. Die Gesellschaft der Atlantikregion weist eine ausgeprägte ethnische Hierarchie auf, in der die indianischen Gruppen die untersten Ränge einnehmen. Die Mobilisierung tausender bewaffneter Miskito in den Konflikten der 80er Jahre führte zu einer Aufwertung dieser indianischen Gruppe insgesamt. Seit der Intensivierung der bewaffneten Auseinandersetzungen nach 1981 wagen Mestizen oder Afroamerikaner nicht mehr, in der Öffentlichkeit abfällig über Miskito zu sprechen. Die Miskito-Sprache wird nicht mehr wie früher verborgen und dominiert insbesondere im Norden der Region große Teile des öffentlichen Lebens. Der Miskito-"Nationalismus" drückt diese Neubewertung der indianischen Sprache und Kultur aus und setzt sie in eine politische Programmatik um.

3. Die Protagonisten des Miskito-"Nationalismus" konnten dabei an Elemente aus der Geschichte anknüpfen, die in teilweise mythologischer Form auch heute noch im Bewußtsein vieler Miskito präsent sind. Den Spaniern war es nie gelungen, sie zu unterwerfen, und erst 1894 kamen sie formal unter die Oberhoheit des nicaraguanischen Staates. Bis dahin war es den Vorfahren der heutigen Miskito gelungen, in einer Allianz



Plakat einer Alphabetisierungskampagne, Fotos S. 35-37 aus Meschkat K. u.a., Mosquita

mit der anderen Kolonialmacht in der Region, Großbritannien, ihre politische Unabhängigkeit weitgehend zu erhalten. Die Eingliederung der Mosquitia in den nicaraguanischen Staat geschah gewaltsam und offensichtlich gegen den Willen der damaligen Bewohner der Atlantikregion. Das "Dekret der Wiedereingliederung", welches die Annexion besiegelte, billigte den indianischen Bewohnern der Region bestimmte Sonderrechte (u.a. die Befreiung vom Militärdienst) zu. Das Dekret hatte die Form eines Vertrages. Damit erkannte der nicaraguanische Staat diese Bevölkerung faktisch als diplomatische und vertragliche Größe an.

Innerhalb der kolonialen Auseinandersetzungen traten seit dem 17. Jahrhundert indianische Führer auf, die in historischen Quellen als "Miskito-Könige" erscheinen. Dies war nun nicht etwa der Ausdruck einer beginnenden Staatsbildung, sondern lediglich auf die Übernahme wohlklingender europäischer Titel durch indianische "big men" zurückzuführen. Erst im 19. Jahrhundert wurde unter britischem Protektorat ein indianisches "Königtum" in der Mosquitia institutionalisiert, ohne daß dies weitreichende Auswirkungen auf die soziale und politische Organisation der indianischen Dorfgemeinschaften gehabt hätte. Doch ganz unabhängig von der realen historischen Bedeutung der "Miskito-Könige" und des "Dekretes der Wiedereingliederung" sind sie doch im Bewußtsein vieler Miskito als Symbole einstiger Größe und politischer Unabhängigkeit (jedenfalls was Spanier und später Nicaraguaner betrifft) wichtig geblieben. Diese halbmythische Erinnerung wird von den Trägern des Miskito-"Nationalismus" wirksam mit der Programmatik der internationalen Indianerbewegung, dem Sprechen von "indianischen Nationen", verbunden. Diese Begrifflichkeit orientiert sich zwar letztlich an westlichen Rechts- und Politikmustern, insbesondere den Inhalten einer ganzen Reihe von UNO-Resolutionen und dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker", das 1966 in der UN-Charta verankert wurde. Ihre ideologische Wirksamkeit ist jedoch nur im Zusammenhang mit den hier skizzierten historischen Ereignissen zu verstehen.

4. Der Miskito-"Nationalismus" verbindet alle Miskito gegenüber einem gemeinsamen Gegner, dem nicaraguanischen Staat, der gegenüber den Bewohnern der Atlantikregion fast immer als Unterdrückungsapparat in Erscheinung getreten war.

Ambivalenz des Miskito-"Nationalismus"

Wie viele Nationalismen ist auch der der Miskito ambivalent. Er ermöglicht einer armen, marginalisierten und unterdrückten Bevölkerungsgruppe, ihre Emanzipationsbestrebungen in einem bislang ungekannten Ausmaß politisch zum Ausdruck zu bringen. Andererseits beinhaltet er andere ausschließende und repressive Elemente, indem er eine Vorherrschaft für die eigene Gruppe in der Region (gegenüber dem nicaraguanischen Staat aber auch gegenüber den anderen ethnischen Gruppierungen der Atlantikküste) beansprucht.

Der Miskito-"Nationalismus" beinhaltet jedoch noch weitere problematische Elemente: Erstens beruhte die politische Position der Miskito gegenüber dem nicaraguanischen Staat bzw. den Spaniern seit der Kolonialzeit immer auf der Existenz einer äußeren "Schutzmacht", im 18. und 19. Jahrhundert auf dem Bündnis mit den Briten[10], in den 80er Jahren auf der Unterstützung durch die USA. Zweitens sind die Miskito seit 1960 eine "geteilte Nation". Damals wurde das Siedlungsgebiet der Miskito durch die Entscheidung des internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der einen Grenzkonflikt zwischen Nicaragua und Honduras schlichtete, geteilt. Die Miskito nördlich des Rio Coco gehörten nun zu Honduras, jene, die südlich des Flusses lebten, zu Nicaragua. Im Miskito-"Nationalismus" ist die Forderung nach einer "Wiedervereinigung der Nation" angelegt. Sollte sie in der Zukunft tatsächlich offensiv vertreten werden, ist ein größerer Regionalkonflikt wahrscheinlich.

Wolfgang Gabbert

Anmerkungen:

(1) 1981/82 lebten in der Atlantikregion Nicaraguas etwa 70.000 Miskito, knapp 26.000 Creoles (Afroamerikaner), etwa 5.000 Sumu, 1.500 Garifuna, 650 Rama und 71.000 Mestizen. Eine Diskussion der Angaben zu den Bevölkerungszahlen und der demographischen Entwicklung findet sich in: Gabbert, Wolfgang: Creoles - Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua, Münster: Lit-Verlag 1992, S. 311-320, 347f.

(2) So z.B. in: MISURASATA: "Proposal of MISURASATA for a Treaty of Peace." Akwesasne Notes 19 (1987), 3, S. 18f.

(3) Vgl. hierzu ausführlicher: Gabbert, a.a.O., S. 32-36, 334-336.

(4) Anderson, Benedict: Imagined Communities, London 1983, deutsch: Die Erfindung der Nation, Ffm. 1988, S. 16.

(5) So z.B. im "Vorschlag zum Landbesitz der indianischen und Creoles-Dorfgemeinschaften an der Atlantikküste", in: Ohland, Klaudine und Schneider, Robin (Hg.): Nationale Revolution und indianische Identität. Wuppertal: Edition Nahua 1982, S.141.

(6) Vgl. die Analyse des Konfliktes bei: Gabbert a.a.O., S. 290-304, 310-315, 331-334 sowie die Beiträge von Hale und Meschkat in: Meschkat, Klaus et al. (Hg.): Mosquitia - die andere Hälfte Nicaraguas: über Geschichte und Gegenwart der Atlantikküste. Hamburg: Junius 1987.

(7) "Vorschlag zum Landbesitz ...", a.a.O., S. 134f.

(8) So schreibt auch Anderson 1988, S. 133: "Die weitaus wichtigste Fähigkeit der Sprache ist ... ihre Fähigkeit, vorgestellte Gemeinschaften hervorzubringen, indem sie besondere Solidaritäten herstellt und wirksam werden läßt"

(9) Eine zusammenfassende Darstellung dieser Entwicklungen findet sich bei Gabbert, Wolfgang: Die Atlantikküste Nicaraguas - fehlende nationalstaatliche Integration, Erbe von Kolonialismus und Bereicherungsdiktatur. Ladok, Gesamthochschule Kassel 1985. [Entwicklungsperspektiven 15/16], S. 53-55, 83-97.

(10) Vgl. hierzu ausführlich: Oertzen, Eleonore von; Lioba Rossbach und Volker Wünderich (Hgg.): The Nicaraguan Mosquitia in Historical Documents, 1844-1927. Berlin: Reimer 1990.

Nationale und ethnische Rhetorik in Bolivien

Die nationalistische Ideologie ist in den Köpfen der BolivianerInnen nicht sehr verankert, so die These des Autors im folgenden Artikel. Auch der Bezug auf ethnische und regionale Kategorien hat weniger mit "nationaler" Ideologie als mit machtpolitischen Interessen zu tun. Dennoch wird oftmals eine gemeinsame Abgrenzung nach außen herangezogen, um innere soziale und politische Spannungen zu überdecken. Und was eignet sich da besser als die Beschwörung des "Erzfeindes" Chile?



Rückbesinnung auf Tupaj Katari, Symbolfigur des indianischen Widerstands gegen westliche Ideologien, aus Nacla 3/91

Am 14. Februar 1992 wurde ein joint venture zwischen dem bolivianischen Staatsunternehmen CIRESU und der US-amerikanischen Firma LITHCO zur Ausbeutung der Bodenschätze des in der Nähe der Grenze zu Chile gelegenen Salzsees von Uyuni vereinbart. Anläßlich der Feier zum Vertragsabschluß war Präsident Zamora angereist und in seiner Rede stellte er den historischen Bezug zum 14. Februar 1879 her. Dieses Datum steht für den Beginn des sogenannten "Pazifik"- oder "Salpeterkrieges" (1879 - 1883), bei dem es um die Guano- und Salpetervorkommen in der bolivianischen und peruanischen Küstenregion ging. Bolivien hatte in diesem Krieg seine große Küstenregion, den Litoral, an Chile verloren und damit auch den Zugang zum Meer.

Das umstrittene joint venture bezeichnete der Präsident als "einen Akt der Verteidigung unserer Grenzen mit Produktionsprojekten, mit Arbeit und mit Investitionen", und er bestimmte, daß 60 Prozent der Staatseinnahmen aus dem Vertrag an die an Chile grenzenden Departments Potosí und Oruro gehen sollen. Trotz der markigen Worte und Versprechungen verurteilten regionale Gewerkschaftsorganisationen "die Übergabe unseres großen Salzsees von Uyuni an die Gefräßigkeit der transnationalen FMC LITHCO" (Presencia 15.2.92).

Patriotisches Getöse in den Medien

Mit dem Abbau der Mineralien des Salzsees verbindet sich der über 100jährige Streit zwischen Bolivien und Chile um Boliviens Zugang zum Meer und der Streit zwischen Zentralregierung und dem Department Potosí, das mit seinen Bodenschätzen die Entwicklung des europäischen Kapitalismus finanzierte und selbst eines der ärmsten in einem armen Land ist.

Die Aufrechterhaltung des Konflikts mit Chile, der Schwur, am "Tag des Meeres" die Küste zurückzuerobern, sind nationale Pflichtübungen in Bolivien. Vor allem dann, wenn die Regierung innenpolitische Schwierigkeiten hat, aber auch anläßlich offizieller Kontakte mit Chile, wird der Konflikt zum Thema. Die Wunde wird offengehalten, und es wird der Anschein erweckt, als sei die Armada bereit und fähig, morgen vom Titicaca-See und den Amazonaszuflüssen an den Pazifik vorzustoßen und dort ihre wahre Größe zu beweisen.

Der heute wieder zu demokratischen Ehren gekommene General Banzer unternahm während seiner blutigen Diktatur in den 70er Jahren einen Versuch, seinem chilenischen Kollegen Pinochet einen Zugang zum Meer abzuhandeln. "Die große Umarmung" im Grenzort Charana führte jedoch für Bolivien zu nichts. Ein weiterer aussichtsreich erscheinender diplomatischer Vorstoß Ende der 80er Jahre, der zunächst erfolgreich von den Folgen der Zinnkrise und der neoliberalen Wirtschaftsmaßnahmen ablenkte, wurde von dem chilenischen Marinebefehlshaber Admiral Merino abgefangen, der die Diplomatie seines Außenministers mit der öffentlichen Erklärung, mit Bolivien gebe es nichts zu verhandeln, beendete.

Wenn es keine Neuigkeiten vom Meer gibt, so können auch (angebliche) Grenzverletzungen Chiles den gleichen Zweck erfüllen. 1990 erhitzten drei versetzte Grenzsteine wochenlang die Gemüter und spornten auch die Kommentatoren von sonst kritischen Medien zu demagogischen Leistungen an, während sich das Außenministerium bedeckt hielt. Offenbar waren Grenzsteine einer Bergbaukonzession mit Ländergrenzsteinen verwechselt worden. Warum auf der Grenze Bergbaukonzessionen lagen, wurde nicht öffentlich klargestellt. Es wurde jedoch der Verdacht laut, daß bolivianische Politiker die Konzessionen an chilenische Unternehmer verkauft hätten.

Beeindruckend ist, wie unisono Patriotismus gegen den "Erzfeind" Chile beschworen wird. Abweichende und differenzierende Meinungen verschwinden aus den sonst eher kritischen bolivianischen Medien, wenn es um die alten Streitereien mit Chile geht.

Die chilenische Arroganz und die bolivianische Verbohrtheit in den gegenseitigen Beziehungen wurden von der neoliberalen Regierung Perus, das im Salpeterkrieg ebenfalls Land an Chile verloren hatte, zur eigenen Profilierung benutzt. Unverhofft bot der peruanische Präsident Fujimori der bolivianischen Regierung den Hafen Ilo mit Freihandelszone in Süd-Peru an. Der Jubel in Bolivien war groß, die Zeitungen brachten mit Vorliebe Bilder von Bolivianern, die am Strand ihre Nationalflagge schwenkten. Einzige Kritik war, daß die Regierung mit großem publizistischen Aufwand für dieses Ereignis von den aktuellen sozialen Problemen abzulenken versuche, während Ilo bis auf weiteres nur ein Projekt sei, denn eine Straßenverbindung existierte noch nicht.

Nationalismus nur bei Mittelschichten

Dem Spektakel der Medien steht eine erstaunlich gelassene Haltung "des Volkes" gegenüber. Als anläßlich der vom chilenischen Marinebefehlshaber gestoppten Verhandlungen der Diplomaten, vom Bürgermeister der Stadt Potosí (wie auch andernorts) ein Verkaufsverbot für chilenische Waren verhängt wurde, stellten die Händler den chilenischen Wein einfach etwas weiter nach hinten. Sie erkärten, daß sie sich mit den Chilenen gut verstünden, sie seien nicht anders als die Bolivianer, und das Verbot, chilenische Waren zu verkaufen, brauche man nicht allzu ernst zu nehmen, das sei Wichtigtuerei der Politiker. Wenige Wochen später war die Aufregung der Beschäftigung mit anderen Themen gewichen, und das Verkaufsverbot für chilenische Waren war vergessen.

Auch die campesinos interessieren sich nicht sehr für nationale Grenzen und Streit mit dem Nachbarland. Sie haben eine eigene Infrastruktur an Freundschaften und Kontakten, die es ihnen erlaubt, mit anderen Regionen Produkte für den eigenen Verbrauch zu tauschen, für den Markt zu schmuggeln oder ihr landwirtschaftliches Einkommen durch Lohnarbeit zu ergänzen. Ihre Kontakte beruhen zum Teil auf generationenalten Wander- und Tauschbeziehungen zwischen den Andenregionen.

Die Beziehungen zu Chile werden von Politikern zur Ablenkung von innenpolitischen Problemen benutzt; für die Medien sind sie Anlaß, mit patriotischem Getöse ihre Verkaufsauflage zu fördern; die kaum Zeitung lesenden sozial schwachen Schichten bleiben eher gleichmütig. Gleichzeitig wird die nationale Symbolik gefördert: marschieren, Fahne grüßen und Singen der Nationalhymne wird in Schulen und beim Militär geübt und bei Feiern zelebriert. Doch die Mittelschichten, von denen der nationale Patriotismus ausgeht, kaufen ihre Söhne vom Militärdienst frei und schicken ihre Kinder mit Vorliebe auf private ausländische Schulen.

Es ergibt sich eine paradox scheinende Wechselwirkung zwischen sozialer Schicht, nationaler Indoktrinierung und chauvinistischem Verhalten. Die benachteiligten Schichten werden indoktriniert, aber bleiben unberührt; die Mittelschichten entziehen sich unpatriotisch, aber zeigen Anfälligkeit für Chauvinismus; die Oberschichten, speziell die Politiker, sind diejenigen, die die Fäden zu ziehen scheinen.

Regionalbewegungen ohne soziale Basis

Die regionale Koalition, die den Vertrag zum Abbau der Minerale des Salzsees das erste Mal zu Fall brachte, gibt ein Beispiel für die Stärke von Regionalbewegungen gegen die Zentralregierung. Sie zeigt eine weitere Schwäche der nationalen Ideologie - trotz zentralistischer Politik und Verwaltung und trotz nationaler Rhetorik. Jedes Jahr, wenn es um den Staatshaushalt geht, streiken nicht nur die Lehrer und die Universitäten für ein größeres Stück vom Kuchen, sondern es kommt auch zu Generalstreiks in den Departments, denn jede Region fühlt sich benachteiligt.

La Paz, größte Stadt und Regierungssitz, wurde am 13.2.92 von einem 24stündigen Generalstreik lahmgelegt. Einzelne zirkulierende Fahrzeuge wurden mit Steinen und Stöcken traktiert. Personen, die nicht einverstanden waren, wurden öffentlich als "schlechte Pazeñer" verurteilt. In der (offiziellen) Hauptstadt Sucre wurde ebenfalls gestreikt und beschlossen, eine Regionalregierung zu bilden. In Potosí traten die von dort stammenden Parlamentsabgeordneten, der Bürgermeister und die Stadträte in Hungerstreik und das gesamte Department am 17. und 18. Februar in einen 48stündigen Generalstreik. Auch Cochabamba, das in anderen Jahren Vorreiter war, drohte wieder mit Streik.

Die Regionalbewegungen werden von sogenannten "Bürgerkomitees" (comité civico) getragen, die aus den Reihen von Repräsentanten der verschiedenen Institutionen und Berufsverbände gewählt werden. Sie sind in der Verfassung nicht vorgesehen, bilden aber nach der Zentralregierung die stärkste politische Kraft im Land. Hinter den 'Comités civicos' stehen regionale Interessen. Das heißt, daß regionale Interessengruppen versuchen, mehr Ressourcen in ihre Hand zu bekommen. Der Schwund durch Vetternwirtschaft und Korruption ist allerdings kaum geringer als bei den zentral verwalteten. Dieser Regionalismus kann zusammentreffen mit Parteiinteressen, so in La Paz, wo CONDEPA ("Vaterlandsbewußtsein") den Bürgermeister stellt. Aber er führt auch zu Konfrontationen regionaler Parteigrößen mit der eigenen Regierung bis hin zum völligen Bruch. Die Regionalbewegung ist ebenso wie die Partei eine Möglichkeit des Zugangs zu Macht und Ressourcen. Welche gewählt wird, ist eine Frage des Machtkalküls, nicht der Ideologie.

Das Interesse "des Volkes" an regionalen Bewegungen ist daher nur mäßig und auf

Ein Aymara-Ritual, das den bolivianischen Bauern bei ihrem Hungerstreik Glück bringen soll, aus Nacla 3/91



Gewerkschaftsführer und berufsständische Interessenvertreter begrenzt. Tagelöhner und campesinos gehen ihren Beschäftigungen wie gewohnt nach. Für sie geht es nicht um ein Stück vom Kuchen, sondern ums tägliche Überleben.

Die tatsächlichen regionalen Unterschiede zwischen Hochlandbewohnern (collas) und Tiefländern (cambas), die sich in Sprache und Kultur, aber auch in alltäglichen Beschimpfungen ausdrücken, sind auf der politischen Ebene belanglos. Das ist verständlich, denn auf der Ebene der Alltagsbegegnung zwischen den Menschen verschiedener Herkunft werden keine Ressourcen verteilt. So ging es auch nicht um die Ressourcen, sondern um Identitätsängste der Tiefländer, die in der eigenen Region immer mehr zur Minderheit werden, als 1987 im Tiefland versucht wurde, eine eigene Uhrzeit, die um eine Stunde verschobene "Camba-Zeit", einzuführen. Da es um ein Identitätssymbol und nicht um Geld ging, wurde dieser Versuch auch weder mit Hunger- noch mit Generalstreiks unterstützt.

Die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit bleiben in den Regionalbewegungen marginal. Sie werden als Argument benutzt, aber sie sind nicht das Ziel und die Basis der Bewegungen.



Marsch nach La Paz für "Territorium und Würde", aus Nacla 1/91

Die unterste Ebene politischer Macht

In den letzten Jahren gewann der Bezug auf ethnische Zugehörigkeit zunehmend an Bedeutung. Bekannt wurden die kleinen Ethnien des Amazonas- und La-Plata-Tieflandes allerdings erst durch ihren Marsch nach La Paz 1990, mit dem sie "Territorium und Würde" für sich einforderten.

Nicht nur die kleineren und kleinsten Völker blieben in der Politik Boliviens unbeachtet. Die Sprache der nach Millionen zählenden Ketschuas und Aymaras wurde von der Schule ignoriert, der Unterricht fand ausschließlich in spanischer Sprache statt. Die Agrarreform ignorierte nicht nur die Territorien und Ausbauformen in den tropischen Wäldern, sondern auch die ökologisch angepaßten Landbesitzverhältnisse der Gemeinden und ihre Anbau- und Brachesysteme , so daß die Landverteilung viele neue Probleme schuf.

Selbst untereinander gab und gibt es eine klare Statushierarchie der Ethnien, die immer noch derjenigen des Inkaimperiums folgt. Ketschuas und Aymaras dringen in großer Zahl als spontane Siedler ins Tiefland ein und verdrängen oder unterdrücken die dort ansässigen Ethnien, die vielen von ihnen ebenso als unzivilisiert gelten wie den spanischsprechenden Bolivianern.

Die ethnischen Bewegungen der letzten Jahre erhielten zusätzliches Gewicht durch den Niedergang der zahlenmäßig kleinen, aber dominierenden Bergarbeitergewerkschaft sowie anderer Arbeitergewerkschaften. Außerdem vergrößerte sich das Gewicht der campesinos mit ihrem nicht zu übersehenden ethnischen Hintergrund und ihrer Vielfalt. Die Linke, ebenfalls von Schwäche befallen und mit ihrem orthodoxen Diskurs unglaubwürdig geworden, griff auf der Suche nach neuer Orientierung die ethnischen Forderungen auf. Es wird nun von "Nationen" der Ketschuas, Aymaras und Tupi-Guaranis gesprochen. Diese Sprachregelung haben sich auch Bauernführer aus Profilierungsgründen zu eigen gemacht und so ist sie auch in den Bauerngewerkschaften zur neuen Formel geworden.

Der Diskurs von den "Nationen" hat für die Mehrheit der so Bezeichneten wenig reale Bedeutung. Hinter dem neuen Etikett stehen Gruppen auf der untersten Ebene institutionalisierter politischer Macht, vor allem kleine linke Parteien und Gewerkschaftsführer. Viele von ihnen verfolgen, nicht anders als die "großen Fische", das Ziel, einen Happen der Macht und der Ressourcen zu erhaschen: "Unterstützung" durch eine Partei oder auch einen neuen Posten in einem Projekt.

Auf allen drei Ebenen, der nationalen, der regionalen und der ethnischen, sind machtpolitische Interessen und der darüber vermittelte Zugang zu Ressourcen maßgebend für die jeweilige "nationale" Ideologie. Nationale Oligarchien (die als regionale Gruppen Bolivars Traum vom großen Vaterland zunichte machten) versuchen, soziale und politische Spannungen durch die gemeinsame Abgrenzung nach außen zu überdecken. Das gelingt nur bei den Mittelschichten. Auf der mittleren Ebene ist neben der Partei (die von vielen gewechselt wird wie das Hemd) die Zugehörigkeit zu einer geographisch definierten Gruppe und Bewegung wichtig für den Zugang zu Macht und Ressourcen. Der Diskurs der regionalen Interessen, die es zu verteidigen gelte, ist ebenso demagogische Bauernfängerei für die eigene Gruppe wie der nationale Chauvinismus. Der Regionalismus kann wichtiger als die Partei sein, jedoch auch in den Dienst der Karriere in einer Partei gestellt werden; so geschehen in La Paz, wo der Bürgermeister (CONDEPA) mit den städtischen Fahrzeugen die Straßen blockieren wollte und sich als Gefangener der Regierung (MIR/ADN) ausgab, als diese mit Polizeigewalt das Vorhaben verhinderte.

Nationalismus und Regionalismus haben ihren Ursprung in der spanischsprachigen Kultur und dienen partikularen Interessen der oberen bzw. mittleren Schichten. Die ethnische Kategorie wurde von den Minderheiten selbst ins Spiel gebracht, aber sehr schnell ebenfalls für die Kämpfe auf der Leiter zur Macht instrumentalisiert.

Die verschiedenen Bewegungen blockieren sich gegenseitig, dezentralisieren dabei die Macht und erzeugen durch ihr Werben um Anhängerschaft eine gewisse politische Bewußtheit. Demgegenüber propagieren sie aber auch Klientelismus und Korruption. Diese Verbindung von ethnisch-kulturellen, sozialen und politischen Komponenten findet in den kometenhaft aufgestiegenen neuen Parteien CONDEPA und UCS, in denen sich klassischer Populismus mit Regionalpolitik und erwachender ethnischer Identität verbindet, ihren Ausdruck. Das bedeutet auch, daß die bisher scharfe Trennung zwischen der spanischsprachigen Mittel- und Oberschicht, den ketschuasprachigen Händlern und den campesinos, deren Verbindung zur Stadt immer dichter wird, aufbricht.

Michael Schulte

Staatsstreich im Namen Bolivars

Notizen zur Entstehung eines politischen Mythos in Venezuela

Unsere Richtschnur sind die Gedanken des Befreiers Simon Bolivar über Nationalismus, nationale Identität, Lateinamerikanismus, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung", heißt es in der Proklamation, die die Rebellen in der Nacht des 4. Februar 1992 nur deshalb nicht über das von ihnen besetzte Staatsfernsehen ausstrahlen konnten, weil die Videokassette mit der vorbereiteten Aufzeichnung nicht kompatibel war. In welchem Maße diese kommunikationstechnische Fehlplanung zum raschen Zusammenbruch ihrer Kommandoaktion in der Hauptstadt Caracas beigetragen hat, sei dahingestellt. Nicht zu übersehen ist, daß ihr Anknüpfen an den gottgleichen Helden der lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege und seinen großartigen politischen Entwurf für den Subkontinent der venezolanischen Bevölkerung eher die Möglichkeit zur Identifikation bietet als das Gerangel der Politikerkaste um Posten, Pläne und Positionen.

So erscheint es angezeigt, die Erhebung vom 4. Februar nicht vorschnell in die Akte gescheiterter und daher nicht weiter erwähnenswerter Putschversuche abzuheften. Sie ragt in quantitativer wie qualitativer Hinsicht über andere, frühere Erhebungen hinaus. Die Putschisten brachten strategische Stellungen in den vier wichtigsten Städten des Landes unter ihre Kontrolle, übernahmen vorübergehend die Regierungsgewalt in einem Bundesstaat und drangen ins Herz der Staatsmacht vor, nämlich den Präsidentenpalast Miraflores.

Die Krise des Systems

Es darf nicht übersehen werden, daß es sich um eine Rebellion der Elite, der venezolanischen Streitkräfte handelte. Elite sowohl hinsichtlich der fachlichen Qualifikation ihrer Führer - sie waren die besten ihrer jeweiligen Offizierslehrgänge - als auch hinsichtlich der Qualität der von ihnen kommandierten Truppeneinheiten, den bestausgerüsteten und -ausgebildeten des Heeres.

Die identifizierenden bzw. zur Identifikation einladenden Werte der jungen Offiziersgarde fallen gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Venezuela auf fruchtbaren Boden. Es gibt nämlich unübersehbare Hinweise dafür, daß die politische Kultur der VenezolanerInnen, das Bindemittel, das für den Zusammenhalt des politischen Systems sorgt, einer gefährlichen Erosion ausgesetzt ist. Jüngsten Umfragen zufolge[1] hat die venezolanische Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die grundlegenden Institutionen des Systems: Gerade sechs Prozent der Befragten halten die Parteien noch für einigermaßen glaubwürdig; Parlament, Regierung und Gewerkschaften halten gerade noch 12 bis 14 Prozent der Befragten für vertrauenswürdig. Demgegenüber erscheinen das Militär, die katholische Kirche und die Medien etwa zwei Drittel der Befragten als vertrauenswürdig.



Freiheitsheld Bolivar, aus Anbrest/Müller: Südamerika

Das Kernübel der heutigen Politik in Venezuela ist das Vorhaben, aus der verfahrenen Lage über den Weg eines "nationalen Konsenses" herauszukommen. Vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte Venezuelas muß dieses Vorhaben anmuten wie der Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Das zur Diskussion stehende politische System weist Züge einer Konkordanzdemokratie auf. Es handelt sich um einen Typus, dessen politische Kultur durch wettbewerbsausschließendes Verhalten paternalistisch agierender Eliten geprägt ist. Der Systempakt der Eliten von 1958 konnte durchgesetzt werden, weil die Gruppenloyalität stärker an die jeweiligen Führerpersönlichkeiten als an das spezifische Gruppeninteresse geknüpft war.

Die von den Gründervätern selbst geschaffenen und geführten Institutionen - Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Justiz, Parlament, Regierung - waren allein aus diesem Grund schon vertrauenswürdig und wirkten identitätsstiftend; umso mehr, als sie in den sechziger Jahren von einer außengesteuerten und volksfernen Guerilla gewaltsam bekämpft wurden. Zum anderen verstanden es diese Gründerväter, die Glaubwürdigkeit des Systems durch ihr persönliches Verhalten wenigstens nicht zu unterminieren. In den Augen der Öffentlichkeit verkörperten sie die republikanischen Ideale der Freiheit, Opferbereitschaft und Würde.

Nach der erfolgreichen Integration der SystemgegnerInnen zum Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wäre die venezolanische Demokratie zweifellos für Konflikte im Rahmen eines scharfen Wettbewerbs der Eliten gerüstet gewesen. Solche Konflikte konnten aber schon im Vorfeld unterdrückt werden, denn die nunmehr einsetzende Petrodollarschwemme ermöglichte es, allen wohl und niemandem wehe zu tun. Es entstand das Bild von der venezolanischen Schönwetterdemokratie[2], die mehr

auf ihrem Erdölreichtum als auf ihrer demokratischen politischen Kultur beruhte.

Seitdem hat das System jedoch schwere Verwerfungen und Schocks überstanden: den dramatischen Rückgang der Erdöleinnahmen und die Verschuldungskrise der achtziger Jahre; das harte Anpassungs- und Stabilisierungsprogramm und den von ihm ausgelösten Aufstand der Armen vom Februar 1989. Mithin sind die Weichen auf Austragung der Konflikte, nicht deren Verdrängung gestellt. Dennoch betreiben die Akteure Konfliktregelung nach dem überkommenen Elitemuster, hinter verschlossenen Türen, in Zirkeln, die keine formale Organisationsstruktur vorsieht. Sie scheinen dabei zu vergessen, daß ihre Legitimation auf tönernen Füßen steht: Partei und Gewerkschaftsspitzen haben sich von ihrer Basis ebensoweit entfernt wie die Chefs der Dachorganisationen der Wirtschaft, deren Repräsentativität aus der Sicht der kleinen und mittleren Unternehmer immer mehr in Frage gestellt wird.

Die von den Eliten jeder Couleur beschworene Notwendigkeit eines Systemwandels kann mithin schon deshalb keine identitätsstiftende oder -stärkende Wirkung ausüben, weil sie selbst unglaubwürdig sind. So ist es auch kein Wunder, daß die Bemühungen um eine "nationale Übereinkunft", sprich einem Elitenpakt zur Rettung des Systems, in der Öffentlichkeit auf geringe Resonanz stoßen und dem Verdacht ausgesetzt sind, das Volk solle "verschaukelt", d.h. nicht beteiligt werden.

Außerdem greifen die angebotenen Alternativen nur kurz. Sie laufen darauf hinaus, den amtierenden Präsidenten nicht bis zum Ende seiner Amtszeit im Februar 1994 ertragen zu müssen. Die Übereinstimmung in diesem Punkt ist ebenso verbreitet wie das Auseinandergehen der Meinungen zu der konstruktiven Frage, was danach kommen soll: eine Übergangsregierung von Honoratioren, eine Verfassungsgebende Versammlung oder eine Allparteienregierung. Die Auffassungen laufen quer durch Parteien und Gruppen und machen orientierungslos, statt die Identifikation zu fördern.

In einer dergestalt verwirrenden Situation gewinnt der Blick zurück in die glorreiche Vergangenheit eine integrierende und identitätsstiftende Wirkung, und der Augenblick begünstigt die Entstehung oder Wiederbelebung politischer Mythen.

Der Mythos vom 4.Februar

Um den erfolglosen Staatsstreich vom 4. Februar und seine führenden Persönlichkeiten, vor allem Oberstleutnant Chavez, beginnt sich ein Mythos zu ranken. Seine Erscheinungsformen sind z. B. eine auf ihn gemünzte Abwandlung der Nationalhymne. Sie beginnt mit "Es lebe der tapfere Chavez" anstelle von "Es lebe das tapfere Volk". Desweiteren ein "Gebet an Chavez" und zahlreiche Schwänke, vor allem aber die - von ihm selbst gepflegte - Anknüpfung an die Legende vom "letzten Ritter" Mayisanta, jenes Reitergenerals aus der venezolanischen Savanne, der sich im ersten Viertel des Jahrhunderts gegen den Diktator Juan Vicente Gomez aufgelehnt hatte und Chavez' Urgroßvater ist.

Politische Mythen sind als theoretische Kategorie und Werkzeug politischen Handelns wiederentdeckt worden[3]. Ihre Wirklichkeit als psychisches und soziales Phänomen ist ebenso offensichtlich wie ihre integrative und mobilisierende Funktion [4].

Man kann nach Garcia-Pelayo mythische Verhaltensweisen besonders bei unterprivilegierten Gruppen beobachten, die "die Kluft zwischen ihrem Wesen als Menschen und ihrer menschenunwürdigen Existenz durch den Glauben an Mythen zu überbrücken versuchen."[5]

In gesellschaftlichen Krisen "wird der Mythos politisch, d. h. er bewegt sich auf der politischen Szene, spricht die Sprache der Politik und richtet sich auf politisches Handeln." [6] Andererseits kann die Wiederbelebung des Mythos als autoritärer Versuch gewertet werden, den Einzelnen von seiner moralischen Verantwortung in der Politik zu entbinden [7]. Dem entspricht die Neigung, sich seiner Selbstbestimmung zu entledigen und in einem Kollektiv-Ich aufzugehen, wenn die Wirklichkeit den Verheißungen des Demokratiebegriffs entgegensteht.

Garcia-Pelayo[8] benennt Integration, Mobilisation und Aufklärung als wesentliche Funktionen politischer Mythen. Die Integration bedeutet Vereinigung dessen, was im vernunftgeleiteten Verständnis getrennt ist, nämlich Wissen, Bekenntnis und Gegenwart. Die Teilnahme am Mythos mobilisiert zur Aktion, zur Übernahme von Opfern und Lasten, und vermittelt Hoffnung und Glaube an die Zukunft. Über Bilder und Symbole bringt der Mythos paradoxerweise Klarheit und Konkretion in die diffusen Wünsche und Sehnsüchte. Er vermittelt ein Interpretationsschema für das soziale und politische Geschehen, ebenso wie Orientierungsdaten und Handlungsanweisungen.

Verknüpft man die oben zusammengefaßten Funktionen politischer Mythen mit den Wertequellen und Symbolen eines venezolanischen Selbstverständnisses, das sich vornehmlich auf die einmalige Leistung der Vergangenheit, nämlich die Befreiung vom spanischen Kolonialjoch beruft[9], so ergibt sich folgendes Bild:

- Nationale Identität und Integration: Dort heben die gottgleichen Gründerväter mit dem Akt der Unabhängigkeitserklärung und dem nachfolgenden Befreiungskampf die Nation aus der Taufe und begründen die Venezolanität; hier rufen die Putschisten zum "Aufbau eines neuen Vaterlandes" auf, dem sie durch die gewaltsame Vertreibung der "Verräter" den Weg ebnen wollen.

Proklamation der Rebellen

Im Sinne der kollektiven Beteiligung der Bürger wurde eine Aktion für die Mehrheit, eine Aktion für das venezolanische Volk erwartet. Für die, die es leid sind, geplündert zu werden und immer nur Versprechungen zu hören oder Opfer eines Systems zu sein, das die einen "Demokratie", die anderen "Cliquenherrschaft" oder wie auch immer nennen, hat sich die Revolutionäre Bolivarianische Bewegung die Gedanken des Befreiers Simon Bolivar zur grundlegenden Richtschnur gemacht. Seine Gedanken zum Nationalismus, zur nationalen Identität, zum Lateinamerikanertum, zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Völker. Was die Erfindungskraft angeht, so identifizieren wir uns mit Simon Rodriguez, dem Lehrmeister des Befreiers Amerikas, der es vermochte, einem Mann solcher Träume die Richtung zu weisen. Wir sehen in Simon Rodriguez den Erwecker von Hoffnungen und mannigfaltiger Ursprünglichkeit, und diesen Wesenszug wollen wir nachahmen. Wir sind überzeugt, daß es notwendig ist, den Weg zur Festigung unseres Seins, zur Suche unseres Seins zu öffnen ...

Wir betrachten uns als das Heer des venezolanischen Volkes und übernehmen unter den obwaltenden Umständen unsere geschichtliche Rolle, in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Gefahren. Im Geiste der Menschlichkeit und des Vertrauens in unser Volk, seine Hoffnungen, das Blut Venezuelas, das Blut, mit dem die heroischen Kapitel Lateinamerikas und der Welt geschrieben wurden. Wir sind bereit, mit dem Aufbau zu beginnen, bereit, dem Land unserer Träume zu dienen. Wir werden frei sein von bürokratischen Fesseln, frei von Parteienherrschaft und Korruption und wir werden die besten Köpfe in öffentliche Ämter berufen ...

Wir rufen die Studenten, Arbeiter, Intellektuellen, den fortschrittlichen Klerus, die Soldaten überall, die freien Menschen, die Menschen, die träumen, auf, mit uns ein neues Vaterland aufzubauen oder dessen Aufbau selbst in die Hand zu nehmen. Wir streben nicht nach der Macht, wir wollen keine Militärdiktatur...

Die Wiederherstellung unserer Venezolanität und die Erneuerung der Demokratie rechtfertigen vollständig eine bewaffnete Aktion: Es sind Ideale, die die Gefahr der Selbstaufopferung wert sind ...

Sollte unsere Bewegung erfolgreich sein, so übertragen wir die Macht an unser Volk, damit es sie lebendig ausübt. Und stolze Venezolaner werden aufgerufen werden, die öffentlichen Geschäfte zu übernehmen. Sollten wir unsere Ziele verfehlen, so wissen wir, daß man uns mit Lügen herabwürdigen und erbarmungslos foltern wird, wie es unsere Regierenden zu tun pflegen. Sollte das geschehen, so legen wir die Verteidigung unseres Lebens in die Hände unseres Volkes und unserer würdigsten Landsleute ...



Der Anführer des Militärpusches im Feb. 92 Leutnant Hugo Chavez, aus El País

- Befreiung und Mobilisierung: Dort bedeutet Kolonialmacht Unterdrückung, ihr gewaltsames Abschütteln Freiheit; hier sind die Machtausübenden unter sich und korrupt, ihre gewaltsame Beseitigung öffnet die Schleusen für die Beteiligung des Volkes.

- Lehrmeister und Aufklärung: Dort die Unabhängigkeitsbewegung als hohe Schule der Nation; hier die Berufung auf dieselben Lehrmeister und die Übertragung ihrer Visionen in die Gegenwart.

Die Proklamation der Rebellen

Eine erste Lektüre des Rebellendiskurses (siehe Kasten) läßt seine Autoren als sendungsbewußte Fundamentalisten erscheinen, deren Gedankengut ein explosives Gemisch aus populistischen und nationalistischen Elementen darstellt[10]: Verächtlichmachung der "Demokratie", Anprangerung eines nationalen Ausverkaufs, Anklänge an eine Blut-und-Boden-Ideologie und ständige Berufung auf "das Volk".

Bei näherem Hinsehen eröffnet sich jedoch eine veränderte Perspektive: Die Offiziere machen ein attraktives, konkretes und vor allem ein singuläres Angebot. Es wird aufgebaut auf der Vorgabe des Handlungsrahmens (das Volk) und der Vorstellung der Handelnden (Revolutionäre Bolivarianische Bewegung) und geht dann zu programmatischen Aussagen über (Neuaufbau des Landes). Der Status der Handelnden (Armee des Volkes, Erbe des Befreiungsheers) wird ausführlich dargestellt, ebenso wie die Rechtfertigung der Handlung (Befreiung von Parteiendiktatur und Korruption). Die Vorgehensweise (militärisch-zivile Junta) wird angesprochen, und es ergeht eine Einladung zum Mitwirken. Auch ein Scheitern der Aktion wird nicht ausgeschlossen.

Eingebettet in den - in manchen Passagen wirr und ohne Rücksicht auf die Grammatik formulierten - Text ist eine suggestive Bezugskette, die die Geburt bzw. Wiedergeburt eines Mythos geradezu programmiert und seinen Bestand pflegt. Simon Rodriguez war der Lehrmeister des Befreiers Simon Bolivar; für die Rebellen sind Rodriguez' Gedanken Richtschnur, also sind sie Befreier wie Simon Bolivar; sie sind das Heer des Volkes, also das Volk, mithin ist das Volk Simon Bolivar, also sein eigener Befreier, Subjekt seines Schicksals.

Es wird somit in der Proklamation der Widerspruch des Populismus - Einbeziehung des Volkes in das politische Leben bei gleichzeitigen, autoritär-populistischen Zügen und geringer Autonomie vor allem der unteren Schichten[11] - programmatisch aufgehoben: Wir laden zur Beteiligung beim Aufbau eines neuen Vaterlandes ein, sind aber ebenso bereit, diese Aufgabe gleich anderen, wirklich interessierten Gruppen oder Personen zu überlassen.

Das nationalistische Element hingegen wird stark betont, allerdings eher als Beschwörungsformel für Identität und Integration, denn als gegen Außenstehende gerichtete Lanze. Dennoch schlägt in dem Vorwurf des nationalen Ausverkaufs mehr Besorgnis angesichts der Außenöffnung der Wirtschaft als Vertrauen in die eigenen Stärken und Möglichkeiten durch.

Quo vadis, Venezuela?

Wie schon eingangs angedeutet, ist die derzeitige innenpolitische Lage Venezuelas prognosefeindlich, denn es gibt keine Anhaltspunkte zur Einschätzung der zahlreichen - systemimmanenten wie systemsprengenden - Alternativen. Man muß sich darauf beschränken, Wegmarken zu setzen, ohne jedoch die wahrscheinliche Richtung angeben zu können.

So kann man feststellen, daß der Staatspräsident nicht mehr das Heft des Handelns in der Hand hält, und nicht gesichert ist, daß er das ursprünglich vorgesehene Ende seines Mandats im Februar 1994 erreicht. Die fortschreitende Militarisierung der Regierung - erstmals wurde ein Militär zum Außenminister berufen und die Einbeziehung weiterer Militärs in die Regierungsverantwortung ist Tagesgespräch - kann ebensogut als schleichender Staatsstreich des Staatspräsidenten im Stil von Perus Fujimori wie als Stabilisierung des herrschenden Systems interpretiert werden.

Die Alternative eines verfassungskonformen Systemwandels liegt zwar auf der Hand, doch können ihre Modalitäten dem Nebel der Ungewißheit bisher nicht entrissen werden. Sollte eine Verfassungsgebende Versammlung Wirklichkeit werden, so könnte diese das Mandat der Staatspräsidenten allgemein verkürzen, Neuwahlen anberaumen oder gar die präsidiale in eine eher parlamentarische Demokratie überführen.

Sollte der Druck auf den Präsidenten weiter zunehmen, so ist auch nicht auszuschließen, daß er - entgegen seinem heutigen Standpunkt- doch noch kapituliert und den Weg freigibt. Das Beispiel Alfonsins in Argentinien könnte in Venezuela nachgeahmt werden.

Ein Militärputsch traditioneller Art scheint mir am wenigsten wahrscheinlich: Die Militärs wissen nur zu genau, daß der Handlungsrahmen einer Regierung eng begrenzt ist, und daß auch sie nichts daran zu ändern vermögen. Sie werden sich also hüten, Erwartungen zu wecken, die sie nicht erfüllen können. Eher werden sie versuchen, ihren Einfluß abzusichern oder zu verstärken.

So könnte am Ende der fällige Systemwandel in "business as usual" auslaufen - Änderungen, deren Reichweite es ebenso rechtfertigt, von Neubeginn wie vom Fahren auf alten Gleisen zu sprechen.

Friedrich Welsch

Anmerkungen:

(1) Nicodemo, Pasquale und Marcellino Bisbal, Democracia, credibilidad y aspiraciones, in: SIC 545/Juni 1992, S. 206-209

(2) Grabendorff, Wolf, Perspectivas y polos de desarrollo en America Latina, in: Nueva Sociedad 46/1980, S. 49-53

(3) Bonazzi, Tizziano, Mito politico, in: Bobbio/Matteucci (Hg.), Diccionario de politica, Mexiko 1986, S. 1031

(4) Garcia-Pelayo, Manuel, Los mitos politicos, Madrid 1981, S. 20

(5) Ebd. S. 26

(6) Vgl. Anmerkung 3

(7) Cassirer, Ernst, El mito del estado, Mexiko 1947

(8) Garcia-Pelayo, S. 23f

(9) Welsch, Friedrich, Zwischen Bolivarkult und Kult des Bolivar, Venezuelas Probleme mit der Venezolanität, in: Nachrichten der Deutsch-Venezolanischen Gesellschaft, 3-4/1985, S. 179-181

(10) Ders., Im Namen Bolivars, in: ILA 153/1992, S. 30-31

(11) Werz, Nikolaus, Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika, Freiburg 1991

Strukturanpassung und das produzierende Kleingewerbe

Aufgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit seiner Regierung hat sich Jerry Rawlings, erster Sekretär des "Provisional National Defence Council" und damit Staatsoberhaupt Ghanas, 1983 bereiterklärt, mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank längerfristig zusammenzuarbeiten. Das Ziel, die verschuldete Volkswirtschaft zu sanieren und eine sich selbst tragende Entwicklung zu initiieren, versucht die Regierung seitdem durch die konsequente Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme zu verwirklichen.

Dazu werden mehrere Strategien gleichzeitig verfolgt: eine Ausgabenreduzierung der öffentlichen Hand bei gleichzeitiger Einnahmensteigerung soll den defizitären Staatshaushalt entlasten; die zur Verfügung stehenden knappen finanziellen Ressourcen sollen einerseits in den Exportsektoren Kakao und Holz eingesetzt werden, wo sich die meisten Devisen zur Aufrechterhaltung des Schuldendienstes erwirtschaften lassen und andererseits diejenigen inländischen Wirtschaftssektoren unterstützen, die die heimischen Rohstoffe verarbeiten und damit den Bedarf an ausländischen Krediten verringern. Zu dieser letzten Kategorie gehören die privaten Klein- und Mittelbetriebe des metall-, holz- und textilverarbeitenden Gewerbes, die ihre Einsatzprodukte von Industrien besonders in der Hauptstadt Accra und dem nahegelegenen Tema beziehen.

Diese Privatbetriebe stellen das entwicklungsfähige Potential des wirtschaftlichen Aufschwungs Ghanas dar. Eine effizientere Nutzung der eingesetzten Arbeitskräfte und des Kapitals soll - so die Vorstellung der Weltbank und der ghanaischen Regierung - die Absatzchancen der Klein- und Mittelbetriebe auf den Produktmärkten erhöhen, wo sie mit den Großbetrieben konkurrieren. Die dadurch entstehenden Einkommens- und Beschäftigungseffekte würden in einer nachhaltigen gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtssteigerung resultieren, ohne daß kontinuierlich auf ausländische Kredithilfe zurückgegriffen werden müßte. Unabdingbare Voraussetzung für diesen Prozeß ist die Beseitigung von einseitiger Protektion sowie Markt- und Ressourcenzugangsbehinderungen, denn erst danach können sich - entsprechend der liberalistischen Theorie der Weltbank - alle Produktivkräfte optimal entfalten.

Aus diesen Gründen sind Liberalisierung und Privatisierung seit Beginn der Zusammenarbeit Ghanas mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die entscheidenden Instrumente auf dem Weg einer sich selbst tragenden Entwicklung. Daß sich die in den letzten 10 Jahren getroffenen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Zieles allerdings zu Lasten der eigentlichen Zielgruppe der Kleinbetriebe auswirkten, soll an den folgenden Beispielen verdeutlicht werden.

Steigender Wettbewerb durch Privatisierung staatlicher Betriebe

Im Zuge der Privatisierung staatlicher und halbstaatlicher Betriebe wurden von 1987 bis 1989 rund 125.000 Beschäftigte entlassen, davon allein 20.000 aus der staatlichen Kakaovermarktungsbehörde. Sehr vielen der Entlassenen blieb nur die Wahl, sich innerhalb der Hauptstadt im informellen Kleingewerbe zu engagieren; deutlich nimmt die Zahl derer zu, die sich seit den frühen 80er Jahren selbständig gemacht haben. Der zunehmende Konkurrenzdruck wirkt sich negativ auf die Möglichkeiten der Kleinunternehmer aus, ihren Bargeldbedarf zu erwirtschaften, wie eine Befragung von 96 metallverarbeitenden Kleinbetrieben in Accra 1991 zeigt.[1] Um ihre Einkommen zu stabilisieren, versuchen diese mit festen Kunden zusammenzuarbeiten, in aller Regel Geschäftsbesitzern oder Wiederverkäufern. Letztere wissen allerdings um die Situation der Produzenten und nutzen ihre stärkere Position aus: So wird die Ware nicht bei Fertigstellung sondern erst nach dem Verkauf bezahlt, eine Vorfinanzierung gibt es kaum, und der Preis wird den Produzenten vorgeschrieben.

Nun könnte man vermuten, die Produ-



Prestigehotel in Accra (Joint Venture Projekt mit französischen Investoren)

zenten hätten ähnliche Handlungsspielräume gegenüber ihren Rohstofflieferanten. Nach der Theorie gewährleistet dies der Wettbewerb zwischen den Anbietern. Aber dieser funktioniert nicht - beispielhaft sei dies am metallverarbeitenden Gewerbe dargestellt: Da die Rohstoffe (Metallplatten der Größe 2x3 Meter) schwer zu transportieren sind und die Produzenten über keine Transportmittel verfügen, sind sie sehr stark auf die Rohstoffverkäufer in unmittelbarer Nähe ihrer Produktionsstätten angewiesen. Auch diese wissen um die Situation der Produzenten und deren räumliche Immobilität und nutzen dies durch Preisabsprachen aus.

Liberalisierung des Steuersystems

Der Zwang, Mittel zur Finanzierung des defizitären Staatshaushaltes bereitzustellen, führte zu einer Liberalisierung des Steuersystems. Die Kosten der Anpassung auf alle Bevölkerungsschichten zu verteilen und nicht mehr nur durch progressive Einkommenssteuern die Besserverdienenden zu belasten, ist oberstes Ziel der Steuerreform. Bei relativ konstantem Anteil der Steuereinnahmen an allen Staatseinnahmen (1983: 81%; 1991: 84%) stiegen die Anteile der indirekten Steuern von 1983 bis 1991 um 21%, darunter die der Mineralölsteuer um 12%.

Für die Beschäftigten der Kleinbetriebe, die ständig auf der Suche nach neuen Absatz- und Rohstoffmärkten und deshalb auf das Transportsystem angewiesen sind, wirkt sich die Benzinpreiserhöhung besonders deutlich aus: Kostete eine Gallone Benzin schon im Jahre 1983 21 Cedi (bei einem nominalen Mindestlohn von 25 Cedi pro Tag), so mußten 1990 bereits 360 Cedi (bei einem nominalen Mindestlohn von 218 Cedi pro Tag) bezahlt werden. Hier trafen die Auswirkungen des zweiten Golfkrieges die ghanaische Bevölkerung besonders hart, denn die Mineralölpreise stiegen Anfang 1991 sprunghaft auf 999 Cedi pro Gallone (eine Minimallohnerhöhung auf 460 Cedi pro Tag erfolgte erst im August).

Um die Anreize für eine Betätigung im privaten Sektor zu erhöhen und die Kosten für die einkommensschwachen Haushalte zu senken, hat die Regierung die Besteuerungsgrundlage der direkten Steuern geändert: Besonders die Anhebung der Untergrenze der zu versteuernden Einkommen ist nach offiziellen Angaben eine direkte Unterstützung der Kleinbetriebe; in Wirklichkeit ist sie jedoch nur die rechtliche Bestätigung einer bereits praktizierten "Steuerbefreiung", denn die Kleinunternehmer konnten bisher noch jede Möglichkeit nutzen, die steuerrechtliche Erfassung zu umgehen. Ganz anders dagegen die Reduzierung der Steuerlast für die einkommensstarken Haushalte: Ihre niedrigeren Beiträge wirken sich negativ auf die Staatseinnahmen aus und verschärfen dadurch den Druck auf die Regierung, nach neuen Einkommensquellen zu suchen, die schließlich wieder in einer Mehrbelastung der Kleinbetriebe resultieren wird.

Die Einkommensschere

Nicht nur die Benzinpreise haben seit Beginn der Strukturanpassung stetig zugenommen, gleiches gilt für die Verbraucherpreise, die von 1983 bis 1990 um rund 600% wuchsen. Allein die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, Reis oder Bohnen haben sich nahezu verdreifacht; Brennstoff für die Zubereitung der Mahlzeiten ist für viele nur noch in kleinen Rationen erschwinglich. Zusätzlich verschärft wurde diese Situation durch den sukzessiven Abbau der Nahrungsmittelsubventionen infolge der Einsparungsmaßnahmen der ghanaischen Regierung. Umfaßte die Liste



Erste private Kleingießerei in der Ashanti Region

der festgelegten Preise 1981 noch mehr als 40 Güter, so wurde sie sukzessive bis 1985 auf acht Güter des täglichen und längerfristigen Bedarfs reduziert.

Für die Kleinbetriebe führten die allgemeinen Preissteigerungen zu einer Ausgabensteigerung, die sie aufgrund der geringen Beeinflußbarkeit ihrer Produktpreise nicht durch steigende Einnahmen kompensieren konnten. Dem Zwang, mehr Bargeld als bisher zu erwirtschaften, konnten sie aufgrund der bestehenden Wettbewerbsbehinderungen und des steigenden Konkurrenzdruckes nur durch niedrigere Verkaufspreise begegnen. So ist es keine Ausnahme, daß sich der Einkaufspreis für Rohstoffe bei den Produzenten von Metallkoffern in den letzten zwei Jahren um 20% erhöht hat, bei gleichzeitiger Senkung des Verkaufspreises aus Wettbewerbsgründen um 50%.

Das PAMSCAD-Programm: Die ungleiche Verteilung knapper Förderungsmittel

Daß sich die Situation für viele Menschen in den städtischen Zentren Ghanas und besonders der Hauptstadt Accra verschlechtert hat, veranlaßte Weltbank und Internationalen Währungsfond im Jahre 1988 zur Finanzierung eines "Programmes zur Abfederung der sozialen Kosten der Anpassung" (PAMSCAD). Insgesamt 23 Projekte mit einem Volumen von rund 85 Mia US$ wurden von 1988 bis 1990/91 finanziert. Ein Schwergewicht lag auf den Wiedereingliederungsprogrammen der im Zuge der Privatisierung entlassenenen Staatsbeamten sowie auf für zwei Jahre befristeten Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen. Für die Kleinproduzenten, die nunmehr als von den Auswirkungen der Strukturanpassung besonders betroffen galten, wurden Kleinkreditprogramme ausgearbeitet und eine eigene Förderungsinstitution, das "National Board for Small-Scale Industries" (NBSSI) finanziert. Doch auch nach drei Jahren Unterstützung durch PAMSCAD muß für die Kleinproduzenten eine negative Bilanz gezogen werden, denn die Maßnahmen von PAMSCAD sind lediglich einer kleinen Gruppe zugänglich.

Durch die Wiedereingliederungsprogramme fanden nur 45.000 der entlassenen 125.000 ehemaligen Staatsbeamten eine neue Lohnarbeitsstelle. Und für die Jahre 1990 bis 1992 wird mit der Entlassung von weiteren 40.000 Angestellten gerechnet, die den Konkurrenzdruck im informellen Kleingewerbe weiter verschärfen werden. Bei den Kreditprogrammen und den vom NBSSI durchgeführten Berufskursen fällt auf, daß die geforderten Sicherheiten und Voraussetzungen für die Mehrheit der Kleinunternehmer nicht zu erfüllen sind. So muß für die Inanspruchnahme eines Kredites des "Small Scale Loan Scheme" der Wert der Sicherheit 15% der zur Verfügung gestellten Finanzmasse betragen, die Zinsrate beträgt 20%, zahlbar nach einer sechsmonatigen Karenzzeit, und jeder Antragsteller hat zwei Bürgen (der mit seinem Eigentum im Umfang der Gesamtschuld haftet) zu benennen. Ähnlich selektiv gestaltet sich die Teilnahme an den Fortbildungskursen des NBSSI: So ist bei Teilnahme an einem Ausbildungskurs für Metallverarbeiter eine Gebühr von 1500 US$ zu entrichten, eine Summe, die bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst um 150 US $ aufzubringen für die Mehrzahl der Kleinbetriebe nicht möglich ist.



Aus alt mach' neu. Fässer werden zu Holzöfen recycelt.

Die Verschärfung sozialer Ungleichgewichte

Besonders in bezug auf das produzierende Gewerbe wird deutlich, daß noch immer die Hoffnung der ghanaischen Regierung besteht, über eine Produktionserhöhung der Klein- und Mittelbetriebe zu einem wirtschaftlichen Aufschwung zu gelangen. Entsprechend werden Förderungsmaßnahmen konzipiert, die Zielgruppen ausgewählt und schließlich die knappen finanziellen Ressourcen verteilt. Fraglich erscheint dieses Vorgehen insbesondere für die seit der Strukturanpassung zahlenmäßig immer größer werdende Kleinstunternehmerschicht im "informellen Sektor": Sie wird nicht nur von den Maßnahmen im Zuge der Strukturanpassung hart getroffen, sondern bleibt auch noch von den Förderungen zur Abfederung der sozialen Kosten unberücksichtigt. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Strukturanpassungsprogramme, die auf die reale Situation Ghanas wenig Rücksicht nehmen und zunehmend die sozialen Folgen ihrer Maßnahmen über Sonderprogramme zu kompensieren versuchen, an der Verschärfung sozialer Ungleichgewichte maßgeblich beteiligt sind - ein ihrer Zielsetzung diametral entgegengesetztes Resultat.

Matthias Drilling

Anmerkung:
1) Unveröffentlichte Studie des Autors zum metallverarbeitenden Gewerbe in Accra

Literatur:

Chahoud, Tatjana (1988): Zwischenbilanz der Anpassungspolitik: Die Weltbank auf dem Weg zu einer neuen Politik der Armutsbekämpfung? In: Peripherie 33/34.

Drilling, Matthias: Theoriegeleitete Untersuchung zum informellen Sektor am Beispiel der Stadt Accra/Ghana. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Geographisches Institut. Freiburg 1992.

Ewusi, Kodwo: Structural Adjustment and Stabilization Policies in Developing Countries. A Case Study of Ghana's Experience in 1983-1986. Accra 1987.

West Africa Ausgabe 1988 mit Themenschwerpunkt "Economic Recovery Programme" und PAMSCAD.

World Bank (1984): Ghana: Policies and Program for Adjustment. Washington.

International Monetary Fund (1991): Ghana: Adjustment and Growth 1983-1991. Washington.

Völkermord durch Entwicklung

Die Küstenbevölkerung Bangladeschs ist nicht nur mangels eines effektiven Schutzes einer ständigen Bedrohung durch Überschwemmungen ausgesetzt, durch den forcierten Ausbau von Garnelenfarmen wird ihr auch zunehmend ihre Lebensgrundlage entzogen (siehe blätter des iz3w 182, S.32ff). Zigtausende müssen deshalb auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen ins Landesinnere umsiedeln, u.a. in die 'Chittagong Hill Tracts'. In dieser Region vollzieht sich schon seit zwanzig Jahren ein schleichender Völkermord an der autochthonen Bevölkerung - von der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert, von Entwicklungshilfeorganisationen negiert. Wolfgang Mey beschreibt die angespannte Situation in der von der Armee kontrollierten Bergregion.



Demonstration der Hill-Tracts Bewohner

Die Situation in dieser im Grenzgebiet zu Burma liegenden Region spitzt sich weiter zu. Seit zwanzig Jahren versucht die Armee, die ca. 5.000 Mitglieder umfassende Guerillaorganisation "Shanti Bahini" der autochthonen Bevölkerung zu zerschlagen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen forderten in den letzten zehn Jahren 100.000 Opfer. Über 50.000 Soldaten, d.h. etwas mehr als die Hälfte der Armee Bangladeschs, sind in den Chittagong Hill Tracts stationiert.

Im Februar dieses Jahres starben dreißig Menschen bei einer von Armeeangehörigen verursachten Explosion in einem Bus. Menschenrechtsorganisationen in Bangladesch berichten, daß am 10. April Armeeangehörige und bewaffnete bengalische Siedler ein Massaker an der autochthonen Bevölkerung verübt haben. Ca. 1.200 Menschen sind dabei getötet worden. Viele sind nach Indien oder in die unfruchtbaren Gebiete der Bergregion geflüchtet.

Die Armee gibt den Ton an

Auf dem jährlichen Treffen der internationalen 'Bangladesch Aid Group' am 21. April dieses Jahres wurde über das Massaker nur am Rande gesprochen. "Dieser Aspekt der bengalischen Innenpolitik hatte in den letzten Jahren beim Entwicklungsdialog mit der Regierung Bangladeschs einen untergeordneten Stellenwert", gibt der Leiter der deutschen Delegation, Herr Preuß vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu. Auch das Büro der Weltbank in Bangladesch toleriert die Politik der Regierung. "Die Besiedlung der Hill Tracts und die sich daraus ergebenden Probleme sind ein zwangsläufiger Prozeß. Es ist ein Glück, daß die Militärs in den Hill Tracts sind," meint der Leiter des Büros. Das Militär verhindere das gegenseitige Töten von bengalischen Siedlern und autochthoner Bevölkerung. Der im Februar dieses Jahres veröffentlichte Bericht einer internationalen Menschenrechtsorganisation, die sich Ende 1989 in Bangladesch aufhielt, kommt zu einem anderen Schluß: Die Armee sei für den drohenden Völkermord in den Chittagong Hill Tracts verantwortlich.

Einer offiziellen Schätzung zufolge sollen heute etwa 791.000 Menschen in den Chittagong Hill Tracts leben, davon, so wird angenommen, sind 480.000 Angehörige der Bergvölker und 311.000 Bengalen. Andere Schätzungen gehen von einer weit höheren Zahl bengalischer Siedler in den Chittagong Hill Tracts aus. Diese bengalischen Bauern wurden fast alle im Rahmen großer, von Armee und Zivilverwaltung organisierter Ansiedlungsaktionen in die Berge gebracht. Sie wurden auf dem Land der Bergbauern angesiedelt, die durch Serien von Massakern durch Armee, paramilitärische Kräfte und bewaffnete bengalische Siedler vertrieben worden waren. Als Folge haben etwa 70.000 Angehörige der Bergvölker die Chittagong Hill Tracts verlassen und Schutz im benachbarten Indien gesucht.

Die Bergvölker haben jedoch Vertreibung und Massaker nicht widerstandslos hingenommen und ihre eigene Widerstandsorganisation, die 'Shanti Bahini' aufgebaut. Die Existenz der Untergrundkräfte

bietet auch heute noch die offizielle Begründung für die Anwesenheit des Militärs in den Bergen.

Die Armee gibt in den Chittagong Hill Tracts den Ton an. Zwar haben Wahlen in Bangladesch stattgefunden, doch in den Chittagong Hill Tracts sind heute noch die unter Ershad 'gewählten' zivilen Vertreter an der Macht. Diese können sich ebensowenig wie die drei Parlamentsabgeordneten, die der oppositionellen Awami-Liga angehören, dem Druck des Militärs entziehen. Die zivile Verwaltung ist formal zwar unabhängig, doch in Wirklichkeit werden alle Entscheidungen in den Militärlagern getroffen. So zum Beispiel ist der Oberkommandierende der 24. Infanteriedivision, die in Chittagong stationiert ist und in deren Aufgabenbereich die Bekämpfung des Aufstandes in den Chittagong Hill Tracts fällt, qua Amt Vorsitzender der obersten, für die Chittagong Hill Tracts zuständigen Entwicklungsbehörde, des Chittagong Hill Tracts Development Board (CHTDB). Nach außen, in den Tageszeitungen und internationalen Verlautbarungen, wird die friedensstiftende Rolle des Militärs immer wieder hervorgehoben. Doch intern hat das Militär eine Aufgabe, die zu seinen in der Öffentlichkeit weniger beachteten Funktionen zählt: die Unterwerfung der Autonomiebewegung der Bergvölker durch das, was man national und international gerne als 'Entwicklung' bezeichnet.

Bis heute gelten die Chittagong Hill Tracts als unterentwickelt, ihre Bewohner als primitiv. Die ersten Pläne zur Ausbeutung der Ressourcen der Chittagong Hill Tracts wurden zwar bereits in den fünfziger Jahren entwickelt, doch erst in den sechziger Jahren wurde mit dem Bau eines Staudammes, dessen Seefläche 40% des besten Ackerlandes der Bergbauern überflutete, mit der 'Entwicklung' des Berggebietes Ernst gemacht. Andere Entwicklungsprojekte seitens der Regierung scheiterten oder wurden erst nach dem Unabhängigkeitskrieg 1970/71 wieder aufgenommen. Seit damals gilt die Regel, daß die natürlichen Rohstoffe der Berge als Teil des nationalen Reichtums zu betrachten und folglich auch im Interesse des 'nationalen Ganzen' auszubeuten seien. Der Staat gilt als oberste Modernisierungsinstanz. Seine Aufgabe ist es, 'Entwicklung' voranzutreiben.

Als Teil eines landesweiten Planes zur Minderung des Bevölkerungsdrucks und der Armut in den bengalischen Ebenen Bangladeschs wurden seit 1979 im Rahmen staatlicher, vom Militär organisierter Programme bis heute knapp 400.000 landlose bengalische Bauern in den Chittagong Hill Tracts angesiedelt. Diese gewaltige Bevölkerungsverschiebung war nur militärisch, nämlich durch Bekämpfung des Widerstands der zugunsten der Bengalen vertriebenen Bauern durchführbar. Es gelang den damaligen Militärherrschern, internationale Mittel, die offiziell der Entwicklung der Chittagong Hill Tracts zugute kommen sollten, für die Militarisierung der Berge einzusetzen. Diese Maßnahmen wurden von der australischen Regierung seinerzeit als "schwerster Mißbrauch von Entwicklungshilfe" charakterisiert.

Vom selbständigen Bauern zum Plantagenarbeiter

Die Militärherrschaft in den Chittagong Hill Tracts hat auch durch die Vertreibung des Diktators Ershad keine Wendung genommen. Sie hat vielmehr unter dem Deckmantel der Demokratisierung eine neue Qualität angenommen, denn in den Bergen hat nun im politischen Milieu der Redemokratisierung die alte Politik von Verfolgung und Völkermord ein neues Gesicht erhalten. Abgesehen von der an Intensität zunehmenden Verfolgung der Bergvölker durch bengalische Siedler und militärische und paramilitärische Einheiten nimmt das, was Entwicklung genannt wird, eine zentrale Funktion in der Strategie der Enteignung und ökonomischen Zurichtung der Bergvölker ein.

Das wenige flache Land, das den Anbau von Wasserreis und damit mehrere Ernten im Jahr ermöglicht, wird nach Vertreibung der Besitzer den bengalischen Siedlern übertragen. Die landlos gemachten Bauern der Chittagong Hill Tracts werden vom Militär in Sammeldörfern zwangsangesiedelt und dann als abhängige Arbeitskräfte in der Plantagenwirtschaft zur Arbeit herangezogen.

Das Anlegen von Gummi- und Teakplantagen nimmt im Rahmen der Entwicklung der Chittagong Hill Tracts und ihrer Eingliederung in den nationalen Markt eine zentrale Rolle ein. Die Plantagen können erst nach der Vertreibung und dem Landraub an den Bergbauern errichtet werden. Freie Bauern gehen nicht in Plantagen, um dort Lohnarbeit zu verrichten. Also mußte diesen Bauern die Existenzgrundlage entzogen werden, damit sie als Lohnarbeiter zur Arbeit auf den Plantagen gezwungen sind. Die Asiatische Entwicklungsbank beteiligt sich mit Krediten, die über sechzig Prozent der Investitionskosten abdecken, an diesen Maßnahmen.

Alle Programme, egal, ob es sich um 'Aufforstungsmaßnahmen', um Straßenbau, um soziale Dienste (das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen ist in diesem Sektor tätig) oder um die Errichtung von Schulen und Krankenhäusern handelt, sind erklärtermaßen militärischen Zielen untergeordnet: der Operationsraum der Widerstandsorganisation der Bergvölker soll zunehmend eingeengt werden, die 'Shanti Bahini' sollen von der Bevölkerung isoliert und schließlich vernichtet werden. Die Bergbevölkerung wird durch Übergriffe der Militärs, paramilitärischer Kräfte und angesiedelter Bengalen in einem Zustand der Angst und Unsicherheit gehalten.

Die Kultur der Bergvölker ist einer zweifachen Vernichtungsstrategie ausgesetzt. Sie wird einerseits ihres Zusammenhangs beraubt und folklorisiert. Dadurch wird sie partiell für den Markt verwertbar gemacht. Andererseits werden durch systematische Angriffe, wie zum Beispiel die Zerstörung von Tempeln, Heiligtümern und Kirchen, die Ermordung von Priestern und Mönchen, die Unterdrückung der freien Religionsausübung und mit Hilfe von Zwangskonvertierungen zentrale Lebensbereiche zerstört.

Sowohl die politische Führung als auch das Militär in Bangladesch versichern, insbesondere gegenüber Vertretern internationaler Organisationen und Entwicklungshilfeinstanzen, daß die Verhältnisse in den Chittagong Hill Tracts sich ständig verbessern und die Probleme politisch gelöst werden. Einen Beweis für ihren Friedenswillen erbrachte kürzlich die Armee: Am 10.April dieses Jahres wurden in einem Sammeldorf in den Chittagong Hill Tracts 1200 Angehörige der Bergvölker von bengalischen Bauern unter aktiver Beteiligung des Militärs in ihren Häusern lebendig verbrannt.

Wolfgang Mey

Die heute in drei Distrikte untergliederten Chittagong Hill Tracts bilden die südöstliche Region der Volksrepublik Bangladesch. Dieses Waldgebiet hat eine durchschnittliche Höhe zwischen 500 und 700 Metern und macht mit 5.095 Quadratmeilen 1/10 der Fläche von Bangladesch aus.

In diesem Berggebiet leben traditionell zwölf Völker, die Chakma, Taungchengya, Marma, Tripura, Brong, Mru, Khumi, Bawm, Panghkua, Mizo, Khyang und Sak. Sie sind während der letzten vierhundert Jahre in die Chittagong Hill Tracts eingewandert und sind damit die ersten Siedler in diesen Bergen. Diese Bergvölker sind mehrheitlich Buddhisten, seltener Hindus und Christen, einige glauben an die Beseeltheit der Natur. Ihre Sprachen gehören fast alle zur tibeto-birmanischen Sprachgruppe, und kulturell sind sie mit den Bergvölkern Birmas und Hinterindiens verwandt. Durch Herkunft, Sprache und Kultur unterscheiden sie sich von den Bengalen, der Bevölkerung der Ebene.

1860 wurden die Chittagong Hill Tracts von den Briten annektiert und in das indische Kolonialreich integriert. Wie viele andere 'Stammesgebiete' in Hinterindien wurden die Chittagong Hill Tracts als 'excluded area' mit ihrer ethnisch und kulturell von den Bewohnern der Ebene unterschiedlichen Bevölkerung unter gesonderte Verwaltung gestellt, die direkt dem Generalgouverneur unterstand. Mit Verabschiedung der Verfassung von Bangladesch (1971) wurde der Sonderstatus der Chittagong Hill Tracts abgeschafft.

Die Räte von Peñalolén

In Peñalolén, östlich von Santiago de Chile, besetzten im Juni 1992 erstmals seit Beginn der Redemokratisierung rund 4000 Menschen ein Gelände, um sich Wohnraum zu verschaffen. Boris Scharlowski, der die BesetzerInnen mehrfach besuchte, schildert die Probleme, mit denen sich die LandbesetzerInnen auseinandersetzen müssen.

Es ist erstaunlich, was hier in vier Wochen geleistet worden ist. An die Stelle von Zelten sind kleine aus Holz gezimmerte Baracken getreten, die zwar keinen hundertprozentigen Schutz vor den ungewöhnlich starken Regenfällen des chilenischen Herbstes bieten, sich aber mit Sicherheit besser bewähren werden als einige Millimeter Nylonplane. Doch das Leben in den Hütten ist beengt. Häufig leben bis zu fünf Familien auf ungefähr achtzehn Quadratmetern. Die ansehnlichsten Hütten werden gemeinsam genutzt: ein Gesundheitsposten und ein kleines Versammlungszentrum.

Bisher gibt es weder Wasser noch Strom, und doch existieren bereits fünf kleine Läden, in denen Lebensmittel verkauft werden. Die Häuser tragen Nummern und die Straßen Namen: Victor Jara, Pablo Neruda oder 19.Juni, der Tag an dem sich, noch vor der Dämmerung, die Familien dieses Stück Land genommen hatten. Damals waren sie erst einmal von einigen schwerbewaffneten und für solche Einsätze wohltrainierten Hundertschaften der Polizei verjagt worden. Die Familien verschwanden aber nicht, sondern zogen lediglich den Berg einige hundert Meter hinauf.

'Allegados' und 'tomas de terreno'

'Allegados' gibt es vor allem in Chiles Ballungszentren. Es sind Menschen, die sich keine eigene Unterkunft leisten können. So wohnen ganze Familien bei Freunden oder Verwandten, die selber häufig kaum Platz haben. In den meisten 'poblaciones' (Stadtteilen) gibt es Komitees, die versuchen, diese 'allegados' zusammenzubringen und ihnen beim Bau eines Hauses oder bei der Koordinierung einer Landbesetzung zu helfen.

Schon in der Zeit der Pinochet-Dikatur hatte es zwei 'tomas' (Besetzungen) gegeben. In beiden Fällen wurde brutal gegen die Besetzer vorgegangen. Allerdings ließen sich diese nicht einschüchtern, und es wurden ihnen schließlich an verschiedenen Orten der Region Santiago Gebiete zugewiesen, wo sie - zeitweise unter Bewachung - leben konnten.

Das Erbe der Diktatur

Die heutige Situation ist vor allem den massiven Umsiedlungsaktionen der Jahre 1979 bis 1985 und der Kommunalreform Pinochets geschuldet. Mit dem Ziel der 'sozialen Homogenisierung' wurde versucht, die armen Bevölkerungsschichten aus den Zentren in die Vorstädte umzusiedeln. Manche Kommunen der Peripherie hatten einen Bevölkerungszuwachs von über zehn Prozent zu verzeichnen. Während in den Zentren immer mehr Gelände brachlag, war häufig Baugelände, das sich im Besitz der am Rande gelegenen Kommunen befand, in kürzester Zeit vergeben.

Auch die Situation in Peñalolén mit seinen 190.000 Einwohnern ist eine Folge des beschriebenen Prozesses. Zu Beginn der achtziger Jahre aus einer Gebietsreform entstanden, mußte es sogleich einen Großteil der Umgesiedelten aufnehmen. Die sozialen Folgen waren erschreckend. 11.000 Familien (etwa 40.000 Menschen) sind heute als 'allegados' registriert, eine Zahl, die für sich spricht.

Die Landbesetzung von Peñalolén fällt nicht nur wegen ihrer Größe aus dem Rahmen. Vor allem die Organisatoren profitieren von ihren Erfahrungen mit anderen Landbesetzungen. Sie kennen die Schwierigkeiten, die entstehen, wenn 3.800 Menschen unter extrem harten Bedingungen zusammenleben müssen.

So entwickelte sich ein System der Selbstverwaltung, das aus vierzehn Komitees besteht, die in sechs Sektoren zusammengefaßt sind. Über den Sektoren steht die Koordination der 'toma'. Während auf den unteren Ebenen jeweils die Bereiche Gesundheit, Hygiene, Schutz und Verwaltung angesiedelt sind, befaßt sich die Führung mit der internen Koordination, mit den Kontakten zu den Solidaritätskomitees, zu den Ministerien und zu Kommunalvertretern. Sogar ein erster Zensus wurde durchgeführt, mit dem Ziel, festzustellen, wieviele Familien hier leben, wie deren finanzielle Situation und der Zustand der Hütten ist.

Solidarität kein leeres Wort

Wie traditionell bei Landbesetzungen in Chile ist auch in Peñalolén die Solidarität mit den Besetzern groß. Nicht nur Organisationen unterstützen die Aktion der Obdachlosen, sondern auch Privatpersonen. Gustavo Villenas, ein 38jähriger Discjockey beherbergte eine obdachlos gewordene Familie für mehrere Wochen. Zum Zeitpunkt der Besetzung schaltete er sich sogleich ein und lebt jetzt mit den anderen Obdachlosen.

Gustavo Villenas nennt als größte akute Probleme mangelnde Hygiene, schlechte Gesundheitsversorgung und die Tatsache, daß viele Kinder, da sie mit ihren Eltern aus anderen Teilen der Stadt gekommen sind, ein Jahr in der Schule verlieren werden. Pädagogikstudenten von der Universidad de Chile haben dieses Problem aufgegriffen. Sie erarbeiten in enger Kooperation mit den Komitees einen Plan, der mit den Mitteln der Besetzer ein pädagogisches Angebot vom improvisierten Kindergarten bis zur Alphabetisierung der Erwachsenen schaffen soll.

Die Chancen für eine Legalisierung durch den Kauf des Geländes stehen allerdings schlecht. Die Verhandlungen mit der Besitzerin sind ins Stocken geraten. Die Besetzer wollen lediglich den per Gesetz festgeschriebenen Preis bezahlen, der zu Beginn der Aktion ein Zehntel des von der Besitzerin geforderten Preises betrug. Als letzte Chance hat sich eine Baufirma eingeschaltet, die das Gelände kaufen möchte, um es dann bebaut an die Besetzer weiter zu verkaufen.

Die Regierung befürchtet bei Tolerierung des Projektes, daß ein solches Beispiel Schule machen könnte. Enrique Krauss, Innenminister und Vizepräsident Chiles scheut sich nicht, auf Besetzungen mit polizeilichen Mitteln zu reagieren. Und so scheint es nur eine Frage der Zeit, bis das Gelände von den Ordnungskräften geräumt werden wird. Die Räte von Peñalolén werden dann, wie sie angekündigt haben, auf der Straße zu finden sein.

Boris Scharlowski
Santiago de Chile

Ist die Megamaschine aufzuhalten? Zwei Antworten

In Rio de Janeiro trafen sich im Juni diesen Jahres tausende von Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und Umweltschützern aus allen Teilen der Welt in der Hoffnung, die ökologischen Probleme des Planeten Erde ihrer Lösung einen Schritt näher zu bringen. Wie erwartet wurde auch diese Mammutkonferenz ein Fehlschlag.

Die globale Umweltpolitik steckt zweifellos in einer großen Krise. Modernisierer gegen Radikalökologen, Industriestaaten gegen Entwicklungsländer, die USA gegen den Rest der Welt - einheitliche Vorstellungen über den Weg zu einer ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Gesellschaftsform existieren nicht.

Nachdenken tut also not. Im deutschsprachigen Raum sind in jüngster Zeit zwei Bücher erschienen, die auf unterschiedliche Art und Weise mit diesem Dilemma umgehen. Lothar Mayers Systemkritik am Kapitalismus und Stephan Hesslers Versuch, neueste Erkenntnisse aus den Naturwissenschaften auf die Umwelt- und Entwicklungspolitik zu übertragen.

Lothar Mayers Buch trägt den bezeichnenden Titel "Ein System siegt sich zu Tode. Der Kapitalismus frißt seine Kinder". In einem gut formulierten und mit einem ausführlichen und anschaulichen Glossar versehenen apokalyptischen Szenario entwirft Mayer das Bild einer kapitalistischen Weltgesellschaft, die die Erde zwangsläufig in den Untergang führen wird. Dem System Kapitalismus wohnen, so Mayer, Mechanismen inne, die eine Vereinbarkeit des Kapitalismus mit der Erhaltung der Biosphäre prinzipiell ausschließen.

Mayers Stichwort in diesem Zusammenhang heißt Entropievermehrung. Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik besagt, daß in einem geschlossenen System bei jeder Umwandlung von Energie in einen anderen Zustand (Beispiel: Verbrennen von Holz) ein Verlust verfügbarer Energie auftritt. Die Menge nicht mehr verfügbarer Energie wird als Entropie bezeichnet.

Die "Todsünde" des kapitalistischen Systems besteht nach Mayer nun darin, daß es sich hemmungslos "auf die Seite der Entropie schlägt". Der Kapitalismus kann gar nicht anders, als auf immer höherem Niveau immer größere Mengen an Entropie zu produzieren.

"Die kapitalistische Wirtschaft...gleicht einem Motor, der mit seiner Treibstoffpumpe starr verbunden ist. Je schneller er sich dreht, desto mehr Treibstoff wird ihm zugeführt, desto schneller dreht er sich, und so weiter, und so weiter, und so weiter." Der Untergang wäre so vorprogrammiert. Das "Krebsgeschwür" Kapitalismus wird "alle Rohstoffe, und schließlich auch alles Leben in der Biosphäre des Planeten in sich hineinfressen, es verdauen und als Unrat wieder ausscheiden - bis zu seiner eigenen Vernichtung." Schöne Aussichten!

Diese Grundannahme bestimmt die weitere Argumentation Mayers. Menschen, die immer noch daran glauben, der Kapitalismus sei ökologisch reformierbar, hält er für "nützliche Idioten", denn sie entlasten das kapitalistische Wirtschaftssystem vom Druck der sich verschlechternden Verhältnisse. "Es scheint, daß diese Megamaschine (Lewis Mumford) durch nichts aufzuhalten sein wird, schon gar nicht durch Einsicht. Ihre Dynamik ist ungebrochen. Der sogenannte ökologische Umbau der Industriegesellschaft, den inzwischen die Parteien aller Schattierungen zumindest im Munde führen, wird sie, so weit er durchsetzbar ist, als "öko-soziale Marktwirtschaft" noch unangreifbarer machen und ihre Überlebensfrist verlängern."

Jede Form von wirtschaftlicher Entwicklung steigert die Entropie. Einziger Ausweg aus dem Zielkonflikt zwischen Umwelt und Entwicklung kann daher nur Nicht-Entwicklung oder die "Magerkost einer niederentropischen Entwicklung sein."(Hessler)

An dieser Stelle eine Warnung des Rezensenten: Die LeserInnen werden es schwer haben, von dem Mayerschen Argumentationsstrudel nicht in die Tiefe gerissen zu werden und das Buch - aller Illusionen und Hoffnungen beraubt - aus der Hand zu legen, und im Garten ein letztes Apfelbäumchen zu pflanzen. Doch entwickeln Entropisten wie Mayer immer wieder das erstaunliche Talent, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen.

Lothar Mayer vermittelt uns die tröstliche Erkenntnis: "Nur wer seinen unvermeidlichen Tod akzeptiert, kann lernen, in seinem Schatten frei und gelassen zu leben." Darüber hinaus bleibt für Mayer ein "irrationaler Funke Hoffnung". Mayer hofft, die Konfrontation mit dem "selbstbereiteten Untergang" werde "zu dem Aufblühen eines von vielen einzelnen und zahllosen Subkulturen erwarteten und ersehnten gemeinsamen Menschheitsbewußtseins führen","...ein neues, über unser enges, selbstsüchtiges, angsterfülltes Ich hinausgehendes Bewußtsein...", "...ein Sich-eins-fühlen mit dem Ganzen" (Bitte anschnallen und abheben, empfiehlt der Redakteur).

Für die Entstehung eines solchen Bewußtseins gibt es verschwindend geringe Anzeichen. Aber, so Mayer:"es ist die einzige Hoffnung."

Im Gegensatz zu Mayers esoterischer Hoffnung auf Bewußtseinsänderung versucht Stephan Hessler, die in seinen Augen künstliche Trennung von Natur- und Sozialwissenschaften zu überwinden und Erkenntnisse aus dem Zweig der Chaos- und Systemtheorie auf entwicklungspolitische und ökologische Zusammenhänge zu übertragen.

Chaostheorie ist der eingängige populärwissenschaftliche Oberbegriff für eine ganze Reihe von neuen Denk- und Analyserichtungen in den Naturwissenschaften (etwa Synergetik, Theorie der Selbstorganisation, Fraktale Geometrie, Quantentheorie u.a.), die die Welt nicht mehr, wie noch Newton oder Descartes, linear-kausal erklären, sondern als dynamisches, ständigen Wandlungen unterworfenes System betrachten.

Hessler versucht, im ersten Teil seines Buches die naturwissenschaftlichen Grundlagen für diese neuen Ansätze darzustellen. Nun mögen gewiß manche Physiker ob der groben Verkürzungen in der Hesslerschen Darstellung die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, dem nicht-naturwissenschaftlich gebildeten Rezensenten schien die Zusammenfassung jedenfalls ausgesprochen gelungen, anschaulich und verständlich zu sein.

Hessler baut in seiner Darstellung eine Gegenposition zu der entropietheoretischen Weltsicht auf. Die thermodynamischen Gesetze gelten für geschlossene Systeme, daran besteht kein Zweifel. Die belebte Natur zeichnet sich jedoch gerade dadurch

aus, daß sie aus offenen Systemen besteht, die "ihre komplexen Formen und Funktionen durch ständigen Austausch von Energie und Materie mit ihrer Umwelt aufrechterhalten."(Koestler)

"Besäße die Entropietheorie universelle Gültigkeit, dann müßte unser Gehirn mit jedem Gedanken, den wir 'verschwenden', wie ein Ottomotor verschleißen, wir würden von Gedanken zu Gedanken dümmer und dümmer, bis das Gehirn schließlich 'seinen Geist aufgibt'. Glücklicherweise aber wissen wir, daß während eines nicht unerheblichen Zeitraumes seiner Lebensdauer das Gehirn andersherum funktioniert, zu neuen Einsichten gelangt und Grenzen überschreiten kann."(Hessler)

Lebende Systeme weisen also bestimmte Eigenschaften auf, die mögliche Auswege aus dem thermodynamischen Dilemma anbieten. So nutzt belebte Natur beispielsweise die Sonne als Energiebasis. Die Energieentropie eines lebenden Organismus kann daher gering, gleich Null oder auch negativ sein.

Grundlage für die Übertragbarkeit der neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse auf Fragen der Entwicklungspolitik bildet für Hessler die Theorie der Selbstorganisation. Leben, Dynamik und Fortschritt entstehen nach der Theorie der Selbstorganisation nur durch Entfernung vom Gleichgewicht. Die Natur ist in ständiger Bewegung, zusammengesetzt aus dynamischen, offenen Systemen. Um sich an veränderte Umweltbedingungen anpassen zu können, müssen sich dynamische Systeme immer wieder vom Zustand des Gleichgewichtes entfernen. Fern vom Gleichgewicht durchläuft ein System Phasen der Unstetigkeit, des Chaos, in denen ein System selbst entscheidet, welchen Weg es künftig einschlagen wird.

Für die Übertragung auf gesellschaftliche Modelle heißt dies: Je geschlossener ein System ist, desto stärker werden Möglichkeiten zu Wandel, Anpassung an veränderte Umweltbedingungen, kurz Entwicklung, verhindert.

Verändert sich die Beziehung Umwelt - Entwicklung, treten neue Problemdimensionen von bisher nicht gekanntem Ausmaß auf, so ist ein qualitativer Wandel des bestehenden Systems notwendig. Zu einem solchen Wandel ist ein System allerdings nur unter den oben genannten Prämissen fähig. Geschlossene Systeme können dagegen nur quantitativ auf veränderte Umweltbedingungen reagieren. Bestes Beipiel ist der realsozialistische Block, der in die "Entropiefalle getappt ist" (Hessler). Die quantitativen Kosten der Systemerhaltung (Stasi, Militär) wurden ständig erhöht, bis das System plötzlich in sich zusammenfiel.

Aus diesen Erkenntnissen heraus entwickelt Hessler einige Grundprinzipien für ein neues Entwicklungsdenken.

Kein System kann isoliert betrachtet werden, da es sich in ständiger Wechselwirkung mit seiner Umwelt befindet. Strategien, die auf dem linear-kausalen Grundmuster isolierter Problemstellungen und "einzig richtigen" Lösungen aufbauen, sind zum Scheitern verurteilt. Als Voraussetzungen für qualitativen Wandel und Selbstregulierungsfähigkeit von Gesellschaftssystemen nennt Hessler kulturelle Vielfalt, Pluralismus und demokratische Gesellschaftsordnung.

Es kann also nicht darum gehen, zukünftigen Generationen die "Wasser und Brot-Diät" (Hessler) der Entropisten zuzumuten. Noch weniger darf es zur Durchsetzung einer globalen Marktwirtschaft kommen, die als Monokultur die Möglichkeit zur Systemöffnung minimieren und als geschlossenes System zum Entropiewachstum beitragen würde.

Die Gefahr dieses "neuen Denkens" liegt sicherlich in seiner Beliebigkeit, denn wenn zielgerichtetes Handeln in einer nichtlinearen Welt fragwürdig ist und chaotisierte Systeme ohnehin eine zufallsbestimmte Entscheidungsfreiheit besitzen, ist es im Grunde gleichgültig, welche Politik betrieben wird. Im Bereich der Volkswirtschaft gibt es auch schon genügend Wissenschaftler, die im Gegensatz zu Stephan Hessler in der "freien Marktwirtschaft" die ideale Umsetzung chaostheoretischer Erkenntnisse sehen.

Hesslers im zweiten Teil seines Buches ausgebreitetes Beispiel der agroforstlichen Nutzung ecuadorianischer Regenwälder zeigt, daß im Bereich der Umsetzung chaostheoretischer Erkenntnisse in konkrete Politik noch viel Nachdenken erforderlich ist, denn einen überzeugenden Ausweg aus dem globalen Konflikt zwischen Umwelt und Entwicklung bieten solche, von allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen isolierte, Projekte gewiß nicht.

Dennoch: Gesellschaften sind von der Natur nicht getrennt. Beide Systeme wirken aufeinander. Deshalb ist die Aufhebung der unsinnigen Trennung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften nur zu begrüßen. Diese Aufhebung bietet die Chance, der am Boden liegenden Entwicklungstheorie neues Leben einzuflößen.

Michael Knüfer

Lothar Mayer - Ein System siegt sich zu Tode. Der Kapitalismus frißt seine Kinder, Oberursel 1992, 271 Seiten, DM 25,-

Stephan Hessler - Umwelt und Entwicklung im ländlichen Raum. Saarbrücken, Fort Lauderdale 1991, 255 Seiten, DM ca. 38,-

Der Abschied von Ulrich Menzel

In entwicklungspolitischen Diskussionszusammenhängen hat es gekracht. Die Provokationen von Ulrich Menzel, vor über einem Jahr in der Frankfurter Rundschau erschienen, brachten wie beabsichtigt einen Debattenstein ins Rollen, der noch nicht im Tal ist. Die Forderung nach einer "Treuhandschaft des Nordens" über einige Länder des Südens markiert die Bruchlinie zu anderen Zeitgenossen der 68er Generation. Sind die "Plüschlöwen postlinker Salons" (Elmar Altvater) zu kurz gesprungen und als Bettvorleger der politischen Klasse Europas gelandet?

Eine Antwort bietet das neue Buch von Ulrich Menzel. Schon der Titel "Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie" verdeutlicht die Intentionen. Hier geht es nicht um das Verbessern von Fehlern in entwicklungstheoretischen Auseinandersetzungen, nein ganze Theoriegebäude, für Menzel eher Theorieruinen, stehen zum Abriß bereit. Er, der mit Dieter Senghaas in den 70er Jahren ganzen Studentengenerationen die Vorstellung von Dissoziation vom Weltmarkt, die bundesdeutsche Variante der Abkopplungstheoreme vom Weltmarkt, näherbrachte, konstatiert heute das Scheitern aller großer Theorieansätze und alternativer Gesellschaftsvorstellungen. "Die Entzauberung der Welt (Max Weber) schreitet voran und ist auch durch Fundamentalismus jeglicher Couleur nicht auf Dauer zurückzuhalten" (S.223).

Ein Hauch von Zynismus, gepaart mit einer Portion Resignation, liegt über den ersten Kapiteln, wenn die "fatale Perspektive" nach einem "verlorenen Jahrzehnt" und die Heterogenität bzw. der Differenzierungsprozeß der Länder des Südens mit den bekannten volkswirtschaftlichen Indikatoren angesprochen werden. Auch die Vorwürfe an die Solidaritäts- und Internationalismusbewegung, sie projiziere nur ihre Wunschvorstellungen auf die Befreiungsbewegungen, sind nicht sonderlich neu. Sicherlich reizen die Geschichten von verbalradikalen Studenten, die später nach einem ASA-Programm von der Praxis geschliffen, doch bei der GTZ landen, zu bissigen Kommentaren.

Wirklich spannend wird es, wenn Menzel die Ideengeschichte der Entwicklungstheorie nachzeichnet. Grundpositionen wie Universalismus (Ricardo), Nationalismus (List), Sozialismus (Marx), Rationalismus (Weber) und Strukturalismus (Parsons) bilden den Fächer, der vor uns ausgebreitet wird. Es gelingt ihm, die Probleme der Gliederung bei diesem riesigen Themenfeld mit Hilfe eines Gliederungsschemas, das er in sieben Punkten zusammenfassend aufstellt, zu meistern. Zwei miteinander rivalisierende Paradigmen, so Menzel, konkurrieren die letzten zweihundert Jahre miteinander bei der Frage, wie nachholende Entwicklung zu managen ist. Auf der einen Seite die merkantilistische Sichtweise, die ihr Hauptaugenmerk auf die meist nachholende nationale Volkswirtschaft legt, sich daher vom Weltmarkt jeweils sektoral und zeitlich abschottet und dem Staat eine zentrale Funktion zuschreibt. In diesem Jahrhundert fallen darunter sowohl die lateinamerikanischen Dependenz- und Imperialismustheoretiker als auch keynesianistische Strategien. Auf der anderen Seite die Klassiker, die im Freihandel schon immer das zentrale Moment für den "Wohlstand der Nationen" (Adam Smith) sahen.

Menzel kann die beiden für ihn zentralen Stränge der entwicklungstheoretischen Diskussion immer wieder mit historischen Beispielen unterfüttern, und hier liegt die Stärke des Buches. Jedem, der in die historische Genese der entwicklungstheoretischen Debatte einsteigen will, sei das Buch als Diskussionsgrundlage empfohlen.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist das Scheitern der etablierten Großtheorien für Menzel offensichtlich. Es gibt für ihn einen doppelten Differenzierungsprozeß der jetzt ehemaligen "Dritten Welt". "Die aus dem strukturalistischen Denken modernisierungs- wie dependenztheoretischer Provenienz entsprungene Vorstellung identischer Tiefenstrukturen von Gesellschaft, Staat und Ökonomie in nichtindustrialisierten Ländern läßt sich nicht länger aufhalten... Gleichzeitig ist es zu einem bemerkenswerten Prozeß politischer Differenzierung (Demokratisierung versus anhaltender Autoritarismus versus Refundamentalisierung) gekommen, der sich mit den einschlägigen Theorien über politische Modernisierung bzw. mit den diversen Staatsableitungsübungen nicht erklären läßt"(S.131). Daß Modernisierung nicht automatisch zu Demokratisierung führt, ist für Menzel offensichtlich.

Aus diesen Feststellungen heraus fordert Menzel dazu auf, zu "Theorien mittlerer Reichweite" zu kommen. Was Menzel darunter versteht, bleibt leider unklar. Neuere Paradigmen/Überlegungen wie die "Fordismusdiskussion, Feminismusdikussion, Wiederentdeckung der Kultur" sind für Menzel allesamt "Modethemen". Hier liegt die entscheidende Schwäche des Buches.

Am Beispiel französischer Regulationstheoretiker, die in der Bundesrepublik fast überall unter dem verkürzenden Begriff des "Fordismus" rezipiert wurden, kann deutlich gemacht werden, daß die entwicklungstheoretische Diskussion im Sinne der von Menzel eingeforderten mittleren Reichweite sich weiter bewegt. Und nicht erst seit gestern. In Paris versuchten Theoretiker, die heterogene und unübersichtliche Entwicklung der Länder der "Dritten Welt mit Hilfe regulationstheoretischer Überlegungen neu zu interpretieren. Carlos Ominami, heute Wirtschaftsminister in Chile, damals noch im Exil in Paris und der grüne Vordenker Alain Lipietz haben mit Theoremen wie "Fünf Akkumulationsregime auf dem Weltmarkt" eine typologisierende Gegenüberstellung der unterschiedlichen Gesellschafts- und Ökonomiemodelle erreichen können (1). Die Beiträge wurden leider nie ins Deutsche übersetzt und in der bundesdeutschen Szene kaum wahrgenommen. Aber auch in der hiesigen Diskussion gab es, etwa durch Elmar Altvater, mit dem von ihm eingeführten Theorem "Funktionsräume auf dem Weltmarkt" bereichernde neue Ideen, mit denen sich Menzel hätte auseinander setzen müssen (2).

Menzel kann oder will offensichtlich neuere theoretische Überlegungen nicht aufnehmen. Er ist so, nachdem er alle Theorien eingerissen hat, in einer rein vergleichenden und empirischen Sichtweise gefangen. Die Veränderungen in den Ländern und unterschiedliche entwicklungspolitische Strategien und ihr Bezug zum kapitalistischen Weltmarkt können nicht mehr kritisch auf die Hörner genommen werden. Nicht nur, daß sich kapitalistische Bedingungen für ihn von einer Leid zu einer Leitvorstellung entwickelt haben. Ulrich Menzel hat sich mit diesem Buch aus der aktuellen Theoriediskussion verabschiedet. Der in der Frankfurter Rundschau veröffentlichte Beitrag bleibt so auf dem Niveau einer tagespolitischen Polemik stehen. Und der Bettvorleger kann ausgerollt werden.

gelu

Anmerkungen

(1) Carlos Ominami - Le tiers monde dans la crise, Paris 1986

Alain Lipietz - Mirages and Miracles, London 1987

(2) Elmar Altvater - Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987

Ulrich Menzel - Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie,edition suhrkamp, Frankfurt 1992, 223 Seiten, DM 18,-

Kreuzzug oder Dialog?

Die universalistische Aufbruchstimmung, mit der die UNO Anfang der 1950er die Entwicklungsidee aufgegriffen hatte, ist längst verflogen. Seither haben Unmengen von ExpertInnen über 40 Jahre hinweg die unterschiedlichsten Theorien produziert, die schlausten Diskurse kultiviert und sich aus den unterschiedlichsten Motiven heraus die Zähne ausgebissen. Die Soli-Bewegung ihrerseits hat sich mit Vorliebe auf die theoretischen Rezepte der Dependencia-Ansätze gestürzt und wuchs in dem Wissen darum, daß der Wohlstand des Nordens nur aus der Armut des Südens resultiert. Heute liegt diese Kost schwer im Magen, und die Soli-Bewegung verliert - ihrer Perspektiven verlustig geworden - zunehmend die Orientierung. Und innerhalb der entwicklungstheoretischen Zunft, bei denen also, die es eigentlich besser wissen müßten, ist spätestens seit der Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft als einzig real existierender Alternative zur herrschenden Logik kapitalistischer Mehrwertproduktion etwas ganz anderes `en vogue' als die Kritik der Verhältnisse: nämlich die `Gemeinschaft der Demokraten.'

`Kreuzzug oder Dialog', herausgegeben von Volker Matthies, der am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg arbeitet, sollte daher nicht nur als provokanter Titel, sondern auch als eine Veröffentlichung betrachtet werden, die sich mit dem desolaten Zustand der gegenwärtigen Theorieproduktion befaßt.

Matthies selbst will mit dieser knapp 180 Seiten starken Sammlung von Aufsätzen nicht nur die beschriebene Rat- und Konzeptionslosigkeit aufgreifen, sondern sich vor allem auch gegen die "Marginalisierung und Militarisierung der Nord-Süd Beziehungen" wenden. Unter diesen Vorgaben befassen sich in dem Band zehn Autoren mit der `Zukunft der Nord-Süd Beziehungen', so der Untertitel, und greifen unter Bezugnahme auf die Themenfelder `Gemeinsame Sicherheit', `Ökologie, Migration, Fundamentalismus' sowie `Grundlagen einer Welt für Alle' die wichtigsten Aspekte der Nord-Süd-Diskussion auf. Brzoska etwa geht der Frage nach, inwieweit das Gerede von den hochgerüsteten Staaten der `Dritten Welt' nicht einzig dem Ziel dient, ihre (zukünftige) Entwaffnung zu legitimieren und damit ihre Wehrlosigkeit und Kooperationsbereitschaft zu garantieren; Ferdowsi untersucht, ob europäische Modelle des Konfliktmanagements, wie etwa die KSZE, auf andere Regionen der Welt übertragbar wären, und Tibi weist in seinem sehr lesenswerten Beitrag über den "Westen und die arabo-islamische Welt nach dem Golfkrieg" auf den engen Zusammenhang zwischen Globalisierung und struktureller Integration auf der einen Seite sowie dem immer weiter um sich greifenden Strategien kulturalistischer Abgrenzung hin.

Ob es in der Absicht des Herausgebers lag, daß der Titel auch zum Programm wurde und ob er darüber hinaus vergessen hat, daß der `Dialog' innerhalb eines durch asymmetrische Machtverteilung gekennzeichneten internationalen Systems keine Alternative zum Kreuzzug sein kann, bleibt hingegen offen. Jedenfalls sind mit Wöhlcke und Tetzlaff, um nur zwei Beispiele zu nennen, auch Autoren vertreten, die den Kreuzrittern von heute zumindest das ideologische Futter für die Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen liefern.

So zeigt sich etwa Dr. Wöhlcke sehr betroffen darüber, daß er mit jenen, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen, `Gemeinsam in die Ökokatastrophe' schliddern könnte, sorgt sich gleichzeitig allerdings noch sehr viel mehr um die Erpreßbarkeit des Nordens durch die Androhung eines Ökozids seitens des Südens. Kein Wunder also, daß er nicht da, wo er gemeinsam mit 20% der Weltbevölkerung 80% der Ressourcen vernutzt, ökopolitisch intervenieren will, sondern "insbesondere in den Entwicklungsländern, die diesbezüglich erhebliche Defizite aufweisen." Auch Tetzlaff will da wohl nicht nachstehen und macht sich trotz "unterschiedlich geprägte(r) Kulturräume" und ihren "Distanzen zu den imperialen Wertzentren der modernen Weltgesellschaft" für die universelle Geltung von Demokratie und Menschenrechten stark, ohne sich dabei auch nur im geringsten um deren historische, d.h. eben auch sozioökonomische, Grundlagen zu kümmern.

`Kreuzzug oder Dialog' steht damit also nicht nur für die Militarisierung der Nord-Süd-Beziehungen, die der Öffentlicheit zur Zeit so schmackhaft gemacht wird (siehe Irak), sondern auch für die wachsende Fraktion derjenigen innerhalb der akademischen Gemeinschaft, die als Vollmitglied der `Einen Welt' zunehmend an kritischer Distanz zur eigenen Gesellschaft verliert und sich damit zum Kreuzritter einer Botschaft macht, an deren materielle Verheißungen angesichts der zunehmenden Verelendung sowieso niemand mehr glauben kann.

Weil in diesem Buch beide Fraktionen zu Wort kommen und ihre Positionen oft unvermittelt nebeneinander stehen, erweckt die Aufsatzsammlung insgesamt einen etwas unzusammenhängenden Eindruck und verliert an argumentativer Stringenz. Nach der Lektüre habe ich jedenfalls eine perspektivische Zusammenfassung des Herausgebers vermißt, ein Schlußwort, zumindest aber eine Stellungnahme. So bleiben die LeserInnen mit den im Titel aufgeworfenen Fragen etwas allein gelassen.

Trotz, oder gerade auch wegen seiner mangelhaften Stringenz, ist `Kreuzzug oder Dialog' ein lesenswertes Buch. Zum einen, weil die gesammelten Beiträge einen guten Einblick in die Begründung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der Nord-Süd-Debatte gewähren und den LeserInnen so auch die Möglichkeit gegeben wird, sich ein eigenes Bild zu machen. Zum anderen aber vor allem deshalb, weil viele Autoren nicht nur durch Kompetenz in der Sache überzeugen, sondern auch durch die Fähigkeit, komplexe Verhältnisse in einer klaren und verständlichen Sprache darzustellen.

Frank Sträter

Volker Matthies (Hg): Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd Beziehungen. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1992, 19,80 DM

Ausgekonzelt?

Muß man Mitleid empfinden mit Gerhard Konzelmann, den vom Expertensockel gestoßenen Fernseh- und Populärorientalisten mit der gemütlich-schwäbischen Ausstrahlung? Tatsache ist, daß sich die Journalistenzunft im Herbst 1991 genüßlich an die Demontage des Kollegen machte, als der Hamburger Orientalist Gernot Rotter, von dem Konzelmann in einigen seiner Sachbücher kräftig abgekupfert hat, sie erstmals mit Erkenntnissen über die Arbeitstechnik Konzelmanns versorgte. Tatsache ist auch, daß das im Juni dieses Jahres erschienene Buch des mittlerweile zum 'Konzelmannologen' avancierten Gernot Rotter, in dem dieser über den Gang seiner Forschung in Sachen Konzelmann berichtet, mit einem gemessen an der kleinen Auflage erstaunlichen Interesse aufgenommen wurde.

Um es vorwegzunehmen: Rotters Buch verdient diese Aufmerksamkeit, weil es weit über die Abrechnung des bestohlenen Autors mit seinem Plagiator hinausgeht. Und Konzelmann verdient alles andere als Mitleid. Rotter weist in seinem Buch überzeugend nach, daß Konzelmann nicht nur ein armseliger Kleptomane, sondern, und das macht ihn gefährlich, ein Hetzer ersten Ranges ist. Die Passagen, die Rotter zweifelsfrei als Plagiate identifizieren konnte (in Konzelmanns 'Sachbüchern' über die Geschichte der Arabischen Welt entdeckte Rotter etliche Textstellen aus seiner, Rotters, Übersetzung des Mohammed-Biographen Ibn Ishaq oder aus der Übersetzung von Gustav Weil aus dem Jahre 1864), hat Konzelmann nicht selten aufgemotzt mit Ergüssen seiner verschrobenen, nicht eben jugendfreien Phantasie.

Im hinteren Teil seines Buches hat Rotter für seine Leser etliche Kostproben Konzelmannscher Kreativität zusammengestellt. In der Phantasiewelt des "intimsten Kenners Arabiens" (Verlagswerbung) wimmelt es von blut-rünstigen und ewig geilen Arabern, von Frauen, die sich in verzweifelten Situationen "die Brüste zerkratzen" ('Die großen Kalifen', zitiert in Rotter S.117), von Gläubigen, die am Todestag des Kalifensohnes Husain "gellende tierische Schreie" ausstoßen (ebenda.) , von Kalifen, die "allein ihrer Sexualität unterworfen waren"('Die großen Kalifen', zitiert in Rotter S.91) usw.

Der Mann, der auszog, "den Islam für alle verständlich" zu machen (Konzelmann über Konzelmann), schreckt auch nicht davor zurück, ihn auf seine aggressive Kraft zu reduzieren und zu unterstellen, er tauge zur Legitimation von Verbrechen: "Im Rausch des Sieges bot die Religion den moralischen Vorwand, unter dem Todschlag, Vergewaltigung und Raub als allahgefällige Werke verbrämt werden konnten" (aus 'Die großen Kalifen', zitiert von Rotter S.114).

Und schließlich hat Konzelmann keinerlei Hemmungen, die religiösen Gefühle sich zum Islam bekennender Menschen zu beleidigen. Er erfindet munter neue Koranverse und dichtet dem Propheten Mohammed päderastische Neigungen an. Wo zum Beispiel die Mohammed Biographie von Ibn Ishaq über eine Anwandlung von Mitgefühl bei Mohammed berichtet - dieser hebt den Sohn eines gefallenen Mitstreiters zu sich auf den Esel - suggeriert Konzelmann seinen Lesern, der Prophet habe eine "Neigung zu Kindern und ganz besonders zu männlichen Kindern" gezeigt (Rotter S.95).

Bei solchen Elaboraten hört bei Rotter der Spaß auf. Den Plagiator Konzelmann kann er gerade noch mitleidig belächeln. Nicht aber den Erfinder solchen Unsinns, mit dem der selbsternannte Experte großes Unheil in den Köpfen anrichtet. Diesem Konzelmann das Handwerk zu legen, das betrachtet Rotter als die Aufgabe seines Buches.

Daß ein so ernstes Anliegen ein so unterhaltsames Buch möglich gemacht hat, ist erfreulich. Kaum ein Leser wird die Lektüre auf der Mitte der Strecke gelangweilt abbrechen. Rotter widerlegt nicht nur das Vorurteil vom trocken schreibenden Orientalisten, er hat auch einen Sinn für die packende Wiedergabe kriminologischer Spürarbeit (in den ersten Kapiteln berichtet er vom Gang seiner Enttarnung des Plagiators Konzelmann). Und schließlich bedient er sogar noch ein über gute Unterhaltung hinausgehendes Leserinteresse. Da er bei etlichen Beweisführungen für den Nicht-Arabisten erst Grundlagen schaffen muß, etwa bei dem Nachweis, daß der "intimste Kenner Arabiens" nicht einmal Grundkenntnisse der arabischen Sprache besitzt, erfährt der Leser hier etwas von der Bildung des Plurals und des Genitivs im Arabischen, er weiß endlich, wie sich die oftmals verwirrende Vielzahl der Umschriften arabischer Namen erklärt und vieles mehr.

isar

Gernot Rotter: Allahs Plagiator. Die publizistischen Raubzüge des "Nahostexperten" Gerhard Konzelmann. Palmyra Verlag Heidelberg 1992, 176 Seiten, 26,80 DM.



Seit Jahren veröffentlicht das Worldwatch Institut in den USA eine Reihe, die die Wechselwirkung zwischen Weltwirtschaft und Ökologie analysiert und zudem handlungsorientierte Vorschläge unterbreitet. Unter dem Titel WORLDWATCH PAPER sind nun Teile der Reihe auch ins Deutsche übersetzt worden. In dem zweiten Band "Die Armutsfalle" wird zunächst auch mit einer Vielzahl von Indikatoren die zunehmende Verelendung in großen Teilen der "Dritten Welt" konstatiert. "Ökonomischer Niedergang und ökologischer Verfall sind zu einem Teufelskreislauf zusammengewachsen - einer Elendsspirale", die geradewegs in eine globale Armutsfalle führt. Der Autor bleibt aber nicht wie viele andere Publikationen an diesem Punkt stehen. Zunächst kritisiert er große Teile der entwicklungspolitischen Community: "Die Grausamkeit der Armut kann nur durch die eigenen Worte der Armen voll erfaßt werden", und er belegt dies auch mit eindrucksvollen Zitaten. Im Schlußkapitel sucht er nach regionalen Modellen, die trotz der niederschmetternden Weltmarktsituation und ohne diktatorischen Entwicklungsweg, wie Süd-Korea, ihre Bevölkerung vor Armut und Hunger schützen können. Der Staat Kerela in Indien, mit einer Bevölkerung von der Größe Kanadas auf einem Raum, der so groß ist wie die Schweiz, ist für Alan B. Durning im Bereich Grundversorgung ein solches Modell. Nebenbei widerlegt er hier die Behauptung von einer globalen Überbevölkerung. Kerela leistet, was den Bildungs- und Gesundheitsbereich anbelangt Vorbildliches, kann aber auch mit einem Netz von "fair price shops" große Teile der Bevölkerung, im Gegensatz zum übrigen Indien, vor der Verelendung retten. Das Schlußkapitel hätte allerdings etwas umfangreicher ausfallen können. Über das allgemeine Elend der Weltwirtschaft hören und sehen wir ja nicht wenig.

Alan B. Durning, Die Armutsfalle, Die Beziehung zwischen Armut und Umwelt - Die Elendsspirale umdrehen, Wochenschau Verlag Taunus, Schwalbach 1992, 88 S., DM 16,80



Im Rahmen der Anti-IWF/Weltbankkampagne vor mehr als vier Jahren erschienen die beiden ersten Hefte der "Materialien für einen neuen Antiimperialismus". Mit den Ausgaben zu Zentralamerika und Brasilien bewiesen die AutorInnen ihre analytische Stärke dort, wo die Lebensumstände Marginalisierter und ihre Organisierung gegen kapitalistische Verwertung beschrieben wurden.

Nun ist, etwas überraschend, England als Beispiel gewählt worden. Auch wer nicht Englandspezialist ist, erinnert sich an die Riots von 1981 und 1985 und an die Poll Tax Revolte vor zwei Jahren. Die Hintergründe der kleinen Balkanausbrüche im sogenannten "Mutterland der Demokratie" bleiben aber unklar. Diese sollen mit dem Buch beleuchtet werden. Das erste Kapitel schafft einen Überblick über 10 Jahre Thatcherismus: über das Spektrum der sozialen Kämpfe und die sich durchsetzende Deregulierung und Polarisierung der englischen Gesellschaft. Die Wohnungsfrage als Schnittpunkt von Sanierung, sozialer Neuzusammensetzung und Armut ist dabei zentral. Die Analyse der Riots, von den "Inner City Riots" bis zum "permanenten Aufstand" der Jahre 1985-89, bildet den Kern des Buches. Es geht um die tendenzielle Ausweitung und Verdichtung der Zusammenstöße, in denen es nicht nur um "anti police culture" geht, wie uns der Rest der Erscheinungen zum Thema weis machen will, sondern um die Aneignung von Gütern und den Kampf um den Erhalt von sozialen Räumen. Der Staat reagiert mit einem polizeilichen Belagerungszustand und mit massenhafter Internierung, Stadtsanierung und Arbeitsprogrammen. Mit der Internierung aber verlängern sich die Kämpfe auch in die Gefängnisse. Auch wenn die Frage am Schluß des Buches nach der Übertragung solcher Kämpfe in andere Armutsregionen gekünstelt, ja geradezu grotesk wirkt - gerade tobt eine ganz andere Randale in Rostock - bleibt der Verdienst , über die sozialen Kämpfe in England erstmals zusammenhängend berichtet zu haben.

Franck Düvell: England: Krise Rassismus Widerstand. In der Reihe Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 3, Schwarze Risse/ Berlin und Rote Straße/Göttingen (Hrsg.), 1992, 198 S., DM 18,-



"Entweder/Oder" ist der Titel einer Broschüre, die über verschiedene Lebensmittelprojekte und Vermarktungsstrukturen des alternativen Dritte Welt Handels informiert. Hier schließt sich eine Informationslücke, denn Infos über die verschiedenen Importorganisationen sind äußerst rar. Wenn mensch seinen alternativen Frühstückskaffee im Supermarkt kauft, bleibt nur noch der verwaschene Eindruck, daß Sandino Dröhnung irgendwie gerechter ist als der übliche Blutkaffee. Zwar ist der Gesamtumsatz des "gerechten Handels", im Gegensatz zu Holland, volkswirtschaftlich immer noch bedeutungslos, und Versuche an andere Zielgruppen zu kommen sind aus diesem Grund begrüßenswert, aber meist bleibt dabei der Informationswert auf dem Niveau der Gewissensberuhigung. Auch die "blätter" dokumentierten die heftigen Auseinandersetzungen um die Frage 'rein in die Großhandelsketten oder nicht'. Trotz aller Schwierigkeiten: Die Suche nach anderen Handelswegen muß gerade auch angesichts der "real existierenden Marktwirtschaft" weitergehen. Am Beispiel einiger Produkte leistet die Studie dies auch detailliert. Es liegt hier nicht nur eine zusammenfassende Präsentation des Lebensmittelsangebots des alternativen Dritte Welt Handels vor, sondern es wurden auch Argumente geliefert, mit denen FreundInnen überzeugt werden können, ihre Einkaufsliste zu überprüfen. Einige Schwachstellen z.B. beim Honig oder in der Präsentation - das sterile Titelbild überzeugt hier in der Redaktion niemanden - könnten in einer zweiten Auflage, die erste bewegt sich bei schlappen 2500 Exemplaren, beseitigt werden.

"entweder oder", Lebensmittelprojekte des alternativen Dritte Welt Handels, Laden im Dritte Welt Haus Bielefeld (Hrsg.), 1992, 86 S., DM 7,- + Versandkosten, Rabatt ab 5 Ex. Bezugsadressen: Laden im DWH, A.-Bebelstr. 62, 4800 Bielefeld und AG3WL, Elisabethenstr. 51, 6100 Darmstadt



Rassistische Bewegungen und Ideologien gewinnen nicht nur in Deutschland, sondern europaweit an Boden; die Dringlichkeit einer länderübergreifenden Analyse und Strategiebildung liegt auf der Hand. Einen wichtigen Beitrag zur weiterführenden Diskussion leistet der Sammelband "Migration und Rassismus in Europa". Er dokumentiert Vorträge eines internationalen Kongresses, der 1990 vom Hamburger Institut für Migrations- und Rassismusforschung veranstaltet wurde. Theoretisch höchst anspruchsvolle Texte - wie der von Etienne Balibar zum Verhältnis von europäischer Integration und rassistischen Bewegungen oder von Wolfgang Fritz Haug zu den Fallstricken des Antirassismus - wechseln mit an der Praxis orientierten, länderspezifischen Analysen.

Einen breiten Raum nimmt die Diskussion der verschiedenen Antirassismusgesetze und Multikulturalismuskonzepte ein. Die Ergebnisse sind desillusionierend: wie Carl-Ulrik Schiemp am schwedischen Beispiel zeigt, konnte ein von staatlicher Seite "scharf überwachter Multikulturalismus" nicht die ethnische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt beseitigen. Auch der Hoffnung, daß im europäischen Einigungsprozeß mit der zunehmenden Entmachtung der Nationalstaaten eine "Entnationalisierung" des Denkens stattfindet, wird eine Absage erteilt. Der nationale Diskurs wird seine Funktion im "Verteilungskampf um materielle und immaterielle Güter behalten" (Geiger); ethnische Hierarchien bekommen gerade durch die Auflösung der alten staatlichen Grenzen größeres Gewicht und lassen einen neuen "popularen Rassismus" (Balibar) entstehen. Alles in allem keine hoffnungsvolle Perspektive.

Rassismus und Migration in Europa, Argument Sonderband AS 195; Hamburg 1992, 450 S.,DM 38,-

Die Fluggesellschaft des Ex-Rennfahrers Nicki Lauda wirbt für das Sexgeschäft

Mit der Abbildung einer Ansichtskarte, die den nackten Oberkörper eines Mädchens zeigt, wirbt die Lauda Air in ihrem Magazin für den Tourismus in Thailand. Die begleitenden Worte sind die Grußbotschaft der Postkarte: 'Aus Thailand mit Liebe'. Der abgedruckte Postkartentext ist mit den Namen von fünf Männern unterzeichnet und enthält Informationen über die täglichen sexuellen Freuden in Bangkok.

Dieser Beitrag von Lauda Air ist eine Form der Werbung für den Sextourismus und für die sexuelle Ausbeutung von Kindern in Thailand. Ebenso stellt er eine Verletzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes dar.

Die thailändische Organisation 'Task Force to end Child Sexploitation' ruft daher zum Boykott der Fluggesellschaft Lauda Air auf.

Aids-infizierten burmesischen Prostituierten droht die Exekution

Wie TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau e.V., aus der thailändischen Hauptstadt Bangkok erfahren hat, haben die Behörden des Nachbarstaates Burma in den vergangenen Monaten fünfundzwanzig mit dem Aids-Virus HIV infizierte burmesische Frauen und Mädchen mit Zyankalispritzen ermordet.

Die Mehrheit dieser Frauen und Mädchen war aus ihren Dörfern zwangsweise verschleppt oder während einer Einkaufsfahrt in Thailand entführt worden und dann in thailändischen Bordellen gelandet, wo sie ohne Kondom der Prostitution nachgehen mußten. Aufgrund einer Vermißtenanzeige aus Burma veranstaltete das thailändische 'Sonderdezernat gegen das Prostitutionsunwesen' eine Razzia in Ranong, einer Stadt im Süden Thailands nahe der Grenze zu Burma. Unter den 25 befreiten Frauen und Mädchen befanden sich die Vermißten Nunu und Mama Dumklang. Alle Frauen waren HIV-infiziert und wurden umgehend nach Burma in ihre Dörfer zurückgeschickt. Dort spürten burmesische Sicherheitsbeamte die Heimgekehrten auf und brachten sie an einen geheimen Ort, um sie mit Zyankalispritzen hinzurichten.

In den vergangenen Jahren sind mehr als 40.000 junge Frauen und Kinder, oftmals zwischen 10 und 16 Jahre alt, nach Thailand in die Sexindustrie verschleppt worden. Viele sind Angehörige von kleinen Minderheitengruppen, die nie aus ihren Dörfern herausgekommen sind. Sie sind eine gefragte Ware, weil Kunden glauben, sie seien 'Aidsfrei' und daher meinen, auf die Benutzung von Kondomen verzichten zu können. Es gibt für die jungen Frauen keine Möglichkeit zu entkommen, da sie von den Bordellbesitzern gefangen gehalten werden. Sie müssen zum Teil von 6 Uhr morgens bis spät nachts arbeiten. Wer sich nicht unterordnet, wird mit Prügelstrafe bedacht.

Sicherheitsbeamte aus beiden Ländern sind am Geschäft beteiligt und sichern den Händlern freie Nachschubwege. Selbst wenn diese Frauen befreit werden, haben sie keine menschliche Perspektive: die burmesische Militärregierung hat keine andere Lösung parat als die Internierung der repatriierten HIV-infizierten Frauen und Mädchen oder deren Exekution. Bislang wurden kaum Anstrengungen unternommen, die Bevölkerung über Aids und seine Ansteckungswege zu informieren. 60 Prozent der staatlichen Einnahmen verwenden die burmesischen Machthaber für militärische Zwecke.

Terre des femmes versucht derzeit mit Hilfe einer Unterschriftenaktion, die Bundesregierung dazu zu bewegen, über ihre Botschaft in Rangun bei der burmesichen Regierung vorstellig zu werden. Sie soll dort gegen die Internierung und Ermordung von HIV-infizierten Frauen und Mädchen protestieren.

Weitere Informationen (und die Unterschriftenlisten) sind erhältlich bei:
Terre des femmes,
Postfach 2531,
7400 Tübingen,
07071/24289

Burma Büro eröffnet

Das Burma Büro, mit Sitz in Bochum, koordiniert die in der Bundesrepublik zu Burma arbeitenden Gruppen. In der Infostelle werden Materialien und Informationen gesammelt und Interessierten zugänglich gemacht. Schwerpunktthemen sind die Umweltproblematik, die Menschenrechtslage und Situation der Minderheiten im Land.

Gleichzeitig organisiert das Büro Kampagnen und Aktionen, um Öffentlichkeit über die Politik des südostasiatischen Landes herzustellen. Im Juli erschien die erste Ausgabe des 'Burma Newsletter'. Darin wird die aktuelle Lage im Land, die Situation burmesischer Flüchtlinge in den Nachbarländern und die Burma-Solidarität in Deutschland analysiert. Des weiteren unterstützt das Büro Projekte vor Ort, in denen politisch Verfolgte oder ethnisch Diskriminierte betreut werden.

Burma Büro
Josephinenstr.71
4630 Bochum
Tel.:0234/50 27 48
Fax: 0234-50 27 90

Infostelle Peru jetzt in Hamburg

Der aus vierzehn Perugruppen bestehende Verein 'Infostelle Peru' hat sich mit seinem Umzug von Bonn nach Hamburg, zu einer auf dezentralen Strukturen aufbauenden Konzeption entschlossen. Die Aufgaben der Infostelle liegen jedoch weiterhin in der Koordinierung und Organisierung bundesweiter Aktivitäten. So werden BesucherInnenreisen und (Menschrechts-)Kampagnen koordiniert. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Erstellen von Arbeitsmaterialien. Auch die Herausgabe eines Rundbriefes für Peru-Interessierte gehört zu den Arbeiten der Infostelle. Geschäftsführerin ist die seit langer Zeit in der Peru-Solidarität aktive Hamburger Hispanistin Heike Spreen.

Infostelle Peru e.V.
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.:040/39 63 92

Menschenrechte auch für Frauen

Die Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen 1993 soll sich, so die Forderung zahlreicher internationaler Frauen- und Nichtregierungsorganisationen, "auf allen Verhandlungsebenen umfassend mit den Menschenrechten von Frauen befassen". In der Petition wird dazu aufgerufen, "Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung" anzuerkennen. Wir dokumentieren einige Auszüge aus dem Aufruf:

Die Initiative zur Kampagne entstand aus der wachsenden Besorgnis, daß Frauenrechte nicht als vollwertige und bedenkenswerte Fragen in puncto Menschenrechte angesehen werden. Vor allem massive Gewalt im täglichen Leben von Frauen stellt eine der am wenigsten erkannten Verletzungen der Menschenrechte dar.

Daher verlangen wir, daß die Weltkonferenz für Menschenrechte auf 'allen Ebenen der Verhandlungen umfassend die Menschenrechte von Frauen anspricht'. Das bedeutet, daß nicht nur eine Sitzung über Frauen abgehalten wird, sondern daß systematische Anstrengungen unternommen werden, die Geschlechterperspektive in alle Diskussionen über gesellschaftliche, politische und sozio - ökonomische Rechte einzubeziehen. Mit dem Einbeziehen der Kategorie 'Geschlecht' soll speziell darauf geachtet werden, wie Menschenrechte von Frauen verletzt werden und wie sich Menschenrechtsverletzungen auf Männer und Frauen oft unterschiedlich auswirken. So ist es zum Beispiel wichtig, wenn man über politische Gefangene diskutiert, die sexuell bestimmten Aspekte von Folter und Haft zu beleuchten, oder wenn man das Recht auf Entwicklung beurteilt, sollte dies eine Untersuchung beinhalten, wie Unterernährung und Landrechte sich unterschiedlich auf Männer und Frauen auswirken.

Um dies zu erreichen, sollte Hintergrundmaterial, welches vom Konferenzsekretariat vorbereitet wird, Informationen darüber enthalten, wie die einzelnen Probleme sich speziell auf Frauen auswirken. Solches Material muß in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen gesammelt werden. Das Sekretariat sollte fordern, daß die Regierungen frauenspezifische Daten berücksichtigen müssen, wenn sie ihre Dokumentation vorbereiten.

Zudem erwarten wir, 'daß die Konferenz geschlechtsspezifische Gewalt über die Grenzen von Kultur, Rasse und Klasse hinweg' bedenkt und daß diese Form der Gewalt 'als Menschenrechtsverletzung anerkannt wird, die sofortiges Handeln erfordert'. Es gibt viele und unterschiedliche Formen der Gewalt, unter denen Frauen leiden, aber sie zeigen alle eine konsequente Mißachtung der Prinzipien der Allgemeinen Menschenrechtserklärung. Danach hat "jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person" (Artikel 3) und "niemand (darf) der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen" werden (Artikel 5).

Gleichwohl werden bei Frauen diese Rechte tagtäglich durch geschlechtsspezifische Gewalt, die allgegenwärtig ist, verletzt. Geschlechtsspezifische Gewalt ist solche Gewalt, 'die gegen eine Frau gerichtet ist, weil sie eine Frau ist oder die Frauen unverhältnismäßig häufiger betrifft. Sie beinhaltet Handlungen, welche körperlich, geistig oder sexuell Schaden oder Leiden zufügen, die Androhung solcher Handlungen, die Zwangsherrschaft über Frauen und andere Formen der Freiheitsberaubung.'

Kontakt in der Bundesrepublik Terre des Femmes Postfach 2531 7400 Tübingen

Naturgemäße Wasserwirtschaft

Seit mehr als zwölf Jahren arbeitet die 'Indienhilfe' mit kleinen Organisationen in den ländlichen Regionen Nordostindiens zusammen. Die Erfahrungen dieser Zeit haben gezeigt, daß die Verfügbarkeit von Wasser - sei es als sauberes Trinkwasser oder für die Bewässerung in der Landwirtschaft - eine zentrale Bedeutung für das (Über-)Leben der meisten Menschen in den Ländern der 'Dritten Welt' hat. Auf der anderen Seite stehen Millionen unter der ständigen Bedrohung von Überschwemmungen und Sturmfluten.

Es hat sich bereits an einigen Beispielen gezeigt, daß großangelegte Projekte, wie zum Beispiel die Riesenstaudämme an der Narmada, keine nachhaltigen Lösungen bringen, sondern im Gegenteil unabsehbare negative Folgen haben. Für alle Organisationen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, bedeutet dies eine Aufforderung, dezentral angepaßte Methoden für Erosionsschutz und Wassernutzung zu fördern. Der derzeit oft gebraucht Fachbegriff heißt 'Micor-Watershed Management', zu deutsch 'Naturgemäße Wasserwirtschaft'.

In Zusammenarbeit mit der indischen Nichtregierungsorganisation 'Economic Rural Development Society' hat die 'Indienhilfe' Anfang 1992 umfassende Maßnahmen im Norden West-Bengalens gestartet, nachdem über einige Jahre hinweg Vorstudien gemacht worden waren.

Da die 'Indienhilfe' davon ausgeht, daß die Erfahrungen mit diesem Projekt durchaus anderen Initiativen in diesem Problemkreis nützlich sein können, soll das Projekt einem breiten Kreis von Interessierten bekannt gemacht werden, um neue Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen.

Indienhilfe
Verein für Deutsch-Indische Entwicklungszusammenarbeit e.V.
Luitpoldstr.20
W-8036 Herrsching
Tel.:08152/1231

PIZZA (Hrsg.), **Odranoel Die Linke - zwischen den Welten**; Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1992, 284 S., DM 24,-

---

Dieter Boris, **Ursprünge der Europäischen Weltordnung**; Distel Verlag, Heilbronn 1992, 199 S., DM 26,80

Barbro-Isabel Bruhns und Robert Kappel (Hrsg.), **Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien**; LIT Verlag, Münster 1992, 251 S., DM 24,80

Rachid Mimouni, **Hinter einem Schleier aus Jasmin**; Rotbuch Verlag, Berlin 1992, 175 S., ca. DM 28,-

---

Elena Poniatowska, **Jesusa Ein Leben allein zum Trotz**; Lamuv Verlag, Göttingen 1992, 367 S., DM 19,80

Ralph Graf, **Umweltpolitik, Zwischen symbolischem Handeln, Reparatur und Zukunftssicherung**; in der Reihe Podium Progressiv, Mainz 1992, 56 S., DM 7,80

Mongane Wally Serote, **Neues Leben, im Blut geboren**; Rotpunktverlag, Zürich 1992, 316 S., DM 37,-

---

Elmar Altvater, **Die Zukunft des Marktes** (zweite durchgesehene Auflage); Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 368 S., DM 29,80

Asit Datta, **Vorschläge und Materialien zu einer Unterrichtseinheit Golfkrieg** (Sek.I), Nahostkonferenz (Planspiel für Sek. II); GEW Hannover (Hrsg.), Hannover 1992, 92 S., DM 3,- + Porto Bezug: GEW Hannover, Gabelsbergerstr. 7, 3000 Hannover 1

Fremde Welten, Kinder- und Jugendbücher zum Thema Dritte Welt und ethnische Minderheiten; Erklärung von Bern (Hrsg.), Zürich 1991, 154 S., sfr 10,- Bezug: Erklärung von Bern Quellenstr. 25, CH-8031 Zürich, Postfach 177

Asylrecht und Fremdenfeindlichkeit **"In Deutschland werden AusländerInnen aufmerksam verfolgt"**; Die Grünen (Hrsg.), Bonn 1992, 32 S. DM 2,50 + Versand

---

A Question of Control Woman and Pharmaceuticals, Report of an international conference (Woudschoten Niederlande); Barbara Mintzes (ed.), 72 S. Din A4, DM 20,- Bezug: BUKO Pharma Kampagne, August Bebelstr. 62, 4800 Bielefeld

---

WFD Querbrief 1/92
Vielfalt und Widersprüchlichkeit: Projektbesuch in Guinea-Bissau - Die Integration von Frauen in die Spar- und Kreditkooperation in Burkina Faso - Ansatzweise haben wir die Frauen in die Lage versetzt, Konflite zu bewältigen: Projektarbeit in Maputo/Mosambik. Die Zusammenarbeit von WFD und AbL/Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Aus der Arbeit des WFD gegen Rassismus

WFD Querbrief 2/92
Umbruchstimmung in Kap Verde: Der frische Wind politischer Veränderungen: Projektbesuch - Reflexion über die Tätigkeit als Kooperant und über das Genossenschaftswesen - ein Stimmungsbild der Wahl Ende 91 - Interview mit einem kapverdischen Gründungsmitglied einer 1979 entstandenen Agrarkooperative - ein kapverdischer Emigrant beschreibt sein Leben in der BRD

Bezug: WELTFRIEDENSDIENST e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61, Preis: DM 4,50

Europa - eine Festung?
Interkulturelle Konferenz vom 24.-26. September in Erfurt.
Infos und Anmeldung:
Magistrat der Stadt Erfurt
Büro Erfurt 1250
Eichenstr. 8
0-5020 Erfurt

Agisra-Vernetzungstreffen
"Schluß mit der Gewalt und Diskriminierung gegen Ausländerinnen","Prostitution und Heiratshandel als Überlebensstrategie für Frauen in Polen" und "Frauen aus dem Osten im Westen - eine neue Gruppe illegaler Frauen in der BRD, Konsequenzen für die Beratungsarbeit" sind die drei Themen der Arbeitsgruppen. Das Treffen findet vom 25.-27. September in Offenbach statt.
Anmeldung und Infos:
Agisra e.V.
Kasselerstr. 1 a
W-6000 Frankfurt 90

Das Wachstum der Weltbevölkerung - Anlaß zur Hoffnung oder Angst
Eine Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 2.-4. Oktober.
Anmeldung und Infos:
Evangelische Akademie Arnoldshain
W-6384 Schmitten 1

Vom politischen Konflikt zum Kulturkonflikt? - Über den Wandel im Vorderen Orient
Eine Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 9.-11. Oktober.
Anmeldung und Infos:
Evangelische Akademie Arnoldshain
W-6384 Schmitten 1

Melodie des Orients
Eine Einführung in die arabische Musik und Poesie im Schlößchen Schönburg Hofgeismar vom 16.-18. Oktober.
Anmeldung und Infos:
Evangelische Akademie
Schlößchen Schönburg
Postfach 1205
W-3520 Hofgeismar

Ökologischer Landbau und Fairer Handel
Eine Tagung des Instituts für angewandte Umweltforschung vom 20.-22. Oktober in Bonn-Venusberg.
Anmeldung und Infos:
Katalyse-Institut für angewandte Umweltforschung e.V.
Mauritiuswall 24-26
W-5000 Köln 1
Tel.:0221/235965

Schnittpunkte und Scheidelinien von Sexismus und Rassismus:
Frauenarbeit in der Welt/Wirtschaft. BUKO-Frauenseminar vom 2.-4. Oktober in Nordrhein-Westfalen.Die Arbeitskraft von Frauen wird gebraucht, mißbraucht und aufgebraucht durch vielfältige Mechanismen, unter unterschiedlichen Bedingungen weltweit.
Anmeldung und Infos:
Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34
W-2000 Hamburg 50
Tel.:040/393156

Namibias Nachbarn - die Frontstaaten
Studienseminar für Interessierte vom 9.-11. Oktober in Hamminkeln-Dingden.
Anmeldung und Infos:
Akademie Klausenhof
Klausenhofstr. 100
W-4236 Hamminkeln-Dingden
Tel.:02852/89-326

Kultur und sozialwissenschaftliche Praxis in der Entwicklungszusammenarbeit - ihre Relevanzen für die Träger
Eine Tagung vom 16.-18. Oktober in Bonn/Bad Godesberg.
Anmeldung und Infos:
Niels-Jens Albrecht
AGEE
Universitäts-Krankenhaus Eppendorf
Martinstr.52
W-2000 Hamurg 20
Tel.:040/468-4869

Lateinamerika: "Entdeckung" nach 500 Jahren
Seminar vom 9.-11.Oktober in St.Augustin bei Bonn für junge Erwachsene zur Problematik dieses Kontinentes in Verbindung mit einem Aktionstag (11.12.) im Rhein-Sieg-Kreis.
Infos und Anmeldung:
Arnold-Janssen-Haus
Arnold-Janssen-Str.24
W-5205 St.Augustin
Tel.:02241/237296

Mosambik: Macht und Ohnmacht eines Staates
Ein Seminar vom 2.-4. Oktober im Haus Venusberg in Bonn.
Anmeldung und Infos:
Koordinationskreis Mosambik e.V.
Klasingstr.11
W-4800 Bielefeld 1
Tel.:05211/124742

Die Dritte Welt und wir - Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis
Ein Kongress vom 5.-8.Oktober in Osnabrück.
Anmeldung und Infos:
Birgit Sommer
FB Sozialwissenschaften
Universität Osnabrück
Postfach 4469
W-4500 Osnabrück

Projekt Weltethos - Forum mit Hans Küng
Eine Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Schlößchen Schönburg Hofgeismar vom 30.-31. Oktober.
Infos und Anmeldung:
Evangelischen Akademie Hofgeismar
Schlößchen Schönburg
Postfach 1205
W-3520 Hofgeismar
Tel.:05671/881-0

Weißes Gold - heißes Geld Kokainökonomie und Drogenpolitik
Ein Seminar des Bolivien-Forums vom 2.-4. Oktober in Zierenberg.
Anmeldung und Infos:
Rudi Kranbittet
Burggasse 11
W-7143 Vailingen/Enz
Tel.:0743/5183

Wie Frauen Frauen sehen
Ein Seminar vom 23.-25. Oktober der ESG.
Anmeldung und Infos:
ESG Geschäftsstelle Köln
Silvia Wagner und Vera Klier
Tunisstr.3
W-5000 Köln 1
Tel.:0221/235427

DEAB-Konferenz zum Thema Schulden
vom 16.-18.Oktober in Biberach/Riß.
Anmeldung und Infos:
DEAB-Büro
Blumenstr.15
W-7000 Stuttgart 1

Bücher für die Leserinnen und Leser der »blätter«





NEU, AKTUALISIERT, ERWEITERT, NEU LIEFERBAR

Sandner/Sommer:

Banken, Kredite und die »Dritte Welt«

Band 1: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung

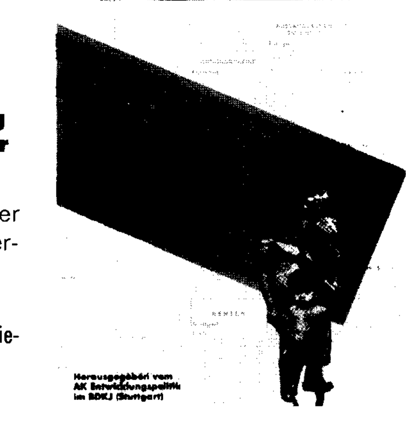
Ein gut lesbarer Klassiker zum Einstieg in die Verschuldungthematik.
Jetzt neu überarbeitet

128 Seiten, 14.80 DM, 4., aktualisiete, überarbeitete Auflage 1992
ISBN 3-926369-58-2

Band 2: Länderbeispiele — Tansania, Südkorea und Argentinien

An Beispielen werden die im ersten Band beschriebenen Mechanismen und Auswirkungen konkretisiert und differenziert.

128 Seiten, 12 DM, 1988, ISBN 3-926369-54-x



Sandner/ Sommer:

IWF-Weltbank

Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die »Dritte Welt«?

Stark verbreitete Einstiegslektüre in Sachen internationale Finanzorganisationen, die aufgrund leichter Verständlichkeit gerade für sogenannte ökonomische Laien geeignet ist.

128 Seiten, 12 DM, mit Register und Glossar, 7. Auflage 1992, ISBN 3-926369-57-4, Herausgeber: AK Entwicklungspolitik im BdkJ/Stuttgart.



Sommer, Settele u.a.

Countdown für den Dschungel

Ökonomie und Ökologie des Tropischen Regenwaldes

»...Handbuch, das wohl als derzeit beste Einführung gelten kann...«
Dr. R. Huhle
»Wer sich ernsthaft und nicht nur als modischer Schlenker ... sei dieses Buch dringend empfohlen«
Kritische Ökologie, 1/'92

296 Seiten, DM 24.80, 1991
ISBN 3-926369-21-3



terre des hommes (Hg.)

500 Jahre Bevormundung

Die Ausbeutung Lateinamerikas und ihre Folgen für die Kinder

Ein terre-des-hommes-Buch im Schmetterling Verlag

128 Seiten, mit Fotos und Illustrationen, DM 16.80
ISBN 3-926369-69-8



WVNE COYVN NI KVYEH - 500 Jahre Unterdrückung und Widerstand

Rayen Kvyeh

Mond der ersten Knospen

Dies ist die Geschichte der Mapuce-Indianer; eine 500-jährige Geschichte von Kolonialismus, Widerstand und Kampf. Erzählt durch Gedichte, einen Essay und mit den Bildern der Malerin Carmen Luna.

Geschenkband, geb., mit farbigen Illustrationen. 108 S., 29.80 DM, 1991, ISBN 3-926369-66-3

Schmetterling Verlag

Rotebühlstr. 90, 7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/626779, Fax: 0711/626992